

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Bernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 17. Juli 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Bernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Anzeigenzeile über deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zulässig 2 geteilte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adressen „Sozialdemokrat Berlin“.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis dreimonatlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

## Mut zur Tat.

Die „Pädagogische Zeitung“, das Hauptorgan des Deutschen Lehrervereins, veröffentlicht gegenwärtig den stenographischen Bericht über die deutsche Lehrerversammlung, die in der Pfingstwoche in Berlin tagte. Aus den wortgetreuen Wiedergaben der Reden erkennt man noch deutlicher als aus den Berichten und Stimmungsbildern der Tagespresse während des Kongresses die neue Richtung, die die Mehrheit der deutschen Volksschullehrerschaft unter Führung ihres in Berlin ansässigen geschäftsführenden Ausschusses einzuschlagen willens ist.

Nach der Straßburger Lehrertagung vom Jahre 1910 durften optimistische Gemüter noch der Hoffnung leben, daß sich der Grundgedanke der politischen Neutralität und damit zugleich der der Toleranz gegenüber allen politischen Ansichten innerhalb des Lehrervereins durchsetzen werde. Diese Hoffnung hat sich als leerer Wahn erwiesen. Der Berliner Lehrerkongreß war von Anfang bis Ende eine ganz unzweideutige politische Demonstration. „In politischer und religiöser Beziehung sind die Mitglieder des deutschen Lehrervereins durch keinerlei Satzungsbestimmungen gebunden“. So erklärte mit seinem breiten, drohenden Pathos der Vorsitzende des deutschen Lehrervereins in die achttausend Lehrer des Fiskus Schumann hinein. Formell mag diese Behauptung zutreffen. Aber weil sie in Wirklichkeit unwahr ist, und weil der Redner selbst wußte, wie wenig hinter seiner geschwollenen Behauptung steckt, wirkt sie umso mehr als abstoßende Heuchelei.

Was will es denn bedeuten, wenn es dem Lehrer gestattet ist, freisinnig oder nationalliberal oder antisemitisch oder freikonfessionell oder ultramontan oder gar konservativ zu sein und zu scheinen! Ob er sich zu einem oder anderen Parteibekanntnis läßt, allensfalls einen Rückschluß auf seine besondere intellektuelle oder ästhetische Veranlagung zu, besagt aber gar nichts über seine politische Charakterfestigkeit und Ueberzeugungstreue. Beides wird erst im Kampfe und in Gefahren erprobt. Das Bekenntnis zu irgend einer bürgerlichen Partei bringt nicht im Kampf und Gefahren, jedenfalls in keine, bei denen es um Kopf und Krone geht. Es ist deshalb nichts weniger als heldenhaft, wenn der Deutsche Lehrerverein schließend seine Fittiche um alle bürgerlichen Konfessionen und Parteien schlingt und die Lehrer in der Ausübung dieser politischen Ueberzeugungen schützen will.

Die sozialdemokratische Ueberzeugung schließt der Lehrerverein aus dem Kreise der Gleichberechtigung der politischen Konfessionen aus. Auch wieder nicht offen und unzweideutig, sondern durch eine fatigende Phrase, die zwar deutlich genug ist, um die klägliche Gesinnung ihrer Urheber zu kennzeichnen, die aber doch auch feigen Ausredern Loh und Lür öffnet. In seiner schmetternden Programmrede sagte der Vorsitzende: „Der deutsche Lehrerverein ist kein Schrittmacher der Sozialdemokratie, wie jüngst im preussischen Abgeordnetenhaus von einer Seite behauptet wurde; er steht nach allen seinen Kundgebungen treu zu Kaiser und Reich“. Vorher hatte derselbe Herr schon in seiner unterwürfigen Dankrede an den preussischen Kultusminister für dessen gleichgültige Begrüßungsrede gesagt: „Ich darf Ev. Erzellenz die Versicherung geben, daß der deutsche Lehrerstand nach wie vor bemüht sein wird, ein Geschlecht heranzubilden, das treu zu seinem Herrgott, treu zu seinem Vaterlande und treu zu seinem Kaiser steht.“

Das ist deutlich genug. So ungefähr sagt's der Herr Pfarrer auch. Der Herr Vorsitzende des deutschen Lehrervereins verfügt hier mit einer Nonchalance über das heranwachsende Geschlecht, als ob nicht erst vier Monate zuvor das deutsche Volk durch eine Stimmenzahl von 4 1/2 Millionen eine politische Meinung bekundet hätte, die sich nicht ganz mit dem Programm des Lehrervereinsvorsitzenden und des preussischen Kultusministers deckt. Nur gut, daß die Entwicklung sich nicht nach den Ansichten dieser Herren über Gottesfurcht, Vaterlandsliebe und Kaisertreue richtet, sondern ihre eigenen Wege geht.

Nun könnten der Vorsitzende des deutschen Lehrervereins, sein Geschäftsführer und noch Ginz und Kunz eine politische Ansicht haben, so byzantinisch, ministerfromm und preukretsch wie sie Lust haben, es würde ihnen niemand diese reizvolle persönliche Note nehmen wollen. Aber die Herren sollten anderen Leuten recht sein lassen, was ihnen billig ist, sie sollten, zumal als fortschrittliche Männer, mit dem gleichen Feuereifer, mit dem sie für ihre „heiligsten Güter“ eintreten, das heiligste Gut anderer Männer, ihre politische Ueberzeugung, achten. Moderne Lehrer aus dem Berlin des zwanzigsten Jahrhunderts sollten fürwahr nicht mehr in die Kinderreien politischer Klippfischer aus den Hintergründen Ostindiens und der reinen Zentrumsdomänen verfallen, die die Menschen nach ihrer Politik in Engel und Teufel einteilen: Engel sind alle Mitglieder der bürgerlichen Parteien, nicht alle gleich große und gleich edle und gleich schloßweilige Engel, aber doch Engel; Teufel, gräßliche rote Teufel sind unterschiedslos alle Sozialdemokraten. Dieses Einteilungsprinzip ist zwar außerordentlich einfach und übersichtlich, aber denkende Männer sollten sich doch allgemach schämen, es anzuwenden. Der deutsche Lehrerverein hätte deshalb durch den Mund seines Vorsitzenden erklären müssen: der Deutsche Lehrerverein

ist kein politischer Verein, sondern er will alle Lehrer aller religiösen und politischen Konfessionen zu gemeinsamer Arbeit im Dienste der Volksbildung vereinigen. Der Deutsche Lehrerverein erklärt, daß jede politische Ueberzeugung mit treuer Arbeit in der Schule vereinbar ist, da in der Schule Politik irgendwelcher Art nicht getrieben werden darf. Der Deutsche Lehrerverein beansprucht für jeden Lehrer außerhalb seines Schuldienstes das volle Recht eines jeden Staatsbürgers, sich politisch zu betätigen, wie er will. Er wird deshalb schlingend hinter jeden deutschen Lehrer treten, der nicht wegen Vernachlässigung seiner Schulpflichten sondern aus schulfremden politischen Gründen von irgend einer Gewalt, sei es Staat, Gemeinde oder privater Arbeitgeber, gemahnt wird.

So hätte der Vorsitzende sprechen müssen, vielleicht noch schärfer und schneidiger in der Form, damit der Herr Minister sich diese Lehre recht zu Herzen genommen hätte. Er hat aber nicht so gesprochen. Es wurde im Gegenteil auf dem Kongresse bekannt, daß der geschäftsführende Ausschuss in einer entscheidenden Frage gerade im umgekehrten Sinne tätig gewesen war. In der Resolution über die rechtliche Stellung des Lehrers wurde von den radikalen Lehrern Hamburgs, Bremens, Sachsens und Württembergs ein Satz besonders bekämpft, der den Lehrer in der Ausübung der politischen Betätigung nicht beschränken wollte, „so weit dabei die Pflichten des Dienstes nicht verletzt werden“. Dieser einschränkende Nebensatz war vom geschäftsführenden Ausschuss des Deutschen Lehrervereins in die Resolution hineinformuliert worden. Weil dieser Dienstesformel im Namen Gottes und auf den König geleistet wird, dürfen nach der untertänigen Auslegung der führenden Geister im Deutschen Lehrerverein die deutschen Lehrer keine antichristliche und antimonarchische Gesinnung haben, geschweige sie betätigen. Als ob der Eid einem persönlichen Gott und dem Monarchen persönlich geleistet wird und deshalb zu lebenslänglicher persönlicher Untertänigkeit verpflichtet! Eine Gesinnung, die dem achtzehnten Jahrhundert, allerdings vor Lessing, Schiller, Kant und Fichte, alle Ehre gemacht hätte!

Triumphierend werden an dieser Stelle die Führer der deutschen Lehrerschaft einhaken und sagen: Der Lehrer darf wohl eine regierungs- und autoritätsfeindliche Gesinnung haben, aber — dann muß er sein Amt in die Hände des Staates zurückgeben! Diesen geistvollen Schluß zog mit dem edlen Brustton männlicher Ueberzeugung auch der Referent auf dem Lehrertag. In dieser Auffassung offenbar sich aber vielleicht die kraffteste Heuchelei! In der Regel wird sich jemand allmählich zu einer politischen Ueberzeugung aufbringen, die zu werten mit vielen Schwierigkeiten verknüpft ist. Die Lehrer, die Sozialdemokraten werden, haben meistens schon jahrelang im Dienste gestanden, sie haben Weib und Kinder, sie werden auch mit Lust und Liebe an ihrem schönen Berufe hängen. Jetzt verlangen ihre führenden Kollegen plötzlich von ihnen, sie sollen ihr Amt aufgeben, sie sollen sich und ihre Familien dem Hunger überliefern, nur weil sie sich zu einer politischen Auffassung emporentwickelt haben, die mehr als irgend eine andere ihre pädagogische Tätigkeit vertieft und verbessert, die mehr als irgend eine andere dazu beiträgt, das Hauptprogramm des deutschen Lehrervereins zu verwirklichen: „Förderung der Volksbildung durch Hebung der Volksschule.“

Und das alles, das riesengroße Opfer nur, weil eine reaktionäre Regierung die Lehrer einst als junge, noch nicht ausgereifte Männer auf die Gefahr der Nichtbeschäftigung hin zu einem Eid auf überlebte Formeln zwang. Denn was ist der ganze Dienstesformel anders als eine inhaltlich völlig bedeutungslose Formel! Was bedarf es für ernste, pflichtbewußte Männer eines besonderen Eides, daß sie ihre Pflicht tun wollen? Was bedeutet der Eid auf den König anders als den Eid auf den nach der heutigen Staatseinrichtung höchsten Vertreter der Gesamtheit, damit letzten Endes auf das Volk selbst? Wie kann es als ein Bruch des Dienstes angesehen werden, wenn man den Inhalt über die Form stellt, wenn man also noch selbstloser und eifriger als zuvor im Dienste der Gesamtheit arbeitet, auf die Gefahr hin, daß man dabei dem Hute auf der Stange nicht mehr mit der gleichen Devotion wie bisher die Reberenz erweist?

Der Referent auf der deutschen Lehrerversammlung forderte es als Beweis des Mutes zur Tat, daß jeder Lehrer, der innerlich zu einer der Regierung feindlichen Gesinnung gekommen sei, dies äußerlich durch den Verzicht auf sein Amt bekunde. Die Verammlung, durch schöne Redensarten betrauscht, lohnte ihm diese höhnische Herausforderung der vielen Hundert und Tausend Lehrer, die einen schweren inneren Gewissenskonflikt zwischen ihrer amtlichen Stellung und ihrer politischen Gesinnung durchkämpfen, noch durch stürmischen Beifall.

Es wäre besser gewesen, die Lehrerversammlung und ihre wortreichen Führer hätten soviel Mut zur Tat aufgebracht, daß sie tapfer hinter diejenigen ihrer Mitglieder getreten wären, die sich zur Sozialdemokratie bekennen oder doch für sie die Gleichberechtigung mit allen anderen Parteien beanspruchen. Dieser Mut fehlte ihnen angesichts der Ueberwachung durch den Herrn Kultusminister, obwohl fürwahr eine solche Entscheidung nur eine Unze Mut beansprucht hätte im Vergleich zu dem Riesenmaß an Mut, das heute noch für den Einzelnen dazu gehört, wenn er sich unter Verzicht auf Amt und Brot öffentlich zur Sozialdemokratie bekennen soll.

Das unwürdige, heuchlerische Spiel, das im Deutschen Lehrerverein neuerdings mehr als je mit der politischen Meinungsfreiheit getrieben wird, hat seinen Grund in dem plüchlich erwachten Interesse der herrschenden Klasse an der Jugend und der Notwendigkeit, dafür die Lehrer zu politischen Helfern und Bundesgenossen zu gewinnen. Aber, Druck erzeugt Gegendruck. Die Herren, die so willfährig tanzen, wie die preussische Regierung pfeift, werden früher oder später ein unangenehmes Erwachen aus ihrem hurtapatriotischen und sozialistenfeindlichen Rausche erleben.

## Liberalismus und Arbeiterpartei in England.

London, 15. Juli. (Fig. Ver.)

Die erschütternde Niederlage, die der Liberalismus der Arbeiterpartei in der Nachwahl in Hanley, dem Wahlkreise, der bis vor kurzem durch den verstorbenen Arbeiterparteilager Edwardes vertreten wurde, beigebracht hat, ist ein politisches Ereignis von großer Bedeutung. Es wäre töricht, die Niederlage der Arbeiterpartei, die in erster Linie dem Mangel fast jeglicher Organisation zuzuschreiben ist, zu verkleinern oder zu verschönern. Von 14334 abgegebenen Stimmen, die 85 Proz. der wahlberechtigten Bürger repräsentieren, erhielt der Arbeiterkandidat ganze 1604 Stimmen; der siegreiche liberale Kandidat vereinigte 6047 und der konservativ-kandidat 5983 Stimmen auf seine Person. Bei den letzten allgemeinen Parlamentswahlen siegte der Arbeiterparteilager Edwardes, der Vorsitzende der Bergarbeiterföderation, mit 8343 Stimmen über den konservativen Kandidaten, der nur 4658 Stimmen erhielt. Wenn man bedenkt, daß die große Mehrheit der Wähler in Hanley der Arbeiterklasse angehört, daß allein 8000 von ihnen Bergarbeiter sind, von denen man annehmen konnte, daß sie für den Kandidaten der Arbeiterpartei, den Vorsitzenden ihrer Organisation, des Bergarbeiterverbandes von Rotherham, ohne weiteres stimmen würden, und daß die Mitglieder der parlamentarischen Fraktion der Arbeiterpartei den Wahlkampf mit aller Energie betrieben haben, so kann man die Niederlage in ihrer ganzen Größe erfassen. Der Ausgang der Wahl scheint die oft gehörte und bisher schwer erweisliche Behauptung zu bestätigen, daß die Mehrheit der Stimmen, die in mindestens der Hälfte der von Arbeiterparteilagern vertretenen Wahlkreise für die Kandidaten der Arbeiterpartei abgegeben werden, nicht Stimmen der Arbeiterparteilager oder Sozialisten, sondern liberale Stimmen sind.

Solche Zustände sind natürlich auf die Dauer unhaltbar. Eine politische Partei kann nicht von der Gnade einer anderen Partei abhängen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, im gegebenen Moment von ihrer Gönnerin vernichtet zu werden. In Hanley erfolgte der erste ernsthafte Angriff der Liberalen auf die zahlreich schwachen Positionen der Arbeiterpartei und der glänzende Erfolg der Attacke wird sicherlich die liberalen Organisationen in anderen Wahlkreisen zu einem ähnlichen Vorgehen ermutigen. Es ist ein armseliger Trost, von einem liberalen Pyrrhusstege zu reden; wenig tröstlich ist auch der Gedanke, daß der liberale Kandidat nur durch einen unehelichen Trick siegte; der englische Liberalismus ist so fruchtbar in der Erfindung neuer Wahltricks, daß an einem Versiegen der Erfindungsquelle kaum zu denken ist. Derartige Betrachtungen lenken die Aufmerksamkeit nur von der wahren Ursache der Niederlage ab, dem Fehlen einer starken schlagfertigen Organisation und einer klaren zielbewußten sozialistischen Taktik. Man muß sich durch die 1 1/2 Millionen Mitglieder, mit denen die Labour Party prunkt, nicht blenden lassen. Das sind meist papierene Soldaten. In Hanley stimmten sie zu Tausenden gegen den Kandidaten der Partei, der sie dem Namen nach angehören. Von einer politischen Organisation, wie sie die sozialdemokratischen Arbeiterparteien des Festlandes kennen, sind in der Arbeiterpartei erst Ansätze vorhanden. Fast die ganze organisatorische und propagandistische Arbeit fällt auf die Schultern des Häufleins der Genossen der J. L. P., eine Organisation, die nach den Berichten der Labour Party zwischen 2000 und 3000 Mitglieder zählt. Zwar bestehen neben den Mitgliedschaften der J. L. P. in vielen Städten auch lokale Organisationen der Labour Party, Parteien der dieser Partei angeschlossenen Organisationen; sie sind aber meist schwach und untätig und in vielen Kreisen, die durch Bergarbeiter vertreten werden, fehlen sie. Kommt es unter solchen Verhältnissen daher wie in Hanley zu einem Wahlkampf, so muß die Labour Party schnell eine Wahlorganisation improvisieren, denn von der Handvoll organisierter Sozialisten, die von den alten Trade-Unionisten mit Misstrauen betrachtet werden, kann man schlechterdings nicht Unmögliches verlangen. Die Niederlage ist dann unausweichlich. Bisher wurden die Arbeitervertreter von Hanley und vielen anderen Kreisen nicht allein von liberalen Wählern, sondern auch durch die liberalen Wahlorganisationen gewählt. Jetzt, da die liberale Partei der Arbeiterpartei diese Wahlkreise streitig macht, muß sich die Arbeiterpartei anscheiden, ihre eigene wirksame Organisation zu schaffen, wenn sie nicht untergehen will.

Um aber eine Organisation schaffen zu können, bedarf es der Propaganda, und zwar der sozialistischen Propaganda. In keinem anderen Lande ist die Propaganda einer klaren sozialistischen Politik, die frei von aller bürgerlichen Phrasologie und Ideologie ist, für den Bestand einer unabhängigen Arbeiterpartei notwendiger als gerade in Großbritannien. Denn in keinem Lande versteht es die Bourgeoisie so gut wie hier, durch sozialistisch klingende Versprechen die Arbeiterschaft zu blenden. Mit der Vermehrung eines Gläubigerspiels spielt sie um Einsätze, die ihr bei einer wirtschaftlich und politisch besser erzogenen Arbeiterdemokratie den Kopf kosten



Könnte. Man sehe sich nur diesen Wahlkampf an, in dem der Liberalismus einen seiner vielen Kleinbürgerlichen Träume ins Treffen schied und den Kampf spielend gewann. Herr Duthwaite, der siegreiche liberale Kandidat, ist einer der bekanntesten Landreformer. Sein Wahlprogramm bestand in der Hauptsache aus der Forderung, die drückenden Gemeindesteuern bis auf einen kleinen Rest abzuschaffen und durch eine Reichsteuer auf den Wert des Grund und Bodens in der Höhe von 1 1/2 Proz. zu ersetzen. Dadurch sollten unter anderen Dingen der Lohn des erwachsenen Arbeiters automatisch um durchschnittlich 1 Schilling und 7 1/2 Pence die Woche erhöht werden, da der Arbeiter diese Summe wöchentlich weniger an Gemeindesteuern oder Wohnungsmiete zu entrichten hätte. Dieses Programm, das nebenbei einen großen Rechenfehler enthält (um die Erfolge, die sich Herr Duthwaite verspricht, zu erzielen, müßte eine bedeutend höhere Landsteuer erhoben werden), wurde aber keineswegs von seinen politischen Freunden, die ihm im Wahlkampf beistanden, unterschrieben; einige von ihnen forderten eine viel niedrigere Steuer, andere schlugen vor, alle Steuern abzuschaffen und durch eine einzige Steuer auf das Land zu ersetzen. Dazu kam noch, daß sich die offiziellen Liberalen, die die Kandidatur Duthwaite mit allen Mitteln unterstützten, zu dem Programm ihres Schillings müssigenstill verhielten. Am weitesten wagte sich Lloyd George hervor, der dem Kandidaten seiner Partei Erfolg wünschte, weil dieser die Landfrage zu einer Tagesfrage gemacht habe. Herr Asquith, der im Parlament gefragt wurde, ob das Programm des liberalen Kandidaten in Hanley das der liberalen Partei sei, erwiderte, daß ihn die Wahlgeschichte nichts angehe. Der liberale Kritiker Weesly, der seit einiger Zeit die Landfrage zu einer Spezialität gemacht hat, war während. Er schrieb: „Herr Duthwaite will der Landbesteuerung die Markelappe aufsetzen. Er würde sie in den Augen aller Leute mit gesundem Menschenverstand lächerlich machen.“ Die von dem liberalen Kandidaten befürwortete Politik war so unklar wie sie nur sein konnte; aber über alle Unklarheiten half der Refrain des Liedes: „Gott hat das Land für das Volk gemacht!“ hinweg, der während des Wahlkampfes in allen Straßen der beiden Töpferstädte, die den Wahlkreis bilden, erkante und schon bei den Wahlen des Jahres 1910 solch wertvolle Dienste tat. Dieser politische Gassenhauer hatte wiederum eine durchschlagende Wirkung und so konnten denn die Politiker, die in der liberalen Partei die erste Geige spielen und die Melodie nicht schön finden, schon im Auge zudrücken. Manchmal wird es ihnen aber doch etwas bange geworden sein. Denn wer weiß, ob den Arbeitern nicht plötzlich die Frage in den Kopf kommt: Hat nicht Gott auch das Eisen und so viele andere Dinge für das Volk wachsen lassen? Der Wahlkampf in Hanley beweist wieder einmal, mit welcher gefährlichem Wegner die Arbeiterschaft Großbritanniens zu rechnen hat. Der Erfolg in Hanley wird die Liberalen sicher ansprechen, dieselbe demagogische Politik auch anderswo zu versuchen. Um dieser Volkverblendung erfolgreich entgegenzutreten zu können, bedarf es vor allen Dingen der Aufklärung, der sozialistischen Propaganda, die der Arbeiterschaft die Hohlheit der neuen liberalen Schlagworte erkennen läßt, und einer behändigen methodischen und trostlosen Organisationsarbeit, die eine Wiederholung solcher zerschmetternden Niederlagen wie in Hanley unmöglich machen wird.

## Der Krieg.

### Eine Kundgebung über die türkische Politik.

Konstantinopel, 16. Juli. In der Kammer machte gestern der Großwesir Said Pascha Ausführungen über die äußere und innere Politik der Regierung. Er bezeichnete in bezug auf den Krieg die unbeschränkte und tatsächliche Anerkennung der Rechte der Türkei als das Programm der Regierung. Das Kabinett habe beschlossen, im Kriege zu beharren. (Beifall.) Der Großwesir ging dann auf den Angriff auf die Dardanellen und deren Schließung und Wiedereröffnung ein. Die Pforte habe bei dieser Gelegenheit erklärt, sie würde die Meerenge wieder schließen, sobald ein neuer Angriff Italiens auf diese Stattfinde.

Die Besetzung der Inseln des Ägäischen Meeres werde natürlich nicht von Dauer sein, wenn auch manche daraus Nutzen zu ziehen wünschten. Die Türkei würde dies als einen Angriff auf ihre Unantastbarkeit ansehen, die alle Osmanen verteidigen würden. Wenn Italien andere Inseln angreifen sollte, so würden die Dardanellen zur Vorsicht wieder geschlossen werden. In Smyrna sei ein großes Armeekorps gebildet worden. Zum Schutze der Dardanellen seien gleichfalls beträchtliche Truppenmassen zusammengezogen. Mit Bezug auf die italienischen Angriffe im Roten Meer erklärte der Großwesir, die Pforte habe den Mächten mitgeteilt, daß sie Angriffe auf Pilger als inhuman betrachte. England habe diese Erklärung günstig aufgenommen und sei in Rom vorstellig geworden. Der Großwesir erinnerte dann an die heldenhafte Haltung der in Tripolis kämpfenden Truppen. (Beifall.) Der Scheik der Sunniten sei sein Möglichstes für die Verteidigung des Landes, insbesondere in der Gegend von Bagdad, der Krieg werde nicht ewig dauern, er werde mit dem Frieden enden, aber das bedeute nicht, daß die Türkei sofort Frieden machen wolle. Die Bedingungen müßten vielmehr annehmbar sein. Man habe der Türkei gewisse Anerbietungen für den Frieden gemacht, darunter die Aufrechterhaltung der Autorität des Kalifats. Das Kalifat sei und werde immer sein der religiöse Mittelpunkt aller Mohammedaner. Diese Bedingung genüge deshalb nicht für den Frieden. Der Präzedenzfall mit Bosnien könne nicht angeführt werden, denn es bestehe ein großer Unterschied zwischen den beiden Fällen. Außerdem habe damals ein anderes Kabinett die Regierung geführt. Eine Entschädigung könne in zweiter Linie diskutiert werden, das Ziel der Regierung sei jedoch die unbeschränkte und tatsächliche Aufrechterhaltung der Souveränität. Das Land könne nicht für Geld verkauft werden. (Beifall.)

Der Großwesir erinnerte an die Gerüchte über einen Schritt Australiens wegen der Dardanellen und über einen Schritt der Pforte in Petersburg, wobei diese ihr Erstaunen ausgedrückt habe. Der Minister des Äußern Sfasonow habe geantwortet, es habe sich um eine persönliche Initiative gehandelt, die von der Stellungnahme der Regierung verschieden sei.

Mit England habe die Pforte einige Meinungsverschiedenheiten über Eisenbahn- und andere Fragen, welche das Kabinett beizulegen wünsche. Es sei zu hoffen, daß das Ergebnis für beide Teile zufriedenstellend ausfallen werde. Zu der Kretafrage führte der Großwesir aus, daß der Schritt der Regierung und der Schutzmächte den Rechten der Türkei Achtung verschafft habe und daß auch Griechenland gemäß dieser Haltung der Mächte sie respektiere. Er habe zu Oesterreich-Ungarn das größte Vertrauen und hoffe, daß Tatsachen dieses Vertrauen rechtfertigen werden.

Der Großwesir erstattete sodann ein längeres Exposé über die innere Politik. Indem er auf die Gerüchte von Mißbräuchen in einigen Zweigen der Militärverwaltung einging, meinte er mit Bezug auf Mahmud Scherif Pascha, daß an dessen Ehrhaftigkeit niemand zweifle. Die Regierung prüfe die Frage einer Reorganisation des Kriegsministeriums. Auch sollen die Beziehungen des Kriegsministeriums zum Generalstab geregelt werden.

Der Großwesir ging dann auf die Vorgänge in Albanien ein und nannte die Albaner treu und edel. Ihre Forderungen, die den Sturz des Kabinetts, Auflösung der Kammer, Neuwahl und nach Provinzen geregelten Militärdienst erbeten, wies er als ungeschickt zurück. Die Forderung nach Ernennung albanischer Beamten halte er für annehmbar. Der Großwesir werde dem Ministerrat vorschlagen, einen oder zwei Beamte nach Albanien zu schicken, die dort die Lage studieren sollen. Die dauerlichen Vorgänge hätten auf das Ausland einen schlechten Eindruck gemacht. Die Regierung wolle nicht zum Janitscharen-System zurückkehren. Der Großwesir stellte zum Schluß die Vertrauensfrage.

Die Kammer sprach mit 194 gegen 4 Stimmen dem Kabinett ihr Vertrauen aus.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Juli 1912.

### Zentrumspegelei.

In der vom Großen Opperdorff herausgegebenen Wochenchrift „Wahrheit und Moral“ wurden jüngst von einem Anonymus „Julius“ mehrere Journalisten und Parlamentarier der Zentrumsparlei sehr arg bloßgestellt. Das hat die ehrsame Sippe der Anrüchigen sehr verärgert und der „Bayerische Kurier“ hat denn auch glänzend herabgelassen, wer dieser Julius ist. Das Münchener ultramontane Blatt bringt folgende von echt katholischem Geiste durchwehte Mitteilung:

„Wer ist „Julius“? Es ist der Privatsekretär des Grafen Opperdorff, Herr Karl Schmitzler. Schmitzler steht nach Aussage der Leute, die ihn kennen, nicht auf katholischem Boden, er sei vielmehr notorischer Atheist, er ist nichtpraktizierender Katholik. Jedemfalls steht so viel fest — daß er — geborener Katholik — seine Ehe, die er mit einer Katholikin eingegangen hat, nicht kirchlich einsegnen ließ!! Diese rein bürgerliche, nicht kirchliche „Ehe“ besteht heute noch — es ist der Verbindung ein Kind entsprossen — wenn auch die Frau mit ihrem Kinde den Mann verlassen hat, nicht aus Ueberdruß an liebevoller Behandlung! Wir begnügen uns mit diesen Feststellungen!“

Schredlich, der Mann hat sich nicht katholisch trauen lassen, sondern seine Ehe nur auf dem Standesamt geschlossen. Das ist freilich ein viel größeres Verbrechen, als wenn er seine Gefinnungen verkauft!

### Die überseeische Aus- und Einwanderung im Jahre 1911.

Nach soeben erschienenen Statistiken find 1911 22 690 Deutsche ausgewandert, während es 1910 noch 25 531 waren. Wir sind jetzt also fast auf den Stand von 1908 zurückgekehrt, des Jahres, das die niedrigste Ziffer seit 40 Jahren zeigte, nämlich 19 883. Von den Auswanderern des Jahres 1911 gingen über Bremen 12 199, über Hamburg 6507, der Rest über Holland, Antwerpen, Frankreich. Die meisten Auswanderer kamen aus Hannover, Rheinland und Posen (1831, 1421 und 1071) sowie aus Berlin mit Brandenburg 2125, hier waren aber die meisten Durchreisenden, die einige Zeit in Berlin gewohnt hatten, ohne Arbeit zu finden. Das Ziel der Auswanderung war meist Nordamerika, etwa 18 300 gingen dorthin. 70 Proz. der Auswanderer waren Männer, fast drei Viertel aller Auswanderer standen im Alter von 17 bis 60 Jahren. — Richt deutsche Auswanderer wanderten 188 233 über Deutschland aus, dies sind 71 885 weniger als 1910. Die gesamte Ein- und Auswanderung über Deutschland betrug 1911: 198 355 Personen (gegen 1910 mehr 44 000).

### Auf Reichsverbandspfaden

wandelt die von Bielefeld nach Herford übergeleitete „Neue Westfälische Volkszeitung“, konservatives Organ für die Provinz Westfalen. In ihrer Nr. 160 vom 10. Juli bringt sie folgende Notiz aus Minden:

„Das kleinere Uebel. Von Afrika hat unrecht, wenn er behauptet, es wäre alles schon dagewesen; denn daß ein Sozialdemokrat sich gelegentlich eines Sühnetermins beim Schiedsrichter ohne weiteres bereit erklärt, zur Strafe 25 M. an die Kasse des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu zahlen, das ist bis heute noch nicht dagewesen. Ein nichtsozialdemokratischer Arbeiter würde von einem freien Gewerkschaftler und Sozialdemokraten in willkürlicher Weise Streikbrecher und Lump beschimpft und außerdem noch ins Gesicht gespiessen. Der Beleidigte reichte Beleidigungsklage ein, und hier verlangte der Kläger, daß der Genosse und Kulturträger 25 M. Strafe an die Kasse des Reichsverbandes zahle oder die Klage ginge weiter. — Befragte 25 M. sind am 26. Juni der Geschäftsstelle des Reichsverbandes in Hannover vom Schiedsrichter zugegangen.“

Unser Parteiblatt in Bielefeld, die „Volkswacht“, hat darauf in Minden Erkundigungen eingezogen. Sämtliche Schiedsrichter haben erklärt, daß ihnen niemals ein solcher Fall vorgekommen sei. Die Herren haben auch bereitwilligst Einsicht in ihre Bücher nehmen lassen. Im übrigen besteht die Bestimmung, daß Sühnegelder nur für die Armen der Stadt oder andere gemeinnützige Zwecke verwendet werden dürfen, sonst macht sich der Schiedsrichter strafbar. Zudem existiert in Minden selbst eine Ortsgruppe des Liebertschen Reichsverbandes; weshalb müßte also das Geld nach Hannover gefandt werden? Auch von den in Betracht kommenden Personen der christlich-sozialen Partei weiß keine etwas von dem sonderbaren Fall.

Die „Neue Westfälische Volkszeitung“ wird von dem früheren Redakteur des in Enger (Westfalen) erschienenen christlich-sozialen „Kavensberger“, W. Behle, redigiert, der vor drei Jahren die Redaktion dieses Blattes niederlegte, angeblich weil ihm der Ton der christlichen Führer in den Spalten ihrer Zeitung zu rüde war. Er ging als konservativer Parteisekretär nach Baden und hat seit der Uebernahme der „Neuen Westfälischen Zeitung“ nach Herford, 1. Juli 1912, die Redaktion dieses Blattes übernommen. Nach obiger Notiz zu urteilen, scheint es, als ob Herr Behle sich inzwischen von seinen Gewissensstrappeln freigemacht hat.

### Arbeiter und Flottenbauten.

Einen Blick hinter den Kulissen läßt uns nachstehendes Schreiben tun, das heute auf unseren Tisch flatterte. Es lautet:

An den Staatssekretär des Reichsmarineministeriums, Berlin.

Betrifft Ablieferung des Linien Schiffes „König Albert“.

Euer Ergeßung

beehre ich mich unter Bezugnahme auf die Anfrage der Bauaufsichtigung vom 29. April 1912 ganz ergebenst mitzutheilen, daß es sich nicht vermeiden lassen wird, daß in der Fertigstellung des Linien Schiffes „König Albert“ eine Verzögerung eintritt. Zwar habe ich alles ausgetrieben, um die durch den fünfmonatlichen Streik in meinem Betriebe im vorigen Jahre verlorene Zeit wieder einzuholen. Doch war durch die Verhinderung nach der Beendigung des Streiks die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft erheblich herabgesetzt, so daß sich nur mühsam das Versäumte wieder einholen ließ. Infolgedessen mußte ich, um die rechtzeitige Fertigstellung des S. M. Schiffes „Oldenburg“ nicht in Frage zu stellen, mehr Arbeiter bei diesem Bau verwenden, wie es sonst der Fall gewesen wäre. Bei S. M. S. „Oldenburg“ ist es mir gelungen, die durch den Streik verursachte Verzögerung vollständig wieder einzuholen, bei „König Albert“ aber nicht in demselben Umfange. Außerdem kommt hinzu, daß vor und nach dem neun-tägigen Streik im März d. J. die Verringerung der Leistungs-

fähigkeit der Arbeiterschaft sich ganz besonders bei „König Albert“ bemerkbar machte.

Es wird mir infolgedessen nicht möglich, mehr wie zwei Monate der durch den Streik verlorenen Zeit wieder einzuholen, so daß die Ablieferung des Linien Schiffes S. M. S. „König Albert“ im Juli 1913 erfolgen wird.

Hochachtungsvoll

P. P. F. Schönan,  
ges. C. Carlson.

### Wie liegen die Dinge in Wirklichkeit?

Die Arbeiter forderten 30 Pf. Stundenlohn, denjenigen, die 30 Pf. schon hatten, sollte eine Aufbesserung von 2—5 Pf. gewährt werden. Direktor Carlson lehnte nicht nur diese bescheidenen Wünsche rundweg ab, sondern nannte einige Mitglieder des Krankenkassenvorstandes, welche ihm in Ermangelung eines Arbeiterausschusses die Wünsche unterbreiteten, „grüne Jungen“, die „noch nicht trocken hinter den Ohren“ seien. Noch heute zahlt die Firma an verheiratete Arbeiter 16 bis 17 M. Wochenlöhne bei zehnständiger Arbeitszeit! Als im Reichstags der Abgeordnete Brandes bei der Beratung des Marineetats auf die elenden Lohnverhältnisse der millionenschweren Firma Schönan hinwies, erklärte der Herr Admiraltätsrat Farms, seines Wissens habe sich die Firma mit den Arbeitern geeinigt. Wer dem Herrn dieses „Wissen“ suggeriert hat, ist unschwer zu erraten. Leider ist von einer Einigung keine Rede.

Eine besonders unanständige Unterstellung ist, daß als Grund der späteren Fertigstellung die veränderte Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft infolge „Verhehung“ angegeben wird! Wenn schon etwas aufreißend wirken kann, so die Tatsache, daß die vorstehenden Wochenlöhne an Familienväter gezahlt werden. Bei solch „fürstlichen Gaben“ fehlt sich natürlich jeder nach anderen Arbeitsstätten. Der dauernde Wechsel bei den Arbeitern und die Einstellung ungeübter Arbeiter läßt die Leistungsfähigkeit nicht steigen. Ganz besonders trifft das auf den im Schreiben erwähnten März d. J. zu, wo die Leistungsfähigkeit besonders abgenommen haben soll. Wir stellen fest, daß um diese Zeit Dutzende qualifizierter Werftarbeiter auf anderen Nord- und Ostseewerken überjedderten, um nicht ewig am Hungertuche zu nagen! Die Firma setzte aber bei den Werftbesitzern eine Sperre für alle von Schönan kommenden Arbeiter durch. Die Firma selbst verzurück durch ihre niedrigen Löhne die geringere Leistungsfähigkeit!

Um diese Zwerge aufrecht zu erhalten, ist die Firma zurzeit um die Gründung eines gelben Werkvereins bemüht. Wir glauben kaum, daß dadurch die Leistungsfähigkeit der Arbeiterschaft gehoben und die Ablieferung von Bauten frühzeitiger erfolgen dürfte!

### Pommersche Scharfmacher.

Die Kraufunker Pommern haben bekanntlich einen „Schutzverband pommerscher Arbeitgeber“ begründet, dessen Mitglieder sich verpflichten müssen, keinem Unternehmer Arbeiten zu übertragen, der freigeordnete Arbeiter beschäftigt. Daß sie damit jenen Terrorismus ausüben, den die Konservativen angeblich bekämpfen, kommt den junkerlichen Gründern, wie es scheint, gar nicht zum Bewußtsein. In der „Pommerschen Tagespost“ versuchen die edlen Herren ihr Vorgehen zu begründen. In den schwülstigen langatmigen Darlegungen wird zunächst bedauert, daß am 25. Mai 1899 die Zuchtstaudorlage vom Reichstage abgelehnt wurde; die Folgezeit habe bewiesen, daß dies ein Fehler war. Die Verhältnisse hätten sich seit damals eher verschlechtert als verbessert. Wer es mit dem Volkwohl ernst nehme, der müsse daher lebhaft bedauern, daß auch die neuerlichen Bemühungen, den Arbeitswillensschwund zu erweitern, gescheitert seien. Dann heißt es weiter:

„Die Sozialdemokratie weiß, daß der Terrorismus die Waffe ist, der sie vornehmlich ihre Erfolge verdankt; es kann daher kaum Wunder nehmen, daß die Sozialdemokratie mehr und mehr dazu übergegangen ist, ihre Zwangsbeugung über die Kreise der Unorganisierten und nichtsozialdemokratisch organisierten Arbeiter hinaus auch auf andere Berufsstände auszudehnen. Die Vorkottierung von Gastwirten, die Drangsalierung der Raffendärge ist seit den letzten und vorletzten Reichstagswahlen, ebenso wie das Vorgehen gegen alle möglichen Geschäftsleute, die der Sozialdemokratie nicht zu Willen sind, zur üblichen Geschäftsgebarung geworden. Wählt irgend jemand, der mit sozialdemokratischer Kundtschaft zu tun hat, gemäß seinen politischen Anschauungen nicht sozialdemokratisch, so strafen ihn die Gewerkschaften mit dem Verzug, der den Mann und mit ihm Frau und Kinder ins Elend stürzt. Die verschiedenen Anläufe, die Regierung und ein Teil des Parlaments genommen haben, sind ergebnislos verlaufen; was bleibt da schließlich anderes übrig, als der Weg zur Selbsthilfe, der jetzt durch die Gründung des „Schutzverbandes pommerscher Arbeitgeber“ beschritten worden ist.“

Die pommerschen Junker beziehen ihren Bedarf an Kleidung usw. zumeist aus Berlin. Hoffentlich bleiben sie sich konsequent und lassen sich nur dort Kleider anfertigen, wo sie die Gewißheit haben, daß weder bei der Bearbeitung noch bei der Herstellung des Stoffes in allen seinen einzelnen Phasen ein Sozialdemokrat beschäftigt war. Und wenn sie das nicht mit Sicherheit feststellen können, dann mögen sie ihrer Ueberzeugung das Opfer bringen, barfuß und mit zerrissenen Hosen herumzulaufen. Nedrigens könnten die Junker aus der Vergangenheit lernen. Als das Sozialistengesetz erlassen wurde und jede Art von Organisation ohne weiteres zerstört war, haben eine große Anzahl Unternehmer in allen Teilen Deutschlands öffentlich erklärt, daß sie keinen Sozialdemokraten beschäftigen würden. Damals war die Partei noch klein, die Gewerkschaften waren gestört und trogaldem konnten die Unternehmer nicht ohne sozialdemokratische Arbeiter auskommen. Wenn deshalb die pommerschen Ritter von Ar und Palm jetzt mit einem neuen Plan der Ausschüderung sozialdemokratischer Arbeiter vor die Öffentlichkeit treten, dann hat man dafür bloß ein mitleidiges Achselzucken, um so mehr, als die pommerschen Junker ganz gewiß nicht zu denen gehören, von denen man behaupten kann, sie würden das Pulver erfinden, falls ihnen der König Verthold Schwarz darin nicht bereits zuborgekommen wäre.

### Schweiz.

#### Der Tod unter den Bundesräten.

Bern, 14. Juli. (Eig. Ber.) Die so oft gewünschte Verjüngung der schweizerischen Bundesregierung besorgt der Schmitter Tod, der in wenigen Tagen zwei ihrer Mitglieder, die Herren Adolf Deucher und Marc Ruchet, den ersten im Alter von 82 und den anderen von noch nicht 60 Jahren hinweggerafft hat. Beide gehörten der freisinnigen Partei an. Aber Herr Deucher genoh dennoch die Sympathien der organisierten Arbeiterschaft, da er als Chef des Industrieabpartements sozialpolitisches Verständnis und guten Willen befandete.

### Frankreich.

#### Eine Amnestie.

Paris, 16. Juli. Auf Vorschlag des Justizministers Briand unterzeichnete Präsident Fallières einen Erlass, durch den



Von wegen politischer oder ähnlicher Verbrechen verurteilten der Rest ihrer abzubühenden Strafe erlassen wird. Unter den Begnadigten befinden sich Hervé und eine Anzahl anderer Antimilitaristen. Es wurde der Befehl zu der sofortigen Entlassung der Begnadigten erteilt.

## Belgien.

### Die Präsidentenfrage in der Kammer.

Brüssel, 15. Juli. (Eig. Ber.) Der bisherige Präsident der Deputiertenkammer Cooreman legt sein Amt nieder und wird nur noch in der kurzen außerordentlichen Session präsidieren. Herr Cooreman erklärte seine Demission damit, daß seine Kräfte gänzlich durch die vorbereitenden Arbeiten für die Genter Ausstellung in Anspruch genommen seien. — Die Merikalen machen keine Anstrengungen ihn zu halten; die Merikale Presse lanciert im Gegenteil bereits mit Eifer ihre Kandidaten. — Herr Cooreman ist ein konzilianter, ruhiger, rechtlicher Herr, der neulich noch einen frechen Antrag seiner Merikalen Parteigenossen, der dahin zielte, die Unterjochung der Kammer über die Wahloperationen zu ändern, zunichte gemacht hat. Solche Leute können die Merikalen in ihrem derzeitigen Stadium nicht brauchen. Die Regierung hat bekanntlich nach dem 2. Juni verkündet lassen, daß sie ihr Amt im Sinne der „höchsten Mäßigung“ zu führen gedenke. Man hat diese „Mäßigung“ der Merikalen seither schon verschiedentlich am Werke gesehen. Eine besondere Betonung erfährt sie durch die Ankündigung einer eventuellen Präsidentenschaft des früheren Kammerpräsidenten Schollaert. Herr Schollaert ist bekanntlich der Vater des reaktionären Schulgesetzes, dem er schließlich zum Opfer fiel. Er ist der Repräsentant der schärfsten Sektierergruppe, und seine Neuernennung zum Präsidenten wäre nach der Schulkampfepisode eine deutliche Ansigne der Richtung, die man zu gewärtigen hätte. Hat Schollaert sich auch seinerzeit in seiner Präsidentenschaft vom Makel der Parteilichkeit freizuhalten gewußt, so kann in seiner Kandidatur heute gleichwohl nur die schlimmste Herausforderung der Opposition und die Ankündigung einer rücksichtslos Merikal-sektarischen Politik zumal in der Schulfrage erblickt werden. Mit der Laizische der Präsidentenschaft Schollaerts, die insbesondere der Merikale „Vien Public“ lanciert, bekäme die berühmte Broqueville'sche Mäßigungspolitik eine wirklich pikante ironische Note.

## Rußland.

### Zur Grundsteinlegung des Nevaler Kriegshafens.

Sechs Tage nach der Bestätigung des Flottenbauprogramms durch den Jaren ist in Neval unter höfischem Brum und feierlichen Gebränge der Grundstein für den neuen Kriegshafen gelegt worden, der als Basis für die baltische Flotte dienen soll. Selbst die treu ergebene dritte Duma hatte es mangels irgendwelcher detaillierter Angaben über den Bau dieses Kriegshafens nicht für möglich gefunden, die geforderten 70 Millionen für den Nevaler Kriegshafen zu bewilligen und der Regierung bloß einen Kredit von 1½ Millionen für die Vorarbeiten angewiesen. Trotz dieses unabweislichen Mißtrauensvotums beginnt die Regierung aber schon jetzt den Bau dieses Kriegshafens, dessen Kosten seit der Flottendeckelung in der Duma bereits von 70 auf 100 Millionen gestiegen sind. Die Admirale sind fest überzeugt, daß die künftige Duma, auf Grund des Stolypinschen Schandgesetzes mit Hilfe der Administration gewählt, auch zu diesen ungeschicklichen Handlungen des Marinereffors Ja und Amen jagen wird. Sie beileben sich deshalb, unter Führung ihres „obersten Kriegsherrn“ die Situation anzunehmen und die neue Nevaler Abenteuer möglichst schnell einzuleiten.

Daß es sich hier um eine Abenteuer handelt, ist für alle Sachverständigen schon längst klar. Der Marinefachschreiber Brutus (Admiral a. D. Mersjev), der als Autorität in marine-technischen Fragen gilt, sprach sich schon im vorigen Jahr in dem Sammelwerk „Das große Rußland“ auf das schärfste gegen den Bau des Nevaler Kriegshafens aus. Er erinnerte an die Affäre des Libauer Kriegshafens, der deshalb gebaut wurde, weil einige einflußreiche Personen ihre Länderchen zu hohen Preisen dem Staate verkaufen wollten. Nachdem 60 Millionen für diesen Kriegshafen verschleudert wurden, wurde vor zwei Jahren die Flagge heruntergeholt, weil die Petzen im Marineministerium erst dann einfielen, daß der von der Landseite nicht verteidigte Kriegshafen im Falle eines Krieges 12 Stunden nach dem Ueberkreuzen der russischen Grenze vom Feinde genommen werden konnte. Derselben Beschränkung hegt Brutus nun hinsichtlich des Nevaler Kriegshafens. „Wenn — so schreibt er — dieser Hafen von der Landseite nicht gesichert werden kann, so gewinnt das ganze Unternehmen einen sehr eigenartigen und verdächtigen Charakter.“ So schreibt ein angesehenes Mitglied der Dumafraktion und begeisterter Anhänger einer starken imperialistischen Politik. Für die Admirale jedoch, die jetzt am Ruder sind, sind ernste Einwendungen nicht maßgebend. Sie wischen fröhlich drauf los, verschleudern hunderte von Millionen, die der Finanzminister Kolozow dem Volke erpreßt. — der russischen Regierungsmagazine folgend: „Nach uns die Sintflut!“

## China.

### Russische Drohungen.

Peking, 15. Juli. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Der russische Gesandte hat für die Tötung der hundert mohammedanischen russischen Unterthanen durch chinesische Truppen in der Nähe von Chotan eine Entschädigung sowie Bestrafung der Schuldigen verlangt. Der chinesische Minister des Auswärtigen erwiderte darauf, er habe von dem Vorfall keine Kenntnis, er werde unverzüglich telegraphisch eine Untersuchung anordnen. Es wird erwartet, daß Rußland jetzt gemäß seiner letzten Note vorgehen wird, in der erklärt wird, wenn China nicht instande sein werde, die Russen in Turkestan zu schützen, werde Rußland die nötigen Maßregeln ergreifen.

## Aus der Partei.

### Aus den Organisationen.

Der Sozialdemokratische Verein für den Reichstagswahlkreis Herford-Halle hielt am Sonntag, 14. Juli, in Herford seine Generalversammlung ab. Der Verein zählte am 30. Juni 2067 Mitglieder gegen 2014 am 1. Januar d. J. „Volksmacht“-Abonnenten sind es rund 3800 in Arreife. Unsere Stimmenzahl bei der Reichstagswahl 1912 betrug 9929 (gegen 5758 im Jahre 1907), dem standen 6819 national-liberale, 6142 konfessionelle und 8062 christlich-soziale Stimmen gegenüber. In der Stichwahl folgte der national-liberale Kandidat mit 17 611 gegen 10 668 Stimmen, die auf den sozialdemokratischen Kandidaten fielen. In 19 Orten haben wir 35 sozialdemokratische Gemeindevorsteher. Im letzten Halbjahre wurden 3282,93 M. vereinnahmt und 2774,27 M. verausgabt, so daß ein Kassendefizit von 508,66 M. vorhanden war. Zum Parteitag in Chemnitz wurde Genosse Hoffmann gewählt. Die Generalversammlung erklärte sich gegen die vorgeschlagene Beitragserhöhung und für eine besondere Vertretung des Bezirks „Westfälisches Westfalen und Lippsche Pfaffenstümer“ im Parteiausschuß. Zum preußischen Parteitag wurde Genosse Pigusch delegiert.

## Seltene Ehrengabe eines Sozialdemokraten.

In Auerbach im sächsischen Vogtlande vollendete kürzlich der sozialdemokratische Stadterordnete Genosse Heinrich Müller sein 70. Lebensjahr. Da Genosse Müller seit 37 Jahren dem Stadterordnetenkollegium ununterbrochen angehört, hat dieses zu seiner Ehrengabe die Errichtung einer „Heinrich-Müller-Stiftung“ mit einem Stiftungskapital von 2500 Mark beschlossen. Die Zinsen sollen bedürftigen Schullindern von Auerbach zugute kommen. Wenn einem Sozialdemokraten bei Lebzeiten von seinen politischen Gegnern ein derartiges Denkmal gesetzt wird, so ist das eine Anerkennung seiner Tätigkeit für das Wohl seiner Gemeinde, die wohl Erwähnung verdient um so mehr, als nicht selten behauptet wird, daß Sozialdemokraten in den Gemeindevorstellungen nicht der Allgemeinheit dienen, sondern nur Parteipolitik trieben. Die Ehrengabe des alten Parteiveteranen verdient auch darum registriert zu werden, weil sich in ihm ein Stück Parteigeschichte verkörpert. Ein Genosse schreibt darüber unserem Zwickauer Parteiblatt: Heinrich Müller war der erste Vertrauensmann in Auerbach; er bekleidete dieses Amt von 1873 bis in die Mitte der 90er Jahre. Alle Arbeiten für die Partei wurden von ihm gewissenhaft und mit viel Fleiß ausgeführt. Besonders bei den Reichstagswahlen ließ er seine Strickmaschine stehen und arbeitete eifrig für die Partei. Alle namhaften Parteigenossen, wie York, Auer, Bebel, Liebknecht, Franz Hofmann und Wollenbühr, waren bei ihm als Gäste, und Frau Müller war allen eine aufmerksame Wirtin. Als unterm Sozialistengesetz unsere Genossen kein Lokal mehr bekommen und die Versammlungen vor der Polizei geheim halten mußten, da stand ihnen Müllers Haus in der Turngasse in Auerbach zur Verfügung, und manche Parteikonferenz wurde darin abgehalten.

Eine Konferenz der Arbeiter-Bildungsausschüsse und Bibliothekare der Wahlkreise Elberfeld-Barmen, Hagen-Schwelm, Solingen, Lennep-Kemscheid, Mettmann und Altena-Islerlohn tagte am Sonntag im Volkshaus zu Elberfeld.

Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Referat des Genossen Dr. Hanauer-Brüssel über Bibliothekswesen.

Eine vom Referenten vorgelegte Resolution macht folgende Vorschläge für die Organisation der Arbeiterbibliotheken:

1. Zusammenlegung der am gleichen Orte befindlichen Bibliotheken, die Besitz von Arbeiterorganisationen sind.
2. Vereinheitlichung der Verwaltung, insbesondere des Ausleiherverfahrens, der Bibliothekbenutzung und Statistik.
3. Vereinheitlichung der Kataloge mit Unterstufung einer sobald als möglich ins Leben zu rufenden Zentralstelle für die Arbeiterbibliotheken nach dem Muster der von der belgischen Bildungszentrale geschaffenen.
4. Die Bibliothekfrage ist von den angeordneten Gesichtspunkten aus so bald als möglich von einem Parteitage zu behandeln.
5. Kurse für Arbeiterbibliothekare nach dem Vorgange der österreichischen Genossen.
6. Die wiederholt verlangte Zusammenkunft der Arbeiterbibliothekare ist bald einzuberufen.

Diese Resolution wurde als Antrag zum Parteitag in Chemnitz einstimmig beschlossen.

## Fortschritte in Bodnien.

Auf dem letzten bodnisch-herzegowinischen Parteitag, der bekanntlich wegen eines Protestes gegen die polizeilichen Verfolgungen am Schluß aufgelöst wurde, gab der Parteisekretär bekannt, daß die Mitgliederzahl gegen das Vorjahr um 308 gestiegen ist, die sich auf 15 politische Organisationen mit 2445 Mitgliedern verteilen. Partei und Gewerkschaften arbeiten Hand in Hand. Die Parteipresse besteht aus der dreimal wöchentlich erscheinenden „Glas Slobode“ (Stimme der Freiheit) und dem „Bodnisch-herzegowinischen Eisenbahner“, der zweimal monatlich erscheint. Die Auflage beider Blätter ist 5500 Exemplare. Es wurde beschlossen, im Einvernehmen mit den Eisenbahnern eine Denderei zu errichten. An der Waiseier haben sich 9500 Personen beteiligt. Die Genossenschaftsbewegung schreitet ebenfalls fort.

## Sozialistische Blindenliteratur.

Von der Neuen Zeit, Organ zur Pflege sozialistischer Bestanschauung unter den Blinden deutscher Sprache ist die Nr. 5 des 3. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Kapitalistische Sozialreform. Von Luise Fiech. — Vom Koloch Militärismus. Von P. Adissteig. — Aus der Gegenwart. Ein preußisches Kulturbild. — Streikjustiz. — Verteilungs- oder Erwerbungs-? — Blindenreisen. Hierzu die wissenschaftliche Beilage.

Der Abonnementspreis der in Braillescher Kurzschrift gedruckten Zeitschrift beträgt bei sechsmonatlichem Erscheinen jährlich 3,60 M. für Deutschland und Oesterreich-Ungarn und 4,50 M. für die übrigen Staaten. Anfragen und Bestellungen sind an A. Wendt, Berlin R. 39, Sprengelstr. 1 zu richten. Das Blatt wird nicht im Buchhandel vertrieben, sondern kann nur durch die obige Stelle bezogen werden. Die Parteigenossen werden gebeten, die ihnen etwa bekannten Blinden auf das Organ aufmerksam zu machen.

Von der Parteipresse. Die Preßkommission der „Freien Volkszeitung“ in Göppingen hat sich konstituiert. Als Vorsitzender ist Genosse Kinkel und als Schriftführer Genosse Klenke-Göppingen gewählt worden. Eine Subkommission, die alle etwa vorkommenden Fälle, die schnell erledigt werden müssen, behandelt, wurde aus den Göppinger Mitgliedern der Preßkommission gebildet. Zum Redakteur wurde Genosse Köhler einstimmig gewählt.

## Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Sittliche Denunzianten. In Nr. 154 des „Vorwärts“ brachten wir die Mitteilung, daß Genosse Pabst von der „Nordhäuser Volkszeitung“ wegen Abdrucks einiger Artikel aus der „Zeitschrift des Vereins für Völkerverständnis“ zu 50 M. Geldstrafe verurteilt wurde, da er sich durch den Abdruck der Verbreitung unzüchtiger Schriften schuldig gemacht haben sollte. In der Rottiz wurde weiter mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft erst durch Denunziation des Vereins zur Bekämpfung der Unflirtlichkeit zur Klageerhebung kam. In einem Schreiben an und teilte Herr Vic. Vohn mit, daß ihm von einer Denunziation dieses Vereins nichts bekannt sei. Nach eingezogenen Erkundigungen müssen wir feststellen, daß nicht der genannte Verein, wohl aber die Zentralstelle zur Bekämpfung unzüchtiger Schriften (Sty Berlin) der Denunziant gewesen ist.

## Soziales.

### Arge Mißwirtschaft in einer Innungskasse.

In auffälliger Gegensatz zu dem albernem Schwindel über Mißbrauch der „sozialdemokratischen Ortskrankenkassen“ und die Mißwirtschaft in ihnen stehen die tatsächlichen Mißstände von Kassen im „nationalen“ Lager. Erbanlich ist, was jetzt von der Krankenkasse der Maler- und Lackiererinnung in Hamburg herausgefunden ist.

Die Kasse wurde von vornherein für terroristische Zwecke gegründet. Von Hamburg aus wurde auf den deutschen Innungstagen gegen die Ortskrankenkassen für die Gründung eigener Innungskassen Stimmung gemacht. Der Vorsitzende der Hamburger Malerinnungskasse sagte schon vor Jahren, daß durch eine Innungskassentransformation der Arbeiter nachweislich der Innung bedeutend gewinnen könnte. Die 1906 gegründete Krankenkasse wurde dem auch sofort eng mit dem Innungsnachweis liert. Beide Einrichtungen wirkten sehr bald als Mißregulierungsbureau. Bei Ausarbeitung des Statuts

hatte man auf die schatzmacherischen Zwecke ängstlich Bedacht genommen. Der Vorstand besteht aus sieben Personen, von denen ganze drei von den Versicherten gewählt werden und auch der Genehmigung des Innungsvorstandes unterliegen. Die Verwaltung liegt ganz in den Händen der Innung, die Bureau und Beamten zu stellen hat und dafür 10 Prozent der gesamten Einnahme erhält.

Die Malergehilfen drängten sich natürlich nicht nach dieser schönen Kasse. So vergrößerte sie zunächst mit wenigen Mitgliedern dahin und die Leitung sah schon alle ihre Hoffnungen, die sie auf sie gesetzt hatte, schwinden. Da wurde in der Innung (natürlich ist es eine Zwangsinnung) der Beschluß gefaßt, daß alle Gehilfen der Innungsmeister Mitglieder der Kasse sein müßten. Und dieser Beschluß fand wider Erwarten die Bestätigung des Hamburger Senatsausschusses. Damit waren die Gehilfen genebelt und nun arbeitete man in der Kasse drauflos. Es wurden in der Verwaltung Leute für den Hungerlohn von 2,50 M. beschäftigt. Die Kasse nahm die Vermittlung der Invalidenarten an die Versicherungsanstalt in die Hände. Dabei verbummelte man öfters die Ablieferung der Karten, so daß deshalb die Meister von der Versicherungsanstalt bestraft werden mußten. Da beschloß die Innung, daß die zirka 800 Mark Strafen von der Innungskassentransformation zu bezahlen seien. Die Gehilfen mußten also auch für die Bummel mit büßen. Weiter: als in Westerland auf Sylt ein Malerstreik ausgebrochen war, wurde der Kassensführer der Kasse beauftragt, Streikbrecher nach der Insel zu schicken. Da kein anderes Geld dafür zur Verfügung stand, wies ihn der Obermeister an, das Geld aus der Krankenkasse zu nehmen. Das Material, das die Krankenkasse bot, hat wesentlich mit für die Herausgabe von schwarzen Listen dienen müssen.

Ein Kassensführer, der nicht immer nach dem Willen des Obermeisters gesprungen war, es auch ablehnte, mit diesem durch dick und dünn zu gehen, wurde bald entlassen. An seine Stelle trat ein Herr Girsch. Inzwischen war es gelungen, den Bevollmächtigten des Malerverbandes, Rint, in den Vorstand zu delegieren. Der wurde einmal mit zu einer Revision der Kasse hinzugezogen, die außerordentlich schnell verlief. Es waren ein paar Stichproben gemacht worden und damit war die Sache erledigt. Als Rint gegen diese Behandlung einer wichtigen Angelegenheit protestierte, wurde ihm erklärt, daß ja die Aufsichtsbehörde die Kasse unter beständiger Kontrolle habe. Als Girsch seinen Posten noch nicht lange innehatte, wurde er auf kurze Zeit suspendiert, weil ein Konto von 1500 Mark vorliege. Das soll sich aber aufgelockert haben und die Aufsichtsbehörde hat damals angeblich erklärt, ein so gewissenhafter Kassensführer wie Girsch sei überhaupt nicht wieder zu haben. Bald aber wurde noch bekannt, daß Girsch oft tagelang nicht ins Bureau komme, sondern sich herumtreibe und weit über seine Verhältnisse lebe. Das veranlaßte das Vorstandsmittglied Genossen Rint dazu, bei der Staatsanwaltschaft eine Untersuchung der Verhältnisse zu beantragen. Am 25. April 1911 antwortete diese, daß „eine genaue Revision der Kasse und der Bücher ergeben hat, daß der Beschuldigte sich keinerlei strafbare Handlung hat zuschulden kommen lassen.“ Das war im Frühjahr 1911. Jetzt hat sich nach einem Einbruch in der Kasse, bei dem durch Schuld von Girsch dem Diebe 500 M. in die Hände fielen, herausgestellt, daß Girsch seit Dezember 1910 eifrig mit Unterschlagungen beschäftigt war und in dieser Zeit 20 606,70 M. veruntreut hat. Weiter wird bekannt, daß Meister noch mit 16 000 M. Beiträgen im Rückstande sind, die sich nicht einreiben lassen, wiewohl den Gehilfen 8000 M. Abzug von ihrem Lohne gemacht war.

Mit dieser skandalösen Wirtschaft hat sich nun eine Malerverammlung in Hamburg beschäftigt. Sie verlangt, daß die Innung die veruntreuten Gelder ersetzt, daß eine Generalversammlung einberufen werde, in der sich der Vorstand zu rechtfertigen hat und daß den Gehilfen mindestens die Gleichberechtigung in der Verwaltung der Innungskasse eingeräumt wird. Es war eine starke Stimmung in der Versammlung vorhanden, durch einen Kampf die Auflösung der Kasse zu erzwingen, doch sah man schließlich mit Rücksicht auf die jetzt nicht günstige Konjunktur davon ab.

Inzwischen darf man gespannt darauf sein, ob sich die Gerechtigkeit damit begnügt, den einen Uebelthäter zu paden, oder ob sie auch seine Mitschuldigen zur Rechenschaft zieht und die Malermeister, die die von den Arbeitern gezahlten Beiträge nicht an die Kasse abgeliefert haben.

### Konferenz der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg.

Am Sonntag, den 4. August 1912, vormittags 10½ Uhr, findet in Frankfurt a. O. im sächsischen Gesellschaftshaus die achte Konferenz der Freien Vereinigung der Krankenkassen der Provinz Brandenburg statt. Am Sonnabend findet im Frankfurter Gewerkschaftshaus eine Vorversammlung statt. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Geschäfts- und Kassensbericht der Verwaltung und Bericht der Revisoren; 2. Vortrag des Herrn Professor Dr. C. Bruhns, leitender Arzt am Charlottenburger Krankenhaus, über: „Moderne Syphilisbehandlung mit besonderer Berücksichtigung der Salvarianfrage“; 3. Vortrag des Herrn Stabsarzt Dr. Möllers vom Institut Robert Koch über: „Die Erkennung und Behandlung der Tuberkulose mittels Tuberkulin“; 4. Vortrag des Herrn Albert Kohn, Geschäftsführer der Ortskrankenkasse der Kaufleute usw., Berlin, über: „Die Verwaltung der Genossenschafts- und Heilstätten nach einheitlichen Grundsätzen“; 5. Rennwahl des geschäftsführenden Ausschusses; 6. Wahl des Ortes für die nächste Konferenz; 7. Verschiedenes.

### Aus der „besten“ aller Welten!

Wegen eines lumpigen Mietzinsrückstandes von 10,26 M. erzwang der Hausbesitzer vomolow in Belgard in Pommern die Ermittlung einer Arbeiterfamilie. Seit dem 1. Juli-Tagert der Daustat der Familie auf der Straße, während sie mit ihren sechs Kindern im Heu auf dem Hängeboden eines Schweinestalls kampieren muß. Es war ihr nicht möglich, anderweitig ein schützendes Obdach zu finden. Seit dieser Zeit ist die Familie auch ohne warme Mittagskost, da der Frau die Kochgelegenheit fehlt. Sie muß sich mit den älteren Kindern mit Brot begnügen, gerode für den Säugling kann sie noch die Milch wärmen. Als der Bürgermeister um ein Unterkommen für die Familie angegangen wurde, entgegnete er: „Ich kann mir keine Wohnung aus der Erde tragen, Sie müssen sehen, wo Sie bleiben.“ Der Mann arbeitet die Woche über Land, und der Mietzinsrückstand ist nur entstanden, weil die Frau für ihre Mitarbeit in der Milchwirtschaft des Hausbesitzers weniger erhielt, als ihr angeblich versprochen und sie angerechnet hatte. Lediglich wegen ihrer Kinderzahl findet die Familie keine andere Wohnung. Und da wundern sich naive Leute, wenn ein Proletarier keine Luft mehr erigt, zahlreiche Kinder in die Welt zu setzen, in der für ihn und seine Brut nur Arbeitsqual und Not bereitet ist.



# Gewerkchaftliches.

## Die „Kölner“ gegen die „Berliner“.

Auf dem Verbandstage des christlichen Metallarbeiterverbandes, der zurzeit in Halle tagt, hielt Wiesberts die Begrüßungsrede, in der er von einer gegenwärtigen kritischen Zeit in den christlichen Gewerkschaften sprach. Die anderen Brüder in Christo, die Berliner Facharbeiter, stigmatisierte er in dieser Rede also:

„Wenn die christliche Gewerkschaft einem offenen Gegner gegenüberstehe, könnte sie ihr Augenmerk auf seine Waffen lenken und ihm gegenüber die Taktik einrichten. . . . Schwere aber sei der Kampf gegen einen Gegner, der seine Pfeile meuchlings aus dem Hinterhalt abschleudere. Leute, die Pitate sammelten und mit unlauteren Mitteln einer an sich so gesunden Bewegung wie die christlichen Gewerkschaften es seien, hinterhältig in den Rücken feilen, müsse man als Wegelagerer bezeichnen. Wir können heute feststellen, daß diese Angriffe aus dem Hinterhalt abgeschlagen sind in einer Weise und mit solchem Erfolge, wie wir es nicht zu hoffen gewagt haben. Ich stelle die Behauptung auf, daß die Zurückweisung der hinterhältigen Angriffe auf katholischer Seite — Sie wissen ja, worauf ich anspiele — in einer Weise und mit einer Energie erfolgt ist, wie nie zuvor.“

Das ist ja so allerlei! Die vom Papst gelobten Facharbeiter als Wegelagerer zu bezeichnen, die ihre Pfeile meuchlings aus dem Hinterhalt schleudern! Uebrigens zeigt sich Wiesberts gar nicht als so folgamer treuer Sohn der katholischen Kirche, der die Mahnung aus Rom beachtet, bis zur Entscheidung des christlichen Gewerkschaftsstreits durch den Heiligen Vater den Kampf ruhen zu lassen. Dazu sind allerdings die christlichen Gewerkschaftsführer auch zu stark provoziert worden.

Der Verbandstag nahm dann die folgende Resolution an:

Die Generalversammlung nimmt Kenntnis von dem aus dem ausgebrochenen von den Führern der Berliner Fachabteilung herausbeschriebenen Gewerkschaftsstreit und erklärt sich mit den Protestkundgebungen des Verbandsvorstandes vom 18. Juni einverstanden. Die Generalversammlung weist jene Bestrebungen, welche die Arbeiter unter religiöser Ausnahmegeloge stellen sollen, weit von sich und erklärt, daß die Verbandsgewerkschaften beider Konfessionen auch in Zukunft trenn und fest geschlossen zu einander stehen wollen.

### Berlin und Umgegend.

#### Der Streik der Kutscher in den Schwerefuhrwerksbetrieben.

Am Dienstagmittag versammelten sich die Streikenden im „Englischen Garten“, wo Otto Franke den Situationsbericht erstattete. Die Bewegung macht gute Fortschritte, 13 weitere Firmen, die 157 Arbeiter und Kutscher beschäftigen, haben den Tarifvertrag unterschrieben. Die Unternehmer, die zuerst den Beschluß gelehrt hatten, keinen Vertrag zu unterschreiben, sind uneinig geworden, und einer nach dem andern hält es für vorteilhafter, seinen Frieden mit der Organisation zu machen. — In Moabit ist die Polizei sehr zahlreich aufgetreten, hat aber keinerlei Gelegenheit zum „Einschreiten“ bekommen. In Nichtenberg wurde ein Streikender verhaftet, der von einem Unternehmer ausgegriffen und gefesselt wurde und sich dagegen wehrte. Der Unternehmer, Otto Priemke, ist schon vor einem Jahre bei ähnlicher Gelegenheit tadellos gegen Arbeiter vorgegangen. Damals nahm man ihm einen Gummiknüppel ab und er gelobte, Frieden halten zu wollen. Jetzt geht er in gleicher Weise vor und die Polizei nimmt nicht ihn fest, sondern den angegriffenen Arbeiter.

Der Tarifvertrag, der bis zum 30. Juni 1915 abgeschlossen wird, enthält in bezug auf Regelung der Löhne und der Arbeitszeit die folgenden Bestimmungen:

Die Arbeitszeit beginnt: a) in Schwerefuhrwerksbetrieben (Baufuhrwerk usw.) früh um 5 1/2 Uhr; b) in Betrieben mit gemischtem Fuhrwerk, wie Expedition, Möbeltransport (in Boxarten), Luxusfuhrwerk usw., früh 5 1/2 Uhr; für Arbeiter früh 6 Uhr; sie endet in allen Betrieben abends 7 Uhr, vorausgesetzt, daß das Tagespensum erledigt ist.

Das Tagespensum ist seitens der Fuhrherren bezw. deren Betriebsinspektoren so zu bemessen, daß die Beendigung der Arbeitszeit in der Regel um 7 Uhr abends erfolgen kann. Aufträge, welche Arbeitgeber nach 6 Uhr nachmittags erteilen, die voraussichtlich und auch erfahrungsgemäß bis 7 Uhr abends nicht erledigt werden können, bedingen die Verpflichtung zur Bezahlung von Überstunden mit je 80 Pf. Aufgefahrene halbe Überstunden kommen nicht zur Berechnung.

Der Arbeitslohn beträgt für Kutscher: a) in Betrieben mit gemischtem Fuhrwerk (Expedition, Möbeltransport, Luxusfuhrwerk usw.) pro Woche 30,50 RM.; b) in Betrieben mit schwerem Fuhrwerk (Baufuhrwerk usw.) pro Woche 34 RM.; c) für Stallleute pro Woche 30 RM.; d) für Arbeiter pro Tag 5 RM.

Der Lohn wird für die geleisteten Arbeitstage jeden Freitag nach Beendigung der Arbeit ausgezahlt.

Vom 1. Juli 1913 ab werden die Lohnsätze für alle Kutschergruppen und Stallleute um 1 RM. pro Woche erhöht. Der Lohn für Arbeiter erhöht sich gleichfalls von diesem Zeitpunkt ab um 25 Pf. pro Tag.

Am 1. Juli 1914 tritt eine Lohnaufbesserung in gleicher Höhe, wie vorstehend angegeben, in Kraft.

Die vorstehenden Lohnsätze gelten als Minimallohn.

Die bei Abschluß dieses Vertrages bereits bestehenden höheren Lohnsätze bleiben in Kraft.

Für Überlandfahrten über 25 Kilometer Entfernung von der Betriebsstätte erhalten die Kutscher ein Spesengeld von 1,50 RM. pro Tag.

Unregelmäßige Nacharbeit (d. h. Nachfahrten) wird den Kutschern mit 1 RM. Zuschlag pro Nacht zum Lohn vergütet.

Werden Kutscher oder Arbeiter in Betrieben mit gemischtem Fuhrwerk zeitweise zum Fahren von Bau- und Arbeitsfuhrwerk herangezogen, so erhalten sie für diese Zeit den üblichen Lohn, welchen der Tarif für Bau- und Arbeitskutscher vorsieht.

Obige Wochenlöhne gelten nur für volle leistungsfähige Kutscher. Für nicht voll erwerbsfähige Arbeiter und Kutscher unterliegt der Lohn einer freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Wem Aussehen infolge Arbeitsmangel wird für das Pferdewagen 1 RM. bezahlt.

Soweit es sich um die Ermittlung des Tageslohnes handelt, wird die Woche zu sechs Tagen gerechnet.

Diese Bedingungen wurden bei den jüngsten Verhandlungen mit den Unternehmern gemeinsam beraten und fanden die Zustimmung beider Parteien. Den Tarifvertrag unterschreiben anerkannt haben bis Dienstagmittag die folgenden Firmen: Ambsel, Charlottenburg, A. D. Co., Lichtenberg, Kurgin u. Co., Charlottenburg, Dohrb. Keulohn, Doerge, Hummelburg, Fetting, Lichtenberg, O. Gebauer, A. Gebauer, Berlin, Gährte u. Co., Charlottenburg, Göße, Wrij, Kluge, Lichtenberg, Kirchner, A. Kraag, Berlin, M. Kraag, Lichtenberg, Kurz, Wilmerdorf, Lichtinn, Lichtenberg, Liesegang, Reinisdorf-Ost, Reumann, Dittmann, Keulohn, Paide, Lichtenberg, Paul, Friedenau, Pieper, Tege, Vlah, Berlin, Preuß, Schulz, Gensche, Lichtenberg, A. Lehmann, Berlin, Hertling, Riendorf, Gull, Vartels, Charlottenburg, Montag, Berlin, Rost, Berlin, Reub, Pantow, Fahrtenzug, Keulohn, Zimmermann, Moabit, Grassow, Reinisdorf-Ost, Franke, B. Reumann, Keulohn, Grimm, Berlin.

Verantw. Redakteur: Albert Wachs, Berlin. Inzeratenteil verwant.

Möhner, Tempelhof, Ernst Rundi, Keulohn, Heinrich Fickert, Keulohn, Bobstr. 1, und Emil Schulz, Dühovstraße 48.

Weitere Unterschriften sind im Verbandsbureau bereits angefordert worden. Auch wird noch mit einer Reihe von Firmen verhandelt.

### Tarifvertrag der Isolierer.

Nach längeren Verhandlungen, deren letzte am 10. d. M. stattfand, ist ein Tarifvertrag für die im deutschen Bauarbeiterverbände organisierten Isolierer und Helfer zustande gekommen. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen berichtete Dank am Montag in einer Versammlung der Isolierer und Helfer. Die Vereinbarungen, welche mit den Vertretern des Arbeitgeberverbandes für das Isolierergewerbe getroffen wurden, bringen eine Verbesserung der bisherigen Lohnverhältnisse. Der Stundenlohn der Isolierer, welcher bisher 72 1/2 Pf. betrug, wird vom 1. Juli d. J. ab auf 75 Pf. erhöht. Jungisolierer erhalten 67 1/2 Pf., Helfer 60 Pf., Junghelfer 55 Pf. pro Stunde. Diese Lohnsätze gelten bis 30. Juni 1914. Vom 1. Juli 1914 ab erhalten alle Arbeitergruppen eine Lohnerhöhung von 2 1/2 Pf. und vom 1. April 1915 ab eine weitere Erhöhung von 2 1/2 Pf. pro Stunde, die bis zum Ablauf des Vertrages, 30. Juni 1915, in Kraft bleibt. Die sogenannte Kündigung, das heißt die Zulage bei Arbeiten in Orten, die über das Vorkriegsgebiet hinausliegen, wird von 275 Pf. auf 300 Pf. erhöht. Fahr- und Wartezeit wird nicht mehr mit 50 Pf. pro Stunde, sondern mit dem vollen Stundenlohn vergütet. In allen anderen Punkten, besonders bezüglich der Arbeitszeit, Ueberstundenzuschlag, Vorkriegszulage usw. legt der Tarif das fest, was schon bisher als herrschende Bedingung galt.

Die Versammlung stimmte diesen Vereinbarungen ohne Debatte zu. Damit ist der Vertrag, der für die etwa 200 Arbeiter des Isolierergewerbes gilt, angenommen.

Die Arbeiter und Kutscher der Firma F. Kühne, Holz- und Kohlenhandlung, Kottbuser Ufer 18, erlangen nach einseitigem Streik den Erfolg, daß die Firma den zwischen dem Verband der Transportarbeiter und dem Verband Berliner Kohlenhändler abgeschlossenen Tarifvertrag anerkennt.

Achtung, Freiseurgehilfen! Aufgehoben ist die Sperre bei Rägelin, Landsberger Allee 148. Bewilligt haben ferner Rohrmundt, Tempeliner Straße 12, Taubert, Staliner Straße 80, Swarowski, Admiralsstr. 36, Charlottenburg; Sengco, Spreestr. 7, Reinisdorf; Reichelt, Pöwingsstraße 104. Rezept: Striplig, Gracstr. 66. Verband der Freiseurgehilfen.

### Deutsches Reich.

#### Bauarbeiterbewegung in der Provinz Brandenburg.

Seit sechs Wochen führen die Maurer und Hilfsarbeiter in Sorau einen Kampf um einige Pfennige Lohnhöhung. Bisher wurden für Maurer 40 Pf. und für Hilfsarbeiter 30 Pf. pro Stunde gezahlt. In der Verhandlung am Montag boten die Unternehmer eine Zulage von 1 1/2 Pf. für Maurer und 1/2 Pf. für Hilfsarbeiter an, so daß letztere eine Lohnhöhung von 20 Pf. pro Woche erhalten könnten. Das Angebot haben die Streikenden abgelehnt. Jetzt versuchen die Unternehmer, arbeitslose Berliner Maurer unter Vorpiegelung der Streik bei Sorau zu locken. Da sich aus den Reihen der Sorauer Arbeiter bisher niemand gefunden hat, den Streikenden in den Rücken zu fallen, so erwarten die Streikenden auch, daß die Berliner Verbandsangehörigen Solidarität üben und Sorau unter allen Umständen vorläufig noch meiden werden.

#### Veratungen über einen Reichstaxi für das Schneidergewerbe.

Beim Abschluß der letzten Tarifbewegungen im Schneidergewerbe wurde von den Unternehmern die Schaffung eines Reichstaxi für das Schneidergewerbe angeregt. Schließlich kam ein Beschluß zustande, nach dem die Unternehmerorganisation und auch die Arbeiterverbände verpflichtet wurden, den Unparteiischen Vorschläge einzuzureichen, die die Grundlage für einen Reichstaxi bilden sollten. Diese Vorschläge bildeten den Beratungsgegenstand einer am 15. Juli in Erfurt tagenden Konferenz, an der die drei Unparteiischen, Gewerbegerichtsrat Dr. Brenner-München, Syndikus Dr. Haller-Frankfurt a. M. und Magistratsrat v. Schulz-Berlin sowie die Hauptvorstände des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes, des Deutschen Schneiderverbandes, des Gewerbevereins der Schneider (Hirsch-Dunder) und des Christlichen Schneiderverbandes teilnahmen.

Auf der Konferenz legten die Unparteiischen den Vertretern des Unternehmerverbandes und der Arbeiterverbände nachstehende Bedingungen als Grundlage für einen zu schaffenden Reichstaxi vor:

I. Ab 1. März 1916 sollen alle einzelnen Tarifverträge zu einem Reichstaxivertrag zusammengefaßt werden, der bis zum letzten Februar 1920 unter Ausschaltung aller Streiks und Ausperrungen gelten soll. Wenn nicht drei Monate vor Ablauf eine Kündigung erfolgt, so soll der Reichstaxi jeweils auf ein Jahr weiter laufen.

II. In der Zeit bis zum 1. März 1916 besteht die seitherige Handlungsfreiheit.

III. Zur Vorbereitung des Reichstaxi-Vertrages soll eine einheitliche Regelung der Extrararbeiten und der sonstigen im § 22 des Generalvertrages benannten Fragen tunlichst erzielt werden. Hierbei ist der Arbeitgeberverband gehalten, folgende Mindestforderungen zu gewähren:

- a) die Arbeitszeit darf zehn Stunden nicht überschreiten;
- b) Furnituren sind zu liefern oder zu vergüten;
- c) Zuschläge für Heimarbeit werden grundsätzlich als berechtigt anerkannt;
- d) vorarbeitsmäßige Betriebswerkstätten sind zu fördern;
- e) Extrararbeiten sind systematisch nach Maßgabe der darauf verwendeten Zeit zu bezahlen;
- f) Doppelarbeit sind einzuschänken und allmählich zu beseitigen;
- g) für Uniform- und Damenkleiderei ist ein Lohnstarifmuster zu schaffen. Zur Beratung und Feststellung wird eine Spezialkommission aus Vertretern sämtlicher Vertragsparteien zusammengetreten.

IV. Wird über die Fragen zu III eine Einigung bis zum 1. Januar 1916 nicht erzielt, so ist die Angelegenheit längstens bis 15. Januar 1916 einem Kollegium von drei Unparteiischen zu unterbreiten, welches auch berechtigt ist, einen Schiedsspruch zu fällen. Dieser Schiedsspruch unterliegt der Bestätigung der Vertragsparteien; dieselbe hat längstens bis 1. Februar 1916 zu erfolgen.

V. Die Tarifverträge, welche bis 1. Dezember 1915 gekündigt worden sind, sind in entsprechender Anwendung der Grundzüge zu IV zu behandeln.

VI. Bezüglich der in den Jahren 1912, 1913 und 1914 gekündigten Verträge werden die Termine unter IV um 15 Tage verlängert.

Diese Vorschläge, die die einzelnen Verbände ihren Verhandlungen unterbreiten werden, werden nicht unerheblich von dem Entzogen des Arbeitgeberverbandes ab, der belustigt verlangt hatte, daß alle von den Hauptvorständen übernommenen und fernerhin abzuschließenden Tarifverträge ein einheitliches nationales Tarifverhältnis üben und daß dem von den Hauptvorständen durch diesen Vertrag zusammengefaßten Tarifmaterial der Charakter des örtlichen Tarifverhältnisses gewahrt, jedoch ausdrücklich vereinbart wird, daß eine Kündigung einzelner Tarifverträge nicht möglich ist. Der wichtigste Unterschied zwischen dem Entzogen des Arbeitgeberverbandes und den Vorschlägen der Unparteiischen besteht darin, daß nach den Vorschlägen der Unparteiischen zunächst die in Ziffer III genannten Fragen geregelt werden sollen, während die Unternehmer den Tarif abschließen wollten, ohne daß diese für die Arbeiter wichtigsten Fragen überhaupt geregelt sind.

Die Vertreter der Arbeiterverbände erklärten, daß sie den Vorschlägen nicht unsympathisch gegenüberstehen. — Die endgültige Entscheidung, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

schreibung liegt bei den Verbandstagen. Der Verbandstag des Zentralverbandes der Schneider und Schneiderinnen findet am 11. August in Köln statt; die Unternehmern versammeln sich bereits einige Wochen vorher.

### Ausland.

#### Verhaftung der Leitung der Gewerkschaft „Jeemansbond“.

Unser belgischer Korrespondent meldet und: Das Programm der „Mäßigung“, das die Regierung nach ihrem famosen Sieg verstanden ließ, beginnt bereits in eigenartiger Weise in Erscheinung zu treten.

Am Freitag hat das Antwerpener Gericht den Präsidenten, den Sekretär und noch zwei Mitglieder der Leitung der Antwerpener Gewerkschaft der Seeleute „Jeemansbond“ verhaften lassen. Der „Grund“ dieser Verhaftung soll wieder einmal in einer Uebersetzung des beschriebenen § 310 des St.-G., der in Belgien die berühmte Freiheit der Arbeit zu schützen hat, zu suchen sein. In Wahrheit handelt es sich um einen Kampf gegen den „Jeemansbond“, der mit Energie und Beharrlichkeit die Interessen der Seeleute vertritt und besonders auch im Augenblick der Auswärt der streikenden Schiffsarbeiter ist, die um bessere Arbeitsbedingungen, um die Anerkennung ihrer Arbeitsvermittlung, überhaupt um die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Autorität ringen. Längst ist die Tätigkeit des „Jeemansbond“ den Redern und ihrem Hauptverteidiger, der liberalen Presse, ein Dorn im Auge und die letztere hat insbesondere in diesen Tagen nicht ausgedrückt, nach dem Gericht zu rufen, um auf diese Weise den Kampf der Seeleute zu unterstützen, die Gewerkschaft und deren unbehagliche Tätigkeit zu treffen. Nach der Haltung der liberalen Presse ist daher un schwer zu erraten, von wo der Wind zu dem Gewaltstreik der Verhaftung gekommen ist. — Drei Mitglieder der Leitung des Syndikats der Seeleute wurden Freitag, während einer Sitzung, die sich mit Streitangelegenheiten befaßte, im Heim der Gewerkschaft verhaftet. Die Gerichtskommission nahm die Bücher und die Kontrollkarten der Streikenden in Beschlag, kontrollierte die Gewerkschaftskasse und nahm eine Leibesvisitation sämtlicher Mitglieder vor. Am selben Tage wurde auch der Präsident der Gewerkschaft Schouwen, verhaftet. In dem Lokal, wo immer die Kontrolle der Streikenden stattfindet, hat das Gericht gleichfalls die Kontrollkarten konfisziert — am Sitz des Gewerkschaftslokals wurden die Stühle angelegt.

Die Gewerkschaft hat den Streik infolgedessen pariert, als sie ihre Leitung sofort rekonstituiert hat. Die vier Verhafteten sind provisorisch erlöst worden und führen die Geschäfte weiter. Es hat auch bereits eine Versammlung stattgefunden, in der die Streikenden gegen die Verhaftung protestierten. Die Beschlagnahme der Kontrollkarten der Streikenden sollte den ostentativen Zweck haben, die Auszahlung der Streikenden zu hindern und damit dem Komitee und den Streikenden Verlegenheiten zu bereiten. Aber das Komitee hat auch diesen Streik pariert und die Streikenden nach wie vor ausbezahlt.

Mit welchen Mitteln man gegen den „Jeemansbond“ und dadurch gegen die Bewegung der Seeleute ankämpft, ersieht man aus einer Zeitungsnachricht, die verbreitet, daß es sich bei der Verhaftung auch um Unregelmäßigkeiten handele, deren sich der Sekretär schuldig gemacht haben soll. Es ist kein wahres Wort daran, wie der „Peuple“ heute in aller Form feststellt. Die Nachricht ist um so perfider, als der Sekretär eine weit besser bezahlte Stellung aufgegeben hat, um — da seine sonstigen materiellen Verhältnisse es ihm ermöglichen — für einen geringeren Entgelt die Sekretärstelle zu übernehmen und so für die Sache tätig zu sein.

Die Gerichtsaktion verfolgt den Zweck, nachzuweisen, ob die Gewerkschaft nicht Leute bezahlt, die sich mit der Jagd auf „renards“, auf Streikbrecher befassen! Man vermischt auch Zusammenhänge mit Brandstiftungen auf Schiffen herzustellen — kurz das Gericht arbeitet febrilhaft und die liberale Presse mit. Das Antwerpener Gericht ist übrigens nicht schwierig in der Auswahl seiner Mittel. Es hat ein Plakat in der Stadt anbringen lassen, auf dem es auffordert, ihm „Mitteilungen“ über die Leute vom „Jeemansbond“ zukommen zu lassen. Das Gericht bedient sich aber ganz offiziell und ungeniert des alten edlen Polizeimittels der Auspöbelung und Auspöbelung, um kämpfenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. — Die Gewerkschaftskommission wird in der Verhaftungsangelegenheit entsprechende Schritte unternehmen und Dienstag wird der sozialistische Deputierte von Antwerpen, Genosse Terwagne, in der Kammer interpellieren.

## Letzte Nachrichten.

#### Der Panamakanal in der englischen Unterhaus.

London, 16. Juli. (W. T. B.) Auf eine Anfrage wegen der unterirdischen Behandlung britischer Schiffe, die den Panamakanal benutzen würden, erwiderte Staatssekretär Grey: Es schien der britischen Regierung, daß einige der Bestimmungen der Bill, die jetzt im amerikanischen Senat vorliegt, nicht mit dem dritten Artikel des Vertrages von 1901 zu vereinbaren sind, der festsetzt, daß der Panamakanal für Handels- oder Kriegsschiffe aller Nationen frei und offen stehen solle, so daß in Hinsicht auf Bedingungen oder Lasten gegen keine Nation eine unterschiedliche Behandlung eintreten werde. Deswegen hielten wir es für richtig, diese Einwendungen der Regierung der Vereinigten Staaten auszu-einanderzusetzen, damit sie berücksichtigt werden könnten, während über die Bill noch beraten wird.

#### Generalamnestie-Erlaß der Pforte.

Konstantinopel, 16. Juli. (W. T. B.) Wie verlautet, hat Mahmut Rukhat Pascha gewisse Bedingungen vor der Uebernahme des Kriegsministeriums gestellt, die vom Ministerrat angenommen wurden. Die Regierung wird eine Generalamnestie erlassen und den auf administrativem Wege verbannten Personen die Rückkehr nach Konstantinopel gestatten.

#### Was die Präsidentschaftswahl bewirkt.

Washington, 16. Juli. (W. T. B.) Das Komitee des Repräsentantenhauses, das sich mit der Untersuchung der Geschäftsabhandlung des Stahlwerks zu befassen hatte, ist zu dem Ergebnis gekommen, die Auflösung des United States Steel Corporation in ihrem Bericht zu empfehlen und die Regierung in ihrem Prozeß gegen die Corporation zu unterstützen.

Nach erregter Debatte hat das Repräsentantenhaus die Bill des Kongreßmitgliedes Wall angenommen, durch die der Terminhandel in Baumwolle verboten wird.

#### Tödlicher Absturz in den Bergen.

Bad Schmecks (Ungarn), 16. Juli. (W. T. B.) Gymnasialprofessor Alfred Sanyóth aus Bittenberg, der in Begleitung des Reichsprofessors Wagner eine Bergtour ohne Führer auf die 2555 Meter hohe Tatra Spitze unternommen hatte, wollte beim Abstieg, als schon alle Hindernisse überwunden waren, über das steile Schneefeld hinabrutschen. Dabei stürzte er ab, schlug gegen einen Felsblock und blieb tot. Die Leiche wurde geborgen und nach Bad Schmecks gebracht.

#### Durch Blitzschlag getötet.

Araçau, 16. Juli. (W. T. B.) Im Dorfe Wisniz schlug der Blitz in ein neu gebautes Haus, in das sich zahlreiche Arbeiter sowie der Hausbesitzer und dessen Frau vor dem Inmetzler geflüchtet hatten. Ein Arbeiter und der Hausbesitzer wurden getötet, 12 Personen verletzt. Das Haus brannte vollständig nieder.



Der Internationale Bergarbeiterkongreß.

Ein Bergarbeiterkongreß in Holland wird manchem etwas sonderbar klingen. Vielen wird es unbekannt sein, daß es auch in Holland eine sich schnell entwickelnde Montanindustrie gibt. In der Provinz Limburg im äußersten Süden des Landes gibt es etwa ein halbes Dutzend Kohlengruben, die annähernd 7000 Arbeiter beschäftigen. Einige dieser Gruben sind Staatsbetriebe, in denen übrigens die Arbeiter besser behandelt werden als in den Privatbetrieben, was man leider nicht von allen Staatsbetrieben sagen kann. Man rechnet damit, daß der holländische Bergbau in zehn Jahren 40 000 Arbeiter beschäftigen wird, die wohl ziemlich alle in Staatsbetrieben arbeiten werden, da auf Betreiben unserer holländischen Genossen der holländische Staat seine weiteren Grubenkonzessionen an Privatleute erteilen wird. Die Organisation der holländischen Bergarbeiter ist noch schwach; zudem hat die Bergarbeiterbewegung in Holland auch ähnlich wie in Deutschland mit dem verräterischen Treiben der christlichen Bergarbeiterbewegung zu rechnen. Namentlich um die junge holländische Bewegung zu ermutigen, beschloß das Internationale Komitee der Bergarbeiter, dieses Jahr den Kongreß in Holland abzuhalten.

Was dem 23. Bergarbeiterkongreß seine Wichtigkeit gab, war die Aussprache über die großen Bewegungen, die im Anfang des Jahres in der Bergwerksindustrie fast aller großen Industriestaaten stattfanden. Von großem Interesse waren namentlich die Ausführungen des Präsidenten Smillie über die Erfolge des Generalstreiks der britischen Bergarbeiter. Während der Kongreßwoche erhielten die wallisischen Vertreter die Nachricht, daß der Schiedsrichter die Minimallohne der südwallisischen Bergarbeiter festgesetzt habe. Die festgesetzten Minimallohne bedeuten eine Lohnerhöhung von einem Penny bis 2½ Schilling den Tag für 50 000 Bergarbeiter in Südwales, und zwar gerade für die am schlechtesten entlohnten Knappen. Wie der Präsident erklärte, ist dieses Resultat typisch für alle anderen Reviere Großbritanniens. In Geld umgerechnet, bedeutet der unmittelbare greifbare Erfolg des Kampfes für die Bergarbeiter von Südwales allein einen Lohngewinn von 400 000 Pfund im Jahre. Das ist eine genügend deutliche Antwort auf die vor zwei Monaten oft gehörte Behauptung, daß die Bergarbeiter Großbritanniens durch ihren Kampf nichts gewonnen hätten. Die große Bedeutung des Kampfes liegt nach dem Präsidenten Smillie darin, daß sich eine Regierung, die nicht an den Minimallohn glaubte, dennoch durch die Solidarität der Bergarbeiter gezwungen sah, dem Minimallohn im Bergbau geschliche Anerkennung zu verschaffen, und als Hauptlehre, die aus dem Generalstreik zu ziehen sei, bezeichnete er die Notwendigkeit der Schaffung einer mächtigen politischen Vertretung der Arbeiterklasse; nur die numerische Schwäche der Arbeitervertretung im englischen Parlament habe verhindert, daß die Bergarbeiter die von ihnen verlangten Mindestlohnsätze erzielt hätten. Vom Standpunkt der Bergarbeiter gewisser kontinentaler Länder ist besonders eine Tatsache, die sich klar aus den Kongreßverhandlungen ergab, von hoher Bedeutung. In allen Ländern, wo sich die Bergarbeiter während des Streiks in Großbritannien rührten, haben sie bedeutende Erfolge erzielt. Ein amerikanischer Delegierter erklärte, daß es den amerikanischen Bergarbeitern dank der Bewegung in Großbritannien gelungen sei, einen vorteilhaften Vertrag mit den Arbeitgeberern abzuschließen. In Oesterreich, Belgien und Holland erzielten die Bergarbeiter vielfach ohne Kampf ansehnliche Lohnerhöhungen während des britischen Streiks. Dagegen wurden keine Erfolge errungen in Deutschland, wo der christliche Gewerksverein Verbot übte, und in zwei österreichischen Revieren, wo die Organisation der Bergarbeiter an die Separatisten gefallen ist, die sich während des Kampfes in Großbritannien nicht rührten. Diese Tatsache, die die Behauptung der christlichen Streikbrecherorganisation Deutschlands, die Zeit sei damals für eine Lohnbewegung der deutschen Bergarbeiter nicht günstig gewesen, so glänzend widerlegt, kann von den Bergarbeitern nicht genug beachtet werden.

Die Resolutionen, die auf dem Kongreß besprochen wurden, waren meist alte Bekannte; die Diskussionen förderten wenig neue Tatsachen zutage. Nur ein Gegenstand verdient besondere Er-

wähnung. Das ist die von Großbritannien eingebrachte Resolution, in der sich der Kongreß prinzipiell zugunsten einer fünfjährigen Arbeitswoche für alle Bergarbeiter aussprach. Diese Forderung ist von der britischen Bergarbeiterföderation auf ihr Programm gesetzt worden und wird wohl in Großbritannien der Gegenstand der nächsten Kämpfe im Bergbau sein. In einigen Revieren Großbritanniens, wie in Lanarkshire, dem größten schottischen Revier, und in Keilen Lancashire und Yorkshire, ist sie schon verwirklicht worden. Ihren Ursprung hat die Forderung in dem Bestreben der britischen Bergarbeiter, durch die Einschränkung der Produktion die Kohlenpreise, von denen ihre Löhne abhängen, in die Höhe zu treiben. In den neunziger Jahren gelang es den Bergarbeitern Lanarkshires wiederholt, die Arbeitswoche zeitweilig auf vier Tage zu beschränken. Seitdem haben sich dort die Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber geeinigt, nur an fünf Tagen Kohlen zu fördern und den sechsten Tag den nötigen Reparaturen zu widmen. Heute wird die Forderung von den Arbeitern namentlich mit den Argumenten verfolgt, daß die fünfjährige Arbeitswoche eine größere Sicherheit in den Gruben gewährleistet und daß fünf Arbeitstage in der Woche für einen gefährlichen und mühseligen Beruf wie den der Bergarbeiter gerade genug seien. Spießbürgerliche Rationalökonomien, die den Arbeiter nur als einen Faktor in der Produktion betrachten, werden über diese Forderung die Hände über den Kopf zusammenschlagen; aber vernünftige und einsichtsvolle Menschen können es nur begrüßen, wenn sich der fortbedrängte Bergknappe, der als Unterstier das Gebäude der modernen Industrie auf den Schultern trägt, anseht, etwas mehr Licht, Luft, Lebensfreude zu erringen, die er so reichlich verdient.

Ein wichtiger Beschluß des Kongresses war auch der, den Internationalen Bergarbeiterkongreß, der bisher alljährlich stattfand, fortan nur alle zwei Jahre regelmäßig abzuhalten. Die Deutschen und die Oesterreicher haben lange Jahre erfolglos um die Annahme dieses Beschlusses gekämpft. Die Opposition gegen die zweijährigen Kongresse kam namentlich von Großbritannien. Die britischen Vertreter führten gewöhnlich an, daß der Bergbau ein so eigenartiger und gefährlicher Beruf sei, daß die Vertreter der Bergarbeiterorganisationen der verschiedenen Länder im Interesse des Lebens und der Gesundheit ihrer Mitglieder so häufig als möglich zusammenkommen müßten, um ihre Anschauungen und Erfahrungen auszutauschen und Offenheit und Regierungen an die Forderungen der Bergarbeiterschaft zu mahnen. Dagegen wurde von den Deutschen und Oesterreichern und später auch von den Holländern, Schweden und Bulgaren geltend gemacht, daß die Häufigkeit der Abhaltung des Kongresses das Interesse des Publikums an den Verhandlungen wegen der ständigen Wiederholung alter Argumente ermüden würde, daß viele Aufgaben des Kongresses weit besser von dem bestehenden Internationalen Komitee erledigt werden könnten und daß Länder mit schwachen Bergarbeiterorganisationen wegen der verhältnismäßig hohen Kosten der Beschickung dem Kongreß häufig fernbleiben müßten. Da verschiedene Länder für den nächsten Kongreß schon Vorbereitungen getroffen hatten, einigte man sich, den 24. Internationalen Bergarbeiterkongreß nächstes Jahr (wahrscheinlich in Oesterreich) abzuhalten; von da ab soll der Kongreß nur alle zwei Jahre abgehalten werden.

Wer den Internationalen Bergarbeiterkongreß seit längerer Zeit beobachtet hat, wird bemerkt haben, daß sich in den letzten Jahren ein bedeutender Umschwung in den Ansichten der britischen und amerikanischen Bergarbeiter vollzogen hat. Die Vertreter dieser beiden Länder waren bis vor kurzem ausschließlich Trade-Unionisten der alten Schule. In diesem Jahre bestand die amerikanische Delegation ausschließlich aus Sozialisten, die auf dem Kongreß energisch die Notwendigkeit der selbständigen politischen Aktion des Proletariats betonten und im Privatgespräch enthusiastisch von den reichenden Fortschritten sprachen, die der Sozialismus unter den amerikanischen Arbeitern macht. Ferner bestand die Mehrheit der britischen Delegation aus Sozialisten, wie bei der Festlichkeit, die von den sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen Amsterdams zu Ehren der Bergarbeiter veranstaltet wurde, der Genosse Smillie ausdrücklich betonte. Dieser glückliche Werdegang, der die Sozialdemokraten aller Länder ermutigen wird, wird die Verständigung zwischen den Bergknappen der ver-

schiedenen Länder nicht wenig fördern und auch nicht wenig zur inneren Festigung der internationalen Bergarbeiterorganisation beitragen.

Aus Industrie und Handel.

Direktorengesellschaft.

Die Vorwürfe, die auf der letzten Generalversammlung der Hohenloherwerke vom Aufsichtsrat erhoben worden waren, läßt der frühere Generaldirektor nicht ohne Widerspruch auf sich sitzen. In einer Entgegnung betont er, daß den die Hohenloherwerke beherrschenden Fürst Hohenlohe allein die Tätigkeit „seines“ Direktors bei der Reichstagswahl zur Entlastung bestimmt habe. Wie der Fürst, der doch nur die Aktienmajorität des unpersönlichen Unternehmens besitzt, seine Stellung in der Gesellschaft aufzufassen, geht aus den Sätzen hervor: „Der Fürst Hohenlohe aber, der... wegen meines Verhaltens bei der Wahl „aus dem Häuschen“ war, hat schärfstes Vorgehen gegen mich verlangt, und die vom Fürsten abhängigen Aufsichtsratsmitglieder mußten sich dem Willen des Fürsten fügen.“

Ueber das Auftreten des Direktors schreibt ein Aktionär: „Wichtig ist, daß Herr Lob unerhörten Zuzug getrieben hat. Der Wohnsitz des Generaldirektors ist das Dorf Michalkowitz in Oberschlesien. In diesem beschiedenen Ort inmitten von Arbeitern, kleinen Beamten, Krämerern hat Herr Lob für seine Dienstwohnung ein prunkvolles Schloß mit einem elektrisch beleuchteten Kiefernpark auf Kosten seiner Gesellschaft erbaut, hat eine vornehm gekleidete große Dienerschaft unterhalten und durch solches Auftreten in diesem Milieu einen bedauerlichen Mangel an sozialem Empfinden an den Tag gelegt. Aber der Aufsichtsrat kann dieses Verhalten nicht nachträglich rügen, er hat Schloß und Park entstehen und wachsen sehen, Herr Lob hat ihm nichts verheimlicht.“

Der Aufsichtsrat trägt auch indirekt an Herrn Lob's Auftreten Mißbilligung, denn er hat Herrn Lob ein Jahres Einkommen zugestimmt, das annähernd eine halbe Million Mark erreichte. Aber auch die sechs Herren des Aufsichtsrates beziehen nach der letzten Bilanz nicht weniger als rund 258 000 Mark Jahresentlohnung.

Und wie werden die Arbeiter der Hohenloherwerke entlohnt?

Der Kaliberghau im Jahre 1911.

Ueber Produktion und Marktlage im Kaliberghau gibt der Jahresbericht 1911 des „Vereins der Deutschen Kalinteressenten“ an, daß die Werke gut beschäftigt waren und Nähe hatten, während der Hauptverhandlungen den Anforderungen gerecht zu werden. Die Rohstahlförderung stieg von 81,81 auf 97,07 Millionen Doppelzentner. Der Abfall, auf reine Kalt berechnet, wuchs von 8,8 Millionen Doppelzentner (im Werte von 151 Millionen Mark) auf 9,4 Millionen Doppelzentner (im Werte von 160,8 Millionen Mark). Im Kaliberghau (ausschließlich der Stahlfabrikation) wurden im Jahre 1911 insgesamt 82 426 Arbeiter beschäftigt, 10 065 davon im Fabrikbetriebe.

Die durch das Reichskriegesgesetz hervorgerufene Ueberproduktion nimmt weiter zu. Zum Kaliberghau sind im Jahre 1911 acht Werke hinzugekommen. Neben den Syndikatswerken waren insgesamt 80 neue Unternehmungen im Entstehen begriffen; 86 Schächte befanden sich bereits im Bau. Dazu hatten 22 bereits bestehende Werke zur Erweiterung ihrer Anlagen 26 Schächte im Bau. Besonders lebhaft gestaltete sich die Schachtbauaktivität in dem jüngsten Kaliberrevier, in Elshah-Rothringen.

Ueber die Kaliberpropagandaerregung spricht sich der „Bericht“ kritisch aus. Er fordert, daß die Ausgaben der Produzenten (heute betragen sie 0,80 M. pro Doppelzentner) auf einen Betrag ermäßigt werden, welcher die durch das Kalibergesetz dem Reiche verursachten Kosten deckt, und daß die Kaliberindustrie die Propaganda selbst übernehme.

Gegen die Staatsverwaltung richten sich mehrere Anklagen. Der Wagenmangel, eine der händigen Sorgen, verursachte an einzelnen Tagen Ausfälle der Beförderung von 65 Proz. und mehr. Wie sehr die Eisenbahnverwaltungen sich zum Teil an hohe Ausfallsziffern gewöhnt haben, geht daraus hervor, daß eine Direktion, nachdem sie auf Vorstellung beständig hatte, daß bei einem Werke im September ein Ausfall von 76 Proz. vorhanden war, schrieb, es habe am anderen Tage der Wagenmangel „nur 83 1/2 Proz.“ (1) betragen. Dergleichen beschwert sich der „Bericht“ aber unpünktliche und unzeitgemäße Zuführung der Wagen.

Weiter erhebt der Bericht dagegen Einspruch, daß das Recht der Begebenung für Stromleitungen ausschließlich einigen großen bevorzugten Firmen eingeräumt wird. Die Ueber-

eingerrichtet, und in den Hotels und Pensionen stehen gegen 4000 Zimmer leer. Ebenso ist im Stadion selbst die für die Fremden reservierte Abteilung des Zuschauerraumes keineswegs immer bis auf den letzten Platz besetzt. Dagegen zeigen die Schweden ein enormes Interesse für die Olympischen Spiele, und es sind bisher gegen 400 000 Karten an Einzelstücke verkauft worden. Die Nachmittags- und Abendvorstellungen sind besonders stark besucht, während die Vormittage den Sachverständigen gehören.

Wenn die Stadionionne über der Stadt brüht und das olympische Temperament in dem Stockholmer erwaht, geht ein unermeßlicher Menichstrom durch die Röhrlapparate. Witten in dem schweren, schwarzen Eisengitter, das den Zuschauerraum vom Stadion abtut, leuchten zwei goldene Kronen. Es ist die Tür zur Königshalle. Das „Publikum“ ist geradezu rasend vor Begeisterung, man weiß nur im allgemeinen nicht, wem sie gilt. Da denkt ein wackerer Augenscheuender, daß der stürmische Applaus der Dank für seine Leistung ist. Tatsächlich gilt er den lähnen Springern, die gleichzeitig ihre Kunst zeigen. Das stärkste Interesse erweckt aber ohne Zweifel der Wettkampf. Wenn der Sieger mit glänzenden Augen ans Zieltaumel, wie ein schwer Verlegter zu Boden fällt, und nichts von den Glückwünschen der Freunde und der Weider hören will, dann hat die allgemeine Spannung den Höhepunkt erreicht. Kräfte und Samarter erscheinen, man bringt einen Eimer Wasser und stürzende Tropfen. Der arme Sieger wird massiert und dann unter Totenstille hinausgetragen. Nur ein Futurist könnte diese Situation malen.

Der letzte Sonntag der Olympiade wird eine ganz besondere Angelegenheit bieten, nämlich ein Riesen-Souper im Stadion, an dem sämtliche Teilnehmer an den Spielen geladen werden. Um 1/2 Uhr abends beginnt das gewaltige Mahl, bei dem 6000 Personen gespeist werden. 250 Keller sollen an 130 Tischen servieren.

Das atlantische Eis während des letzten Jahrzehnts. Die beiden großen Behörden für Meereskunde und Schifffahrt, die Deutsche Seewarte in Hamburg und das meteorologische Komitee in London, werden jetzt nach dem unergelichten Unglück der „Titanic“ eine noch schärfere Aufsicht über die Eisverhältnisse im Nordatlantischen Ozean führen. Da regelmäßige Beobachtungen dieser Art erst im Jahre 1903 begonnen hatten, sind die Ergebnisse noch ziemlich spärlich. Man kann im allgemeinen nur sagen, daß Treibeis bis zum 30. Grade nördlicher Breite gelangen kann, aber das verhängnisvolle Jahr 1912 war in dieser Hinsicht jedenfalls das gefährlichste seit Beginn des Jahrhunderts, da noch im Mai Eisberge bis zum 33. Grad gesehen wurden. Die höchsten Eisberge dieses Jahres ragten über 120 Meter über die Meeresoberfläche auf.

Eine Welttelefonstatistik. Eine Statistik der Telefone in den Hauptländern der Welt findet sich in den „Annales des Postes“. An der Spitze marschieren die Vereinigten Staaten mit der gewaltigen Zahl von 7 595 938 Telefonanschlüssen; erst in weitem Abstand kommt an zweiter Stelle Deutschland mit 1 068 849

Telephonanschlüssen. Die weitere Reihenfolge ist: Großbritannien mit 648 832, Kanada mit 294 873, Frankreich mit 232 743, Schweden mit 187 441, Rußland mit 181 328, Oesterreich-Ungarn mit 171 110, Dänemark mit 94 531, die Schweiz mit 78 736, Italien mit 70 130, die Niederlande mit 64 620, Norwegen mit 63 000 und Belgien mit 47 648 Telephonanschlüssen. Seht man die Zahl der Telephonanschlüsse in Vergleich zur Bevölkerung, so bleiben die Vereinigten Staaten mit 81 auf tausend Einwohner an der Spitze. In Kanada kommen 37 Apparate auf 1000 Einwohner, in Dänemark 35, in Schweden 34, in Norwegen 28, in der Schweiz 21, in Deutschland 18, in Großbritannien 14, in den Niederlanden 11 und Frankreich und Belgien stehen mit 6 Telephonanschlüssen auf tausend Einwohner auf derselben Stufe. Deutschland ist also auch in diesem Punkte keineswegs in der Welt voran.

Notizen.

Der Kampf um einen Roman. Gegen die abermalige Konfiskation des Dyanischen Romans „Die Verführten“, die trotz des freisprechenden und rechtskräftigen Urteils von der Staatsanwaltschaft erfolgte, ist Beschwerde beim Landgericht eingelegt worden.

Die Kinofchauspieler, die bisher trotz der hohen Reingewinne der Films schlecht gestellt waren, haben sich zusammengeschlossen und in Berlin eine Zentralstelle gegründet. Sie soll eine bessere Allgemeinbeziehung herbeiführen und durch Engagementsvermittlung den stellenlosen Schauspielern helfen.

Dem Andenken Hermann Conradis wurde eine Tafel gewidmet, die an seinem Geburtshause in Jehnig in Anhalt angebracht worden ist. Er ist also schon gesellschaftsfähig geworden.

Frédéric Mistral, der bekannte provençalische Dichter, ist nach einer Redung aus Montpellier bereits vollständig wiederhergestellt.

Für die operationslose Behandlung des Krebses tritt im Wiener Montagsblatt „Der Morgen“ der Professor A. Adamkiewicz in etwas sensationeller Weise ein. Da der Krebs nach ihm parastatische Natur ist, also auf Infektion beruht, kann er nur durch eine allgemeine chemische Desinfektion geheilt werden. In dem von ihm angegebenen Rantroin erblickt Adamkiewicz das wirksame Mittel.

Das Plattdeutsche in der Schule. Der Allgemeine Plattdeutsche Verband hat an die Unterrichtsministerien und die obersten Schulbehörden Niederdeutschlands folgenden auf seinem Verbandstage in Lehe gefassten Beschlusse gerichtet: „Der 21. allgemeine plattdeutsche Verbandstag“ bittet veranlassen zu wollen: 1. daß in die Beschlüsse der Volks-, Mittel- und höheren Schulen Niederdeutschlands Proben unserer besten niederdeutschen Dichter aufgenommen werden, 2. daß diese Proben in zweifelsprechender Weise für den Unterricht nutzbar gemacht werden, und 3. daß den Schülern geeignete Werke unserer plattdeutschen Dichter zur Privatlektüre empfohlen werden.“

Kleines feuilleton.

Das fahrende Heim. Der Ruf nach dem Leben in freier Natur ertönt in unserem modernen Leben immer lauter. Die Engländer und Amerikaner haben zu diesem Zwecke ein sinnreiches Mittel gefunden: das fahrende Heim, das sie hinausschleift aus dem Ruf und Lärm der großen Städte und ihnen erlaubt, ihr Hausdasein aufzuschlagen, wo es ihnen gefällt. Dieses Caravanning, das die Idee der Wagen unserer „Fahrenden“ der Romadilanten und Zirkusleute in einer viel vornehmlicheren und eleganteren Form aufnimmt, wird in England von dem seit 1907 bestehenden Caravanning-Klub gepflegt. Da sieht man abseits von den großen Straßen in einem lauschigen Winkel, eingebettet zwischen Bäumen ein malerisches kleines Dorf, entziehen. Saubere, geräumige Wagen mit weichen Vorhängen an den Fenstern und mit Blumen geschmückt sind in Reih und Glied aufgestellt und ringsherum erheben sich lustige Zelte, in denen sich ein buntes Leben entfaltet. Ein solcher moderner Hauswagen stellt wirklich ein entzückendes Heim dar. Da findet man einen kleinen Eschalon, in dem sechs Personen bequem Platz haben. Ordnung und Sauberkeit in den Ecken. Die gemütliche Holztafelung gibt dem Ganzen eine heimliche Stimmung. Das Schlafzimmer ist je nach der Zahl der Bewohner des fahrenden Heims ein kleinerer oder der größte Raum. Nimmt man doch auch schon das Bad mit auf die Fahrt. Freilich darf man sich mit kleinen Kindern nicht zu weit von einer Stadt fortwagen, damit ein Arzt eventuell rasch zur Hand sein kann. Die Betten sind gewöhnlich so eingerichtet, daß sie des Tages als Divan dienen können. Eine Küche, Wäschkammer sowie Nebengeloch darf im fahrenden Heim nicht fehlen. Salon oder Gesellschaftszimmer sind nicht von nöten. Denn diese fahrt in schönster Weise die freie Natur. Dagegen hat ein eleganter Handwagen einen grün-umrandeten Ballon, in dem es sich bei schlechtem Wetter gemütlich sitzt. Kommen Gäste, so gibt es Mittel und Wege, das kleine Haus zu vergrößern. Bestimmte Vorrichtungen sind da, um ein geräumiges Zelt an den Wagen anzubauen, und ist auch dann noch zu wenig Platz, dann schiebt man einfach die Patentbetten hinaus und Mutter Grün bietet das schönste Schlafzimmer, der Sternhimmel die beste Decke. Solch ein fahrendes Heim ist für reiche Leute wohl erschwänglich. Ein Haus auf Rädern mit der ganzen Einrichtung und drei Pferden zum Ziehen ist „schon“ für 10 000 M. erhältlich, während ein Automobil mit 18 Pferdekraften sich auf etwa 25 000 M. stellt. Wer sich statt des Autos also so einen Wagen anschafft, spart viel Geld.

Das olympische Stockholm. Stockholm steht zurzeit im Zeichen der Olympischen Spiele. Aber obwohl ungezählte Tausende von Kämpfern und Sportfreunden in Schwedens Hauptstadt zusammengepfändert sind, hat der Fremdenbesuch die Stockholmer dennoch enttäuscht. Man hatte sich auf eine noch weit größere Zahl von Gästen



landzentralen sichern sich durch Vertrag mit den Gemeinden das Monopol auf Wasserversorgung.

In dem preussischen Wassergesetzentwurf erblickt der Bericht eine Benachteiligung der Industrie. Den Landräten und Kreisverordneten wird darin ein ungewöhnlich großer Einfluss auf die Anwendung und Auslegung des Gesetzes eingeräumt. Die Rechtskontrolle müsste durch unabhängige Richter ausgeführt werden. Die landwirtschaftlichen Grundstücke werden regelmäßig von der Leistung eines Wasserzinses befreit werden — darüber lässt die Begründung keinen Zweifel. Von den industriellen Unternehmungen soll dagegen stets ein Entgelt erhoben werden.

## Aus der Frauenbewegung.

### Die Kertzin für Postbeamtinnen.

Durch die Verwaltung der Postämterklassen des Oberpostdirektionsbezirks Berlin ist vom 1. Juni ab eine Kertzin, Frau Dr. Canon-Hell, angestellt worden. Zu gleicher Zeit erschien aber folgende Mitteilung: „Die Kertzin dürfen die weiblichen Mitglieder vorläufig nicht ohne weiteres aufsuchen. Sie haben vielmehr den Wunsch, von der Kertzin behandelt zu werden, möglichst persönlich in den Diensträumen des Kassenvorstandes vorzubringen. Erst wenn der Wunsch hier als gerechtfertigt befunden ist, wird die Inanspruchnahme der Kertzin genehmigt werden.“

Was bedeutet eigentlich die Verwaltung mit dieser schikanösen Maßregel? Wann erscheint ihr der Wunsch der Frauen, von einer Geschlechtsgenossin behandelt zu werden, als gerechtfertigt? Weshalb sollen die Beamtinnen persönlich erscheinen? Wir werden den Eindruck nicht los, daß hier ein ganz ungerechtfertigter Versuch der Schmähelei, einer Art Durchbrechung des ärztlichen Berufsgeheimnisses gemacht werden soll. Es ist daher sehr begreiflich, daß in Postbeamtenkreisen durch diese Verfügung Bewegung hervorgerufen worden ist. Man mache den Fortschritt, der in der Anstellung einer Frau als Kertzin liegt, nicht durch Erschwerungen der Inanspruchnahme illusorisch. Oder ist es Absicht der Verwaltung, daß die Beamtinnen freiwillig auf die Befragung der Kertzin verzichten, um den Mangel des Bedürfnisses nach einer Kertzin nachweisen zu können?

## Gerichts-Zeitung.

### Berechtigte Interessen eines Stadtverordneten.

In der Letzter Stadterordnetenversammlung wurde über einen von bürgerlicher Seite gegen die Wahl eines bürgerlichen Stadtverordneten erhobenen Protest diskutiert. Durch eine Neufassung, die der Stadterordnete Genosse Röder in der Debatte gemacht haben soll, fühlte sich der Stadtrat Nühle beleidigt. Der Magistrat stellte Strafantrag gegen Genossen Röder mit dem Erfolge, daß Röder vom Schöffengericht Groß-Lichterfelde zu 60 M. Geldstrafe verurteilt wurde.

Infolge der von Röder eingelegten Berufung hatte sich gestern das Landgericht II mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Röder gibt zu, daß er bei Besprechung des Wahlprotokolls gesagt hat, ein Magistratsmitglied habe sich als Wahlkreiser betätigt und daß er damit den Stadtrat Nühle gemeint hat, der äußerst lebhaft für den Kandidaten agitierte, dessen Wahl angefochten wurde. Nach Angabe des Stadtrats Nühle soll Röder weiter gesagt haben, ein Magistratsmitglied habe Wahlterrorismus getrieben, indem es einem Wähler mit Kündigung seiner Hypothek gedroht habe, wenn er nicht für den von Nühle empfohlenen Kandidaten stimme. — Röder bestreitet, daß er diese Neufassung getan habe. Die Aussagen der Zeugen gingen in dieser Hinsicht auseinander. Einige erklärten bestimmt, sie hätten diese Neufassung aus Röders Munde nicht gehört, aber ein anderer Stadtverordneter habe sich in diesem Sinne geäußert. Andere Zeugen gaben ebenso bestimmt an, daß Röder die fragliche Bemerkung gemacht habe. Am bestimmtesten ist in dieser Hinsicht die Aussage des Stadtrats Nühle. Er hat die angebliche Neufassung Röders sofort auf sich bezogen und mit scharfen Worten geantwortet. Warum Stadtrat Nühle, ohne daß sein Name genannt wurde, sich getroffen fühlte, das erklärt er dadurch, daß er das einzige Magistratsmitglied ist, welches einem der hier in Frage kommenden Wähler eine Hypothek gegeben hat. Als dieser Wähler seine Stimme abgegeben hatte, sagte Stadtrat Nühle — wie er zugibt — zu ihm: „Von Ihnen hätte ich erwartet, daß Sie meinen Kandidaten wählen.“

Das Gericht nahm als erwiesen an, daß der Angeklagte die betreffende Bemerkung gegen Nühle gemacht habe, und daß sie nicht auf Wahrheit beruhe. Das Gericht folgte aber den Ausführungen des Verteidigers, Rechtsanwält Dr. Siegfried Weinberg, indem es im Gegenzug zur ersten Instanz anerkannte, daß der Angeklagte die betreffende Neufassung in Wahrnehmung berechtigter Interessen getan hat. Aus diesem Grunde wurde der Angeklagte freigesprochen.

### Ein Ausbrecher im Lumpensack.

Eine unter recht originellen Umständen erfolgte Flucht eines Strafgefangenen aus der Strafanstalt Bismarckstrasse hatte gestern vor der 1. Ferienkammer des Landgerichts III ein Raubspiel. Angeklagt wegen Beihilfe zum Diebstahl war der aus dem Zuchthause in Brandenburg vorgeführte Heinrich Nömann.

Der Angeklagte hatte im Jahre 1908 eine gegen ihn verhängte längere Gefängnisstrafe in dem Strafgefängnis zu Bismarckstrasse zu verbüßen. Er wurde seinerzeit in Gemeinschaft mit mehreren anderen Gefangenen in der Kartonfabrik des Gefängnisses beschäftigt. Anfangs November 1908 bekam einer der Mitgefangenen, ein gewisser Gottschalk, der wegen Zuhälterei zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, Freiheitsgelüste. Er teilte seinen Plan, den er schon vor längerer Zeit ausgeheckt hatte, den Mitgefangenen mit, bei denen er sofort freundliche Zustimmung fand, da es doch galt, der Behörde einen Streich zu spielen. Der Plan wurde auch am 5. November zur Ausführung gebracht. In diesem Zuge wurden von der Unternehmerrfirma die fertigen Kartons sowie die Säcke mit den Abfällen mittels Fuhrwerk abgeholt. Gottschalk veranlaßte die eingewickelten Mitgefangenen einen extra großen Sack zu nähen, in den er dann, als diese mit Abfällen gefüllt wurden, hineintrat. Der Sack mit dem lebendigen Inhalt wurde dann, nachdem er mit Abfällen vollgestopft und zugewunden worden war, von den Strafgefangenen auf den Wagen gelegt und zwar als letzter am hinteren Ende des Wagens. Auf diese Weise gelang es dem Gottschalk auch tatsächlich zu entkommen. Der in dem Sack verborgene Flüchtling schnitt diesen unterwegs mit einem im Gefängnis entwendeten Messer auf und verließ in der Nähe des Kleinen Tiergartens ungesehen den Wagen. Er wanderte dann in seiner Sträflingsstracke ungehindert durch Berlin. Nachdem er sich 14 Tage in einer Laube verborgen gehalten hatte, wurde er wieder festgenommen und später wegen des Diebstahls an verschiedenen aus dem Gefängnis entwendeten Sachen zu einer Zuchthausstrafe von drei Monaten verurteilt. Gegen die seinerzeit beteiligten Gefangenen, darunter dem jetzigen Angeklagten Nömann wurde Anklage wegen Beihilfe erhoben.

Das Gericht erkannte nach längerer Verhandlung auf Freisprechung der Angeklagten, da sich keine Beteiligung nicht mehr zweifellos feststellen ließ.

### Unschuldig angeklagt.

In eine recht unangenehme Situation ist der Kellner Otto Gregorius aus Hamburg durch eine Anklage geraten, die offenbar nur infolge einer Verwechslung gegen ihn erhoben worden war. Wegen wiederholten schweren Diebstahls hatte die 1. Ferienkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektor Liebenow gegen G. zu verhandeln. Eines Tages

erhielt G., der in Hamburg eine Stellung inne hatte, eine Vorladung und erfuhr auf der Polizei zu seinem Erstaunen, daß er beschuldigt wurde, in Gemeinschaft mit einem Kaufmann Kurt Hoffmann in Berlin und Umgebung mehrere Einbruchdiebstähle verübt zu haben. So sollte er unter anderem bei einem Einbruch in die Villa des Professors Parow in Grunewald, nach den eigenen Angaben des inzwischen verhafteten Hoffmann, beteiligt gewesen sein. Gregorius erklärte schon damals, daß er weder einen Hoffmann kenne, noch sei er um jene Zeit überhaupt in Berlin gewesen. Trotzdem wurde gegen ihn Anklage erhoben und G. war gezwungen, seine Stellung in Hamburg aufzugeben, zumal es dort bekannt geworden war, daß gegen ihn eine Diebstahlanklage schwebte. Er kam auch pünktlich zu dem gestrigen Termin, in welchem jener Hoffmann als Zeuge vernommen wurde. Dieser erklärte unter Eid, daß er den Angeklagten überhaupt nicht kenne. Der Angeklagte seinerseits erklärte, daß sich ein anderer offenbar mit Hilfe von Papieren, die ihm schon vor längerer Zeit abhanden gekommen waren, seinen Namen beigelegt habe.

Das Gericht kam zu der Ueberzeugung, daß der Angeklagte tatsächlich zu Unrecht angeklagt worden war. Das Urteil lautete auf Freisprechung, zugleich wurden die dem Angeklagten erwachsenen notwendigen Ausgaben der Staatskasse auferlegt.

Der Angeklagte erklärte nach der Urteilsverkündung, daß er keinerlei Mittel mehr habe, um die Rückreise nach Hamburg bestreiten zu können, da er schon die Fahrt nach Berlin aus seiner Tasche habe bezahlen müssen. Außerdem sei er schon dadurch, daß er seine Stellung habe aufgeben müssen, schwer geschädigt. Da eine sofortige Auszahlung der Kosten durch die Gerichtskasse nicht möglich war, erhielt G. auf Anordnung des Vorsitzenden von der Gerichtsschreiberei eine an das Polizeipräsidium gerichtete Anweisung ausgehändigt, in welcher dieses ersucht wurde, für die Rückreise des G. nach Hamburg auf Staatskosten Sorge zu tragen.

Wäre vor Anklagerhebung der Zeuge mit dem Angeklagten konfrontiert, so hätte sich die Anklage erledigt. Die Unterlassung solcher Konfrontation gibt unseres Erachtens dem unschuldig angeklagten Kellner das Recht, vollen Schadenersatz von dem Staatsanwaltschaftsbeamten und vom Fiskus zu verlangen. Er täte gut, sein Recht im Wege der Klage durchzuführen.

### Unterückung eines Geschäftsführers.

Der Geschäftsführer der Deutschen Bierbrauerei Akt.-Ges. Bismarckstrasse in Berlin, Oswald Köhne, der etwa 15 000 M. Sparkassengelder und mehrere Tausend Mark Kundengelder unterückelt hatte, wurde heute von der 1. Ferienkammer des Landgerichts Berlin III wegen Unterschlagung in Tateinheit mit Untreue und wegen Urkundenfälschung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

### Ist Raufscheln immer ein Glücksspiel?

Diese für einige Gastwirte erhebliche Frage ist dieser Tage wiederum vom Kammergericht beantwortet.

Das Kammergericht als Revisionsohnung hob ein verurteilendes Urteil des Landgerichts Frankfurt a. O. auf, das angenommen hatte, Raufscheln mit und ohne Abzwang sei stets ein Glücksspiel, und wermis die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde ausgeführt: Das Reichsgericht habe nicht Raufscheln auf alle Fälle für ein Glücksspiel erklärt, sondern es habe ausgesprochen, daß nicht als Rechtsspiel anzusehen sei, daß Raufscheln überhaupt und jederzeit ein Glücksspiel sei. Es könne mal ein Glücksspiel sein, brauche es aber ein andermal nicht zu sein. Es müsse immer der Verlauf im einzelnen Falle festgestellt werden. Und zwar müsse immer festgestellt werden, ob der Zufall das Wahrgewende sei oder nicht. Das Landgericht habe nachzuprüfen, ob im gegebenen Falle das Raufscheln ein Glücksspiel gewesen sei, d. h. ob der Ausgang nach der Art des Spiels überwiegend vom Zufall abhing.

## Verfammlungen.

Deutscher Bauarbeiterverband. In der Generalversammlung der Gipf- und Zementbranche, die am Montagabend in den „Arminhallen“ stattfand, erhaltete der Sektionsleiter Haese den Geschäftsbericht vom 2. Quartal 1912. Die Erwartung, die am Schlusse des 1. Quartals dieses Jahres vorherrschte, daß die Arbeitslosigkeit für die Angehörigen der Branche sich bessern würde, hat sich nicht erfüllt. Die Arbeitslosigkeit war im Betonbau besonders groß. Einzelne Gruppen hatten mehr, andere, wie die Weickpauer und Spanner, weniger unter dem Arbeitsmangel zu leiden; die letzteren wurden auch in der Provinz gesucht.

Im Arbeitsnachweis waren eingeschrieben als neue Arbeitslose im April 376, vom Vormonat waren noch 223 vorhanden, 64 offene Stellen wurden gemeldet und besetzt. Im Mai wurden 388 neue Arbeitslose eingeschrieben, vom Vormonat waren noch 192 vorhanden; 108 neue Stellen wurden gemeldet und besetzt. Im Juni wurden 423 neue Arbeitslose eingeschrieben, vom Vormonat waren noch 184 vorhanden; 148 neue Stellen wurden gemeldet und besetzt. Durchschnittlich wurden im April 320, im Mai 300 und im Juni 290 Arbeitslose gezählt.

Die verschiedenen Sperren, die verhängt werden mußten, fanden in der Regel ihre Erledigung zugunsten der Arbeiter. Rechtsmochte die Organisation gegen Zwischenunternehmer vorgehen, die sich zum Schaden der Arbeiter vielfach eingenistet haben. — Beschwerden wurden geführt, daß im Betonbau die tarifliche Arbeitszeit von 9 Stunden gewöhnlich überschritten wird.

Der Bestand an Mitgliedern, der am Schlusse des 1. Quartals 2960 betrug, hat während des 2. Quartals um 60 zugenommen. Als neue Mitglieder wurden 205 aufgenommen, von anderen Verbänden kamen 4, von anderen Zweigvereinen 6. Abgemeldet wurden 18, gestorben waren 2 und 9 traten aus, 127 mußten wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden. Am Schlusse des 2. Quartals waren 2920 Mitglieder vorhanden, darunter 512 Weickpauer, 268 Spanner, 260 Träger, 238 Zementierer, 642 Einschaler, 512 Hilfsarbeiter.

An der Raifeier hatten 1200 Mitglieder der Sektion teilgenommen. Eine Aussperrung von 3 Tagen mußten 45 Angehörige der Gipfbranche und 78 vom Betonbau über sich ergehen lassen. 23 Leute wurden von einer weiteren Maßregelung getroffen; sie waren 4 Tage und länger arbeitslos, zusammen 213 Tage, und erhielten die Unterstützung des Verbandes.

In der Berichtsjahr fanden 2 Sitzungen der Schlichtungskommission, eine Sitzung vor dem Einigungsamt, eine Generalversammlung der Sektion und zahlreiche Bau- und Firmenversammlungen statt. Die letzteren dienten besonders der Agitation unter den Unorganisierten.

An den Geschäftsbericht schloß sich der Bericht Haese als Delegierter zur Berliner Gewerkschaftskommission. — Nur eine kurze Diskussion folgte den Berichten. Die Wiederwahl Haese als Delegierter zur Gewerkschaftskommission wurde der Zweigvereinsversammlung empfohlen. Zum Schlusse wurden noch einige interne Sektionsangelegenheiten erörtert.

Die Verwaltungsstelle der Casseangestellten des Verbandes der Gastwirtsgehilfen hielt am Montag im Logenhau in der Linienstraße ihre Berichts-Generalversammlung für das 2. Quartal ab. Nach dem vom Vorstand erstatteten Bericht hatte die Verwaltungsstelle bei einem Mitgliederbestande von 1528 eine Einnahme von 17 977 Beiträgen. Für den Agitationsfonds des Verbandes wurden außerdem 941 M. freiwillige Beiträge aufgebracht. An Unterstützungen wurden 760 M. angewendet. Der lokale Kasseebestand vermehrte sich um 833,59 M. auf 5569,88 M. Der von der Verwaltungsstelle unterhaltene Arbeitsnachweis hatte ebenfalls gute Resultate aufzuweisen. Neben die Lohnbewegungen des verfloffenen Halbjahres gab der Vorsitzende Ortung einen durch statistische Aufstellungen erläuterten Bericht. Nach diesem hoben in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni in 86 Betrieben mit 488 Casseleuten

Lohnbewegungen stattgefunden. Davon wurden zwei Streiks mit 40 beteiligten Angestellten verloren, während die anderen Bewegungen erfolgreich durchgeführt werden konnten. In 80 Betrieben gelang es zur Aufbesserung der bisher lediglich aus Trinkgeldern bestehenden Einnahmen seit Löhne in Gestalt von monatlichen Gehältern von 10 bis 15 M. einzuführen. Durch diesen Umstand wurde für 873 Mitglieder eine jährliche Lohnsumme von 94 552 M. erzielt. An direkten Abgaben der Kellner aus ihrem Trinkgelde verdienten an den Unternehmern wurde in 10 Betrieben für 65 Mitglieder die jährliche Summe von 6163 M. abgeschafft. Für die Ausschusskellner wurden im verfloffenen Halbjahr 11 832 M. Löhne errungen, so daß insgesamt durch die gewerkschaftlichen Erfolge eine Lohnaufbesserung von 112 647 M. erlangt wurde. Der Berichtshatter gab der Ansicht Ausdruck, daß zu diesem Resultat das gute Organisationsverhältnis der Angestellten im Cassehaushalt (90 Proz. der beschäftigten Kellner) wesentlich beigetragen hätte und deshalb gar kein Anlaß vorhanden sei, sich durch den Interessenverband der Unternehmern einschüchtern zu lassen. Die Lockungen der Gelben mit ihrem mit den Unternehmern gemeinsam betriebenen Arbeitsnachweis würden durch die Auffklärung der Mitglieder und den durch die gewerkschaftliche Organisation erzielten Erfolge eine glatte Abweisung erfahren. In der Diskussion machte sich dann auch eine rege Kampfesstimmung und freudige Genugung über die Erfolge der gewerkschaftlichen Arbeit bemerkbar. — Des weiteren besaßte sich die Versammlung mit der Beschlußfassung über eine aus lokalen Mitteln zu zahlende Arbeitslosenunterstützung. Die eigenartigen Verhältnisse des Gewerbes brachten es mit sich, daß die Verwaltungsstelle im verfloffenen Winter 22 P o z. (1) arbeitslose Mitglieder zu verzeichnen hatte. Deshalb unterbreitete der Vorstand einen Antrag, nach welchem die Mitglieder bis Schlusse des Jahres einen monatlichen Extrabeitrag von 50 Pf. zahlen sollten. Die Verwaltungsstelle solle aus der Lokalkasse einen Zuschuß von 2000 M. leisten. Aus den dann vorhandenen Mitteln sollen die nach dem Statut anspruchsberechtigten Mitglieder bei Arbeitslosigkeit auf die Dauer von je 6 Wochen mit 7 M. pro Woche unterstützt werden. Nach einer längeren Diskussion, welche sich jedoch in der Hauptsache nur um die Vorrichtung der Kontrolle handelte, wurde dem Antrage des Vorstandes entsprochen. — Die Versammlung nahm alsdann noch den Bericht der Berliner Gewerkschaftskommission durch den Delegierten Ortung entgegen.

### Erklärung.

In der Sonnabend-Nummer des „Vorwärts“ (2. Beilage) heißt es im Bericht vom Verbandstag der freien Gastwirte, die alkoholfreien Restaurants (Schlachthöfen) seien „nur verkappte Bierwirtschaften oder Destillationen“.

Gegen diese ungewöhnliche Behauptung muß ich aufs schärfste protestieren. Es gibt in Deutschland eine sehr große Zahl wirklich alkoholfreie betriebene Restaurants. Dazu gehören ausnahmslos die von Abstinenzvereinen (bürgerlichen und sozialdemokratischen) in eigener Regie geführten Betriebe.

Daß gewisse Privatpersonen, namentlich solche, denen die Schankkonzession entzogen ist, hernach mit dem Begriff „alkoholfreie Wirtschaft“ Unfug treiben, kann allerdings nicht bestritten werden. Diese Tatsache jedoch berechtigt die freien Gastwirte nicht zu jener geradezu ungläublichen Uebertreibung.

Georg Davidsohn.

## Aus aller Welt.

### 2000 Opfer der Wirbelstürme in Mexiko.

Den letzten aus Mexiko nach New York gelangten Nachrichten zufolge hat der Wirbelsturm im Staate Guanajuato besonders verheerend gehaust. Ungefähr 100 Meilen Landes im Norden der Hauptstadt sind unter Wasser gesetzt, zahlreiche kleine Städte und Dörfer sind vollständig zerstört. Die Zahl der ums Leben gekommenen Personen wird jetzt mit 2200 angegeben. Der Schaden wird auf 20 Millionen Dollar geschätzt. Die Ueberlebenden befinden sich in einer verzweifelten Lage, da es ihnen an Lebensmitteln fehlt und sie auch nur mit den notwendigsten Kleidungsstücken versehen sind. Nach der Wetterkatastrophe wimmelten die Straßen der betroffenen Ortschaften von allerhand räuberischem Gesindel, das sich das Unglück zunutze machte und die Trümmer nach Beutefrüchten durchsuchte. Die Regierung hat Truppen in die betroffenen Gegenden entsandt, um dem Banditenwesen ein Ende zu machen. Auch Hilfszüge mit Nahrungsmitteln und Kleidungsstücken sind unterwegs. In Denver wurden vier Quadratmeilen Landes vollständig unter Wasser gesetzt. Die Straßenbahn und die Eisenbahn mußten ihren Betrieb einstellen. Eine Windhose von neun Fuß Höhe zerstörte die bedeutendsten Geschäftshäuser. Im Altonviertel sind vier Personen ertrunken.

### Ratham von einem Wildbüffel getötet.

Der berühmte Flieger Ratham ist nach einer telegraphischen Meldung des Gouverneurs von Französisch-Neuland am 7. Juli im Kongogebiet auf der Jagd von einem Büffel getötet worden. Daß dieser verwegene Fluggewalt ein solches Ende finden würde, hätte sicher niemand geahnt. War Ratham doch einer der schnellsten Draufgänger des jungen Flugsports, der erste, der den Versuch der Kanalüberquerung machte, der erste, der sich mit der Flugmaschine mehr als 1000 Meter hoch in die Luft erhob. Den Berliner wurde er besonders bekannt durch seine prachtvollen Flüge auf dem Tempelhofer Feld, die er mit dem ersten Ueberlandflug in Deutschland, dem Flug vom Tempelhofer Feld nach Johannisthal, bravourös abschloß.

Ratham war kein armer Teufel von Pilot, der sich durch den Flugport zu bereichern hoffte, sondern ein reicher Sportsman. Als ihm der Flugport, bei dem junge Generationen die alten Größen durch immer tollkühnere Leistungen bald in den Schatten stellten, keine Sensationen mehr bot, unternahm er einen Jagdzug nach dem Kongo. Dort ist dann der erst 28jährige der Mut des gefährlichsten und gefährlichsten Wildes des schwarzen Kontinents erlegen.

Denn nicht der Löwe oder der Panther oder der Elefant gilt als das gefährlichste afrikanische Wild, sondern der Wildbüffel, der sogenannte Kafferbüffel. Schon mancher Reisende und Jäger ist diesem grimmigen Riesen zum Opfer gefallen. Erst vor wenigen Monaten wurde der deutsche Reisende Oberleutnant Graeb von einem solchen Büffel im Kongogebiet schwer verwundet, nachdem sein Begleiter, ein Franzose, getötet worden war.

### Ein alter Achtundvierziger.

Von den Wenigen, die an den Befreiungskämpfen des Revolutionsjahres 1848 tätig mitwirkten, wurde einer am Montag, den 1. d. M., in Villach zur letzten Ruhe beigesetzt. Josef Kluger, schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“, gewesener Schneidemeister in Villach, ist am 29. Juni um 10 Uhr vormittags nach längerer Krankheit im 84. Lebensjahre gestorben. Kluger, der auf seines Wanderschaft nach Wien kam und dort als Schneidegehilfe Arbeit bekam, beteiligte sich an den Kämpfen im Jahre 1848 und wurde nach der Niederwerfung Wiens durch Windischgrätz und Metternich neben vielen anderen gefangen genommen und am 27. September 1848 zum Tode durch den Strang verurteilt. Ihrer vierzehn Stunden damals als Opfer der Brutalität und des Hochvertrates des Siegers über die Revolution unter dem Galgen und an sieben vor die Exekution bereits vollzogen, als Kluger von seiner Parbannierung verständig wurde. Die Begnadigung hatte Graf Palffy bei Metternich erwirkt. Kluger hatte im Auftrage seines Meisters öfter im Hause Palffy's zu tun und dieser hatte den Rächner



**Schneidgerhilfen flehgewonnen.** Als Balffy von der bevorstehenden Einrichtung erfuhr, vermerkte er sich für Kluger, und es gelang ihm tatsächlich, ihn zu retten. Kluger reiste dann von Wien weg und kam im Jahre 1849 zum 7. Infanterieregiment, diente 7 Jahre und machte die italienischen Feldzüge mit. Im Jahre 1878 eröffnete er in Willach eine Schneidwerkstätte, die er im Jahre 1897 an seinen Sohn übergab. Kluger erzählte oft von seinen Erlebnissen und wurde wegen seiner Vergangenheit von der Willacher Arbeiterkammer besonders geehrt. Wiederholt war er Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit, obwohl er an der Arbeiterbewegung in Willach nie tätigen Anteil nahm.

**Stützen der Gesellschaft.**

Wegen Kuppelerei hatte sich vor der Strafkammer I des Hensburger Landgerichts eine Zimmervermieterin Knudsen zu verantworten. Sie hatte eine größere Wohnung inne, von der sie möblierte Zimmer an „bessere Herren“ vermietete. Auf Beschwerde der Hausbewohner hob die Polizei dieses Nest aus, in dem sie nur ein sog. Absteigequartier — selbstverständlich für die „bessere Gesellschaft“ — erblickte und stellte die Zimmervermieterin vor den Strafgericht. Es wurde festgestellt, daß zu den Zimmerinhabern der Frau Knudsen auch eine ganze Anzahl Fähnriche von der Marinestation Müritzk gebörte. Wegen Kuppelerei wurde Frau K. zu acht Tagen Gefängnis verurteilt. Bei der Urteilsbegründung bedauerte der Vorsitzende, daß sich unter den Teilnehmern der nächsten Orgien auch der junge Prinz Reuß befunden habe!

**Kleine Notizen.**

**Opfer der Hitze.** Am Rhein sollen allein von Köln stromabwärts in den letzten Tagen mehr als 20 Personen beim Baden ertrunken sein, und zwar infolge Hitzschlags wegen der abnormen Temperatur. Da auch aus dem Seitentalern des Rheins zahlreiche ähnliche Fälle gemeldet werden, kann die Zahl der Opfer der Hitze allein in diesem Teile Deutschlands auf mindestens 80 berechnet werden.

**Neapel, 16. Juli.** Der Passagierdampfer „La Lada“ ist gestern im hiesigen Hafen vor Anker gegangen. An Bord des Schiffes befanden sich 12 Passagiere, die infolge der unerträglichen Hitze der letzten Tage irrsinnig geworden waren.

**Der Flieger im Damenbad.** Der Flieger Schauenburg, der zur Kolberger Flugwoche in dem bekannten Oiseebade weilte, wollte am Dienstagmorgen einen Schaustug unternehmen und stieg deshalb mit seinem Wrightdoppeldecker auf. Er flog längere Zeit über dem Strande und nahm schließlich die Richtung auf das Damenbad, das um diese Zeit stark besucht war. Schauenburg ging in eleganten Kurven aus 100 Meter Höhe nieder und wollte, sich in einer Höhe von 20 Meter über dem Wasser haltend, den Wadenden zu. Offenbar wurde seine Aufmerksamkeit zu sehr abgelenkt, denn plötzlich wurde die Maschine von einer Böe gepackt und auf das Wasser hinabgedrückt, das an dieser Stelle etwa 2 1/2 Meter tief ist. Schauenburg klammerte sich an dem oberen Tragdeck fest und sprang in dem Augenblick, als die Stufen die Oberfläche der See berührten, ab. Er vermochte sich so lange

schwimmend über Wasser zu halten, bis einige Badefrauen und Damen in zwei Rettungsbooten nahen und ihn aufnahmen.

**Der Fernflug Berlin — Petersburg.** Der Wright-Flieger Abramovich, der am Sonntag zum Fernflug nach Petersburg aufgestiegen war und an diesem Tage bis Driefen kam, ist am Dienstagvormittag bis Schneidemühl weiter geflogen, wo er des starken Ostwindes wegen bis zum Abend wartete, um dann den Flug fortzusetzen.

**87 Tote auf der Cadexy-Grube.** Aus London wird gemeldet: Der Direktor der Cadexy-Grube, Wurz, ist gestern seinen bei den Rettungsversuchen erhaltenen Wunden erlegen. Die Zahl der bei der Katastrophe ums Leben gekommenen beträgt damit 87.

**Hitzschlag in ein russisches Militärlager.** Der Hitzschlag in ein Militärlager im Ostrower Bezirk, tötete einen Unteroffizier und verletzete 45 Soldaten des Rifow-Regiments, von denen 22 ins Lazarett gebracht werden mußten.

**Marktbericht von Berlin am 15. Juli 1912, nach Ermittlung des Königl. Polizeipräsidenten.** Markthallenpreise. (Kleinhandel) 100 Kilogramm Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—50,00. Speisebohnen, weiße, 30,00—50,00. Linsen 40,00—80,00. Kartoffeln (Kleinhbl.) 10,00—18,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Krone 1,70—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,50—2,00. Kalbfleisch 1,50—2,40. Sammelfleisch 1,70—2,40. Butter 2,40—3,00. 60 Stück Eier 3,20—5,20. 1 Kilogramm Karben 1,20—2,20. Kase 1,20—3,20. Jander 1,50—3,60. Käse 1,20—2,80. Porcke 0,80—2,40. Schote 1,20—3,20. Mele 0,80—1,60. 60 Stück Krefe 2,00—40,00.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**

**Nachruf.**  
Am Freitag, den 12. d. M., ertrank beim Baden unser Genosse und Bezirksführer  
**Artur Baldauf**  
Bastianstr. 7 (Bezirk 803).  
Die Beerdigung fand am Dienstag, den 16. d. M., nachmittags 5 Uhr, auf dem neuen Friedhof in Wilmersdorf statt. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.  
Der Vorstand.

**Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.**

**Filliale Groß-Berlin.**  
Durch den Tod ist eines unserer Mitglieder, der Kollege  
**Siegfried Kallies**  
(Sektion Rankow) entschlafen worden.  
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.  
Die Beerdigung hat am 16. Juli stattgefunden.  
34/19 Die Ortsverwaltung.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**

Am Sonntag, den 14. d. M., verstarb unser Genosse, der Herr  
**Wilhelm Müller**  
Kamlerstr. 11 (Bezirk 591).  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Himmelsfahrts-Kirchhofes in Nordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht.  
230/15 Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

**Verwaltungsstelle Berlin.**  
**Jugend-Abteilung.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosserlehrling  
**Gustav Vetterkind**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Reichshofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet.  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Bernhard Zander**  
am 11. Juli im Alter von 16 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 17. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Leichenschauhause, Hannoverstraße, aus nach dem Georgen-Kirchhof in Weihensee statt.  
68/0 Die Bezirksverwaltung.

Am Dienstag, den 16. Juli, früh 7 Uhr, verschied im 62. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger- und Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, der Gastwirt  
**Paul Paschke**  
Wörliger Str. 69.  
Dies zeigt tiefbetrauert an im Namen der Hinterbliebenen  
**Therese Paschke geb. Choné**  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Emmaus-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.  
24936

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Zentrale Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Stodarbeiter  
**Theodor Zundler**  
Friedrichshagen, Wilhelmstr. 29, im Alter von 39 Jahren gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Juli, nachmittags 3 Uhr, auf dem Friedhofe in Friedrichshagen bei Berlin statt.  
86/14 Die Ortsverwaltung.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität.**

**Ortsgruppe Berlin.**  
(5. Abteilung.)  
**Todes-Anzeige.**  
Allen Mitgliedern die traurige Nachricht, daß unsere Bundesgenossin, Frau  
**Auguste Springer**  
am Sonntag, den 14. Juli, verstorben ist.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Juli, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Rummelsburger Friedhofes, Lützstraße, aus statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
Der Vorstand.

**Verband der Bureauangestellten.**

Ortsgruppe Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege  
**Walter Holzwarth**  
(Bureauvorsteher)  
am 14. Juli verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 18. Juli, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Stöckendorf aus statt.  
Die Ortsverwaltung.

**Dauffagung.**  
Für die herzliche Teilnahme bei der Beerdigung meines imiggelebten Mannes und herzenguten Vorgesetzten sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.  
41A  
Wwe. Wilhelmine Heinicke, Erich Muchau.

Statt besonderer Meldung.  
Am Montag verstarb plötzlich mein lieber Mann und guter Vater  
**Emil Freund.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 Uhr vom Reichshof Friedhof, Mariendorfer Weg, aus statt.  
Dies zeigt tiefbetrauert an Frau Anna Freund nebst Tochter.

**Westmanns Trauermagazin.**

**Extra-Abteilung**  
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstraße 37a (2. Haus von der Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).  
Schrgr. Ausw. fert. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hocheleganten Genre zu äußerst niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung: **Habenfertigung** in 10 bis 12 Stunden.

**Deutscher Tabakarbeiter-Verband.**

Zahlstelle Berlin.  
Freitag, den 19. Juli 1912, abends 7 1/2 Uhr, in den Musterjäten, Kaiser-Wilhelm-Str. 18m:  
**Mitglieder-Versammlung.**  
Tagesordnung:  
1. Abrechnung vom zweiten Quartal. 2. Wahl der Ortsverwaltung. 3. Fortsetzung der Debatte über die Generalversammlung zu Hamburg. 187/13\* Die Ortsverwaltung.  
Mitgliedsbuchkontrolle. Beiträge werden am Saaleingang in Empfang genommen.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt Norden, Nr. 1236. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt Norden, Nr. 1987.

Donnerstag, den 18. Juli 1912, abends 8 1/2 Uhr:  
**Versammlung**  
aller in den Eisengießereien beschäftigten  
**Burger und Schleifer**  
in den „Vorussia-Sälen“, Aderstraße 6/7.  
Tagesordnung:  
1. Vortrag. 2. Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes. 121/2  
Bollfähiges Erscheinen erwartet. Die Ortsverwaltung.

**Borussia-Festsäle**

Inhaber Georg Wolfgramm  
Telephon: Amt Norden 2674  
Kordens 2674  
6/7 Aderstraße 6/7  
empfiehlt seine vier Säle zu Versammlungen und Festlichkeiten, sowie zwei Vereinstimmer. Kulantes Entgegenkommen. Prachtiger Naturgarten noch einige Sonnabende und Sonntage frei.  
„Süßes“ enthält keine Milch und ist daher ein vorzügliches Nahrungsmittel für Kinder, die nur vorübergehend oder überhaupt keine Milch verdauen können; es eignet sich infolgedessen hervorragend für die Ernährung der Säuglinge bei Verdauungsstörungen, Darmkatarrh, Diarrhöe usw., wo Milch und Milch enthaltende Nahrungsmittel zu meiden sind.

**Vorwärts-Zigaretten**

gefeilich geschäft.  
Neue Qualitäten! Für 2 Pf.  
Das Beste der Gegenwart!  
Nur echt mit den beiden roten Fähen! 24826\*

**WESTMANN'S**

**Schluss-Saison-Ausverkauf**

**Läger ca. 8000 Stück!**

Um mit Frühjahr und Sommer total zu räumen,  
**verkaufe jetzt zu jedem nur irgend annehmbaren Preise!**

Einige Beispiele:  
Kostume und Kleider, Kammergarn, Seide, Tuch, Leinen, von 15, 18, 22—150 M., sonst 42—350 M.  
Paletots, seidene Mäntel, Uister usw. usw. von 12, 15, 18, 22 175 M., sonst 32 398 M.

**Für stärkste Figur**  
Röcke, Blusen . . . . . 5 M., sonst bis 15 M.  
Zurückgesetzte Kostüme . . . 12 M., sonst bis 52 M.  
Zurückgesetz. Wintermäntel . 15 M., sonst bis 38 M.  
Plüsch- u. Pelz-Konfektion noch zu Sommerpreisen!

**Ueberzeugen Sie sich von der Richtigkeit meines Angebots!**  
Sonntags geöffnet von 8—10 Uhr

**MOHRENSTR. 37a.**  
**GR.FRANKFURTERSTR. 115.**



**Annahmestellen für „Kleine Anzeigen“**

Berlin C. A. Bahnhöf, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.  
W. G. Schmidt, Kirchbäckstr. 14.  
O. R. Gabelschütz, Petersburger Platz 4, Gustav Vogel, Köpenickerstr. 82, R. Wenzel, Gr. Frankfurter Str. 120.  
NO. 2. Jucht, Ammannstr. 12, J. Reul, Barnimstr. 42.  
N. W. Baumann, Rheinberger Str. 67, H. Trapp, Balkenstr. 6, Karl Mars, Grelsenhagen Str. 27, J. Schönitz, Nazaretenstr. 49, G. Vogel, Lortzingstr. 27, A. Tich, Invalidenstr. 124, E. Dehaud, Kudeplatz 24.  
NW. Karl Rubers, Salzweidenerstr. 8.  
SW. G. Werner, Scheinewitz 72, Tachn, Vogelberger Str. 27, S. St. Fris, Pringelstr. 31, G. Lehmann, Kottbuser Damm 8.  
SO. Paul Böhm, Leutner Platz 14/15, P. Gorsch, Engelder 15, Adlershof, Karl Schwarzlose, Hoffmannstr. 9, Baumchulenweg, G. Hornig, Marienbaderstr. 13, I. Borsigwalde, Paul Kienast, Kaulstr. 10, Charlottenburg, Gustav Scharnberg, Erlenheimer Str. 1, Friedrichshagen, Ernst Werkmann, Adenider Str. 18, Grünau, Franz Klein, Friedrichstr. 10, Johannisthal, Pielcke, Kaiser-Wilhelm-Platz 6, Karlshorst, Richard Ritter, Adelsstr. 9, II. Köpenick, Emil Wöhler, Kiepertstr. 6, Lichtenberg, Otto Seifert, Wartenbergstr. 1, Nieder-Schöneweide, Gehrt, Brüder Str. 6, Nowawes, Wilhelm Jappe, Friedrichstr. 7, Ober-Schöneweide, Alfred Vader, Wilhelmshofstr. 17 II, Pankow, Otto Rihmann, Röhrenstr. 30, Reinickendorf, V. Gurk, Frobergstr. 56, Loden, Rixdorf, W. Heinrich, Redarstr. 2, Conrad, Hermannstr. 50, G. Robr, Gieselerstr. 28/29.  
Rummelsburg, A. Rosenkranz, III-Borghagen 56, Schöneberg, Wilhelm Bäumer, Martin-Luther-Str. 69 im Loden, Spandau, Köppen, Breiterstr. 64, Steglitz, G. Bernser, Alsenstr. 5, Tempelhof, Joh. Krohn, Bornstr. 62, Treptow, Robert Gramenz, Riefelstr. 412, Loden, Weißensee, Fuhrmann, Sedanstr. 105, Schiller, König-Charlottensee 39a, Wilmersdorf, Paul Schubert, Wilhelmstraße 27.

**Ohne jede Anzahlung**

**Pianos** (erstklassiges Fabrikat!)  
(Vom prämiert, Staatsmedaille) in allen Holz- u. Ekkarten, von wunderbar. Tonfälle (Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung  
Für jedes Instrument gewähre ich 20jährige schriftliche Garantie

**Conrad Krause Nachf.** Berlin, Ansbacher Strasse 1, Ecke Kurfürstenstr. Tel. Ch. 10410  
Auch Sonntags geöffnet.

**Würzburger Hühneraugenmittel**

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Pfefferextrakt.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. — Graif-Apothek, Barnimstr. 33. — Wo nicht, zu haben: Roson-Apothek, Würzburg.

**Speise-Bis**

Verarbeiten Sie nur  
**Reichel's Eis-Essenzen**  
— natürliches Fruchtaroma enthaltend — und Ihr Wohl wird sich durch die vollendete Qualität ver doppelt. Wirklicher Fruchtgeschmack. Alle zugehörigen Substanzen. Auch d. Drogerien zu beziehen u. bestellbar. — Erprobte Rezepte gratis.  
**Otto Reichel, Berlin 50, 49, Eisenbahnstr. 4.**

**Altes Gartenlokal**

Industrieort, an Chaussee u. Bahnhöf, parkig, 3. Parkteil, billig zu verk. Jahresgeh., 11 Saal, Regelt., gr. Obstg. Nr. nur 4200 Pf. Offert. umt. D. 9006 an Dauba & Co, Berlin SW. 19. 183/12

**Dr. Simmel**

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz  
10—2. 5—7. Sonntags 10—12. 2—4

**Heideschloß Hohenbinde**

„Zum Gutenberg“.  
Stadtbahnstation Ermer, Fernruf 293. Jodbad an Wald und See gelegen. Möbl. Sommerwohnungen u. Zimmer. Für Vereine etc. der höchste Auskugsort. Prachtfaal und Halle. Regeld. Bahnen etc. H. Lehmann.  
Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schick, dauerhaft, Zuleiten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 6, II. (Stadth. Biers.)

**Blumen- und Franzbinderei**  
von Robert Meyer,  
Inh.: P. Gollitz  
nur Mariannen-Straße 2,  
Telephon u. Moritzplatz 316.

**Raucht Kressin Cigaretten**

203 Pf



# Unser Saison-Ausverkauf beginnt mit einer Hosen-Woche

Dauer bis  
20. Juli

Dauer bis  
20. Juli

Ausverkauf von ca. 24000 Hosen aus unserem Bestande zu sehr billigen Preisen

Herren-Hosen	dunkelgestreifte Zwirnbuckskins, sehr haltbar	2 <sup>95</sup> M.
Herren-Hosen	Streichgarncheviots in vielen Streifen und Farben	4 <sup>95</sup> M.
Herren-Hosen	Cheviots und Kammgarnarten, ganz aparte Muster	7 <sup>20</sup> M.
Herren-Hosen	Kammgarn mit feinen Streifen, sehr vornehmer Geschmack	9 <sup>20</sup> M.
Herren-Hosen	Aachener Kammgarne, hell und dunkel gestreift	11 <sup>15</sup> M.

Sport-Hosen glatte und gemusterte Cheviots 4<sup>95</sup> M.

Hosen aus Resten, von guten Maßstoffen hergestellt sehr billig!

Strand-Hosen weiße, eleg. Ausseh. m. Umschlag 2<sup>90</sup> M. u. 5<sup>70</sup> M.



Knaben-Hosen blau Satin, gut waschbar f. 5-15 Jahre, Einbeizger. 1<sup>55</sup> M.

## BaerSohn

Kleiderwerke - Deutschlands größte Fabrik dieser Art  
Chausseestraße 29-30 | 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurter Straße 20 | Schöneberg, Hauptstr. 10  
= Sonntags nur von 8-10 Uhr geöffnet =

Der Haupt-Katalog Nr. 44 (Neueste Moden) kostenlos und portofrei

Jeglicher Nachdruck verboten.

# Knorr



6 Wochen lang täglich eine andere Suppe ohne Mühe durch  
**Knorr-Suppen-Würfel**  
(über 40 Sorten) und  
**Knorr-Bouillon-Würfel**

# VERA

# 35

# JOSETTI Cigarette

**Theater.**  
Mittwoch, 17. Juli 1912.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Prater. O diese Berliner.  
Anfang 8 Uhr.  
Urania. Der Bierwaidhändler See und der St. Gotthard.  
Königsgräber Straße. Die fünf Frankfurter.  
Kurfürstendamm. Der Langenwall. Neues. Der liebe Augustin.  
Berliner. Große Hofen.  
Sch. Charlothenburg. Das Konzert.  
Thalia. Autolichon.  
Metropol. Schwindelmeier u. Co.  
Apollo. Eregallitäten.  
Passage. Eregallitäten.  
Reichshallen. Dresdener Victoria-Sänger.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Besing. Vergnügungsdreie.  
Neues Schauspielhaus. Eregallitäten.  
Schiller. 1. Klasse.  
Lustspielhaus. Ein Adnigreich m. d. d.  
Neues Operetten. Parletistik Nr. 10.  
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Die feuchte Sulanne.  
Kaiser. Die Tragödie einer Ehe.  
Folies Caprice. Parhiana. Ensemble.  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Kleines. Der Unverschämte. Der Krug seiner Ehre. Der Herr mit der grünen Kravatte.  
Königstadt-Kasino. Spezialitäten.  
Anfang 10 Uhr.  
Admiralpalast. Eregallitäten: Iphonie.  
Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Große Hofen.**  
Theater in der Königsgräber Straße  
Abends 8 Uhr:  
**Die 5 Frankfurter.**  
**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr.  
**Sensationeller Lacherfolg!**  
Clown Alf. Daniels mit seinem Zirkusbühnen.  
Ada Pagini  
Agl. Kammervirtuosin, und  
10 weitere große Attraktionen.

**Voigt-Theater.**  
Gesundbrunnen Badstraße 36.  
Heute: **Elite-Tag.**  
Die Tochter der Hexe  
Tanz bei groß. Orchester  
Staffeneröffnung 9 Uhr. Anf. 4 Uhr.

**Hagenbeck's Indien**  
Tempelhofer Feld.  
Täglich geöffnet von 11 Uhr vormittags bis 11 Uhr abends.  
**150 Indier.**  
Maori Solist's  
**Löwen- und Tigergruppe.**  
Ohne Extra-Entree!

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Kastspiel Helene Stenoe:  
**Die Tragödie einer Ehe.**  
Anfang 8 1/2 Uhr.  
Auf der Gartenbühne:  
Juhu! Es ist erreicht! Gr. Revue.

**Metropol-Theater.**  
Schwindelmeier & Comp.  
Phantastisch musikalische Komödie in 3 Akten aus dem Englischen völlig frei bearbeitet von J. Freund. Musik von H. Nelson. U. a. Länge v. H. Bishop.  
In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Königstadt-Kasino.**  
Ode Holzmarkt- u. Alexanderstr.  
Som. 16. Juli 8 Glanznummern bis 1. August:  
und **„Die weiße Dame“**  
Schwanz mit Gefang.

**Reichshallen-Theater.**  
Gastspiel der berühmten Dresdener Victoria-Sänger.  
Anfang Dochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 1/2 Uhr.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich:  
**Großes Militär-Doppel-Konzert.**  
Eintritt 1 Mark, von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**IKLA**  
Intern. Kongress Lebender Abnormitäten.  
Die größte Ausstellung  
**lebender Naturwunder**  
von 10 bis 10 Uhr in den Gesamträumen des Passage-Panoptikums.  
Eintritt, alles inkl. 50 Pf.  
Kinder, Sold. 25 Pf.

**Berliner Uk-Trio**  
Lahnstr. 74 I.  
Adr. Neukölln

**UNA PARK**  
30 Weltattraktionen 30  
Kongo, Zwergstadt, die alte Mühle, Johnstowns Unter-gang usw.  
Entree 50 Pf. Saisonkarten 3 M., Kinder- u. Zwergstadt bis 6 Uhr frei.

**Admiralpalast**  
am Bahnhof Friedrichstraße, z. Z. einziger Eispalast.  
Angenehm kühler Aufenthalt.  
Heute 2 große Vorstellungen 2. Nachmittags und abends:  
Das sensationelle Eisballett „Yvonne“. Willi Frick, der kleinste Eislaufkünstler.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kasenpreise.  
**Restaurant 1. Ranges!**  
Wein- und Bier-Abteilung.

**Die Unfallgefahren in der Holzindustrie**  
Wander-Ausstellung des Deutschen Holzarbeiterverbandes  
vom 23. Juni bis 21. Juli 1912  
im Berliner Gewerkschaftshaus, Saal III  
Engelufer 14-15  
Geöffnet v. 9-1 u. 4-9 Uhr  
Sonntags von 9-1 Uhr  
Deutscher Holzarbeiter-Verband

**Schiller-Theater**  
Charlottenburg.  
**Das Konzert.**  
Lustspiel in 3 Akten von Herm. Bahr.  
Anfang 8 Uhr. Ende 10 1/2 Uhr.  
Morgen und folgende Tage:  
**Das Konzert.**  
**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der liebe Augustin.**  
Operette von Leo Fall.

**Neue Welt**  
Amerikanischer Vergnügungspark.  
Heute Mittwoch:  
**2. Pracht-Kinder-Erntefest**  
einzig in Berlin mit Ernte-Festzug, Ernte-Festspiel, Bonbonregen, Fackelzug mit bengal. Beleuchtung, Verlosung von Geschenken. Hauptgew. 2 gold. Uhren.  
Eintritt 15 Pf.  
Morgen Donnerstag:  
**Elitetag - Feuerwerk.**  
Mühlenbrand am Genfer See im Jahre 1763.  
Pyrotechniker E. Nienlandt.  
Sonabend, den 20. Juli:  
Sommerfest der Ortsvereine der Maschinenbau- und Metallarbeiter Groß-Berlins. Feuerwerk.



### Erwerbt das preussische Staatsbürgerrecht!

Die Erwerbung der preussischen Staatsangehörigkeit ist die Vorbedingung zur Wahlberechtigung für den preussischen Landtag wie für die Stadtverordnetenversammlung.

In beiden Fällen gilt noch ein infames Dreiklassenwahlssystem. Dieses zu beseitigen, ist unser Ziel!

So lange aber das Wahlrecht noch besteht, muß es bis aufs letzte ausgenutzt werden! Schon deshalb, um das ungerechte Wahlssystem in kraße Erscheinung treten zu lassen.

Dazu gehört, daß jeder Arbeiter, jeder Parteigenosse, der noch nicht Preuze ist, sich in den preussischen Staatsverband aufnehmen läßt.

Der Antrag ist zu richten im Landespolizeibezirk Berlin an den Polizeipräsidenten; im übrigen Gebiete des Königreichs Preußen an den für den Wohnsitz des Antragstellers zuständigen Regierungspräsidenten. Zum Landespolizeibezirk Berlin gehören: Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Neutölln, Wilmersdorf, Lichtenberg und Vohagen-Kummelsburg.

Dem Antrag muß beigelegt sein eine Urkunde über die Staatsangehörigkeit von der Heimatbehörde und eine Bescheinigung, daß der Antragsteller sich in Preußen bereits niedergelassen hat.

Ueber die einzuleitenden Schritte geben Genossen in den einzelnen Wahlkreisen Auskunft.

Arbeiter! Parteigenossen!

Betreibt rege Propaganda für die Aufnahme in den preussischen Staatsverband!

### Partei-Angelegenheiten.

Grünen. Die Generalversammlung des Wahlvereins, die am 10. Juli infolge schlechten Wetters nicht abgehalten werden konnte, findet heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal „Zur grünen Ede“ statt. Tagesordnung: Bericht sowie Rewohl des Vorstandes und der Funktionäre, Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes. Mitgliedsbücher der Partei und der Gewerkschaften sind mitzubringen. Der Vorstand.

### Berliner Nachrichten.

#### Reisende Felder.

Der Hochsommer schreitet durchs Land. Glitzrende Sonnenhitze beginnt die letzten Früchte des Gartens zu bräunen und zu röten. Auch die grünen Palme der Felder fangen an zu gelben. In einem blanken Weißgelb leuchten sie auf, wie spiegelnde Säulchen, die den gierig aufgesogenen Sonnenglanz zurückwerfen wollen. Mohr und Raden haben rot und blauviolett den Boden getupft, über dem das Meer der reisenden Drostfruchtalmale rauscht. Manneshoch steht das Korn. Ein warmer, lieber Brodem umhaucht dich, wenn du auf schmalem Rain deinen Weg durchs gelbenes Wehregewoge nimmst.

Ein gut Stück aus der Großstadt müßt du frohlich schon herauswandern, ehe du ein richtiges Feld zu Gesicht bekommst. Aber der Weg lohnt sich. Denn nie ist der Kornacker so schön, als wenn ihn die pralle Julisonne umglänzt und von seinen, wie poliert schimmernden Halmen stümmernde Lichtnebel aufsteigen. Die Schwere der Körner hat die Ähren leicht gefenkt. Die härtslichen Spigen der Brannten streifen dir Hals und Haupt. Feldblumen leuchten auf und versinken wieder im schwebeligen Glanz. Ein Rebhuhnvolk schnarrt in deiner unmittelbaren Nähe, eine Feldmaus raschelt durchs Gehälz. Ob es Alltag, ob Sonntag ist: eine große, feierliche Ruhe umfängt dich. Und winzig und klein, verloren im manns hohen Korn, schreitest du dahin.

Kinder machen sich am Aderrand zu schaffen. Barsüßige und barhäuptige Großstadtkinder sind es. Sie haben ihre lärmende Lebendigkeit zu Hause gelassen. Auch sie hat die Weiße der reisenden Felder still gestimmt. Mit ihren kleinen, mageren Fingern pflücken sie Blumen: Kornblumen, Raden, Gunderskammeln. Die binden sie zu kleinen Sträußen. Sie wissen, daß der Großstädter die Blumen des Feldes liebt, weil ihn Bodenwucher und spekulative Wohnungshändler der engeren Verlehrung mit der freien Natur beraubt haben. Da nutzen denn diese Proletarierkinder ihre Sommerferien dazu aus, sich einen kleinen Erwerb zu verschaffen, indem sie die auch für sie oft nur nach beschwerlichen Nachstrapagen erreichbaren Feldblumen abends vor den Fabriken und vor den Haltestellen der Ringbahn feilbieten.

Sinnend schaust du den Kindern nach. Ihre Flachsöpfe tauchen im Halnmeer auf und unter, fast ununterscheidbar, denn beide sind von der gleichen Farbe. Ihre dünnen Kernchen heben und senken sich mit edigen Bewegungen. Emsig sind sie bei ihrer Arbeit. Dieser haben die zitternden Ähren ihre Hüupter gefenkt. Ganz still ist es geworden. Eine große Stillewele flutet aus all dem Glanz auf dich ein, daß dir für einen Augenblick der Atem stocken will. Drostfrucht reift ringsum in Hülle und Fülle. Scher unermesslich wogt das Korn. Reist es auch für die Kleinen, großstadtblaffen Blumenmacher im gelbenden Feld? . . .

Die unberechtigten Veranlagungen zur Zahlung von Kirchensteuern wollen kein Ende nehmen. Die Kirchengemeinden beufen sich vielfach auf die Hebelisten, die ihnen vom städtischen Steuer-

bureau zugestellt werden. Daß diese Listen keinen Anspruch auf Richtigkeit machen können, ist bekannt. Nichtsdestoweniger wird auf solche fehlerhafte Listen hin veranlagt und die Veranlagten, die zu Unrecht eingezahlt werden, haben die Mühe, zu den Schreibereien auch noch sonstige Unbequemlichkeiten in den Kauf zu nehmen. Gewöhnlich glaubt die veranlagende Kirchengemeinde der Versicherung des Reklamanten, daß er zu Unrecht veranlagt sei, nicht, und verlangt Weisungsmittel. Als solches gilt die Austrittsbescheinigung. Nicht jeder gibt gern solche Weisungsmittel aus der Hand, hat man doch nie eine Garantie für rechtzeitige und gewissenhafte Retournerung. Wie weit oft das Verlangen der Kirchenbehörden an Reklamanten geht, beweist ein uns vorliegendes Schreiben der katholischen Kirchengemeinden. Ein Arbeiter K. ist im Jahre 1910 aus der evangelischen Kirche ausgeschieden, wird aber von der katholischen Kirchengemeinde zur Bezahlung von Kirchensteuer veranlagt. K. reklamiert, darauf erhält er von der Kirchengemeinde die Mitteilung, daß er, K., in der Kirchensteuer-Gebeliste amtlich als katholisch aufgeführt worden sei, er möge einen amtlichen Ausweis beibringen, daß K. in geschmähiger Form aus der katholischen Kirche ausgeschieden sei. K., der nie der katholischen Kirche angehört hat, kann natürlich der Aufforderung der Kirchensteuerbehörde nicht nachkommen, denn da er nie katholisch war, konnte er auch nicht aus der katholischen Kirche ausgescheiden. Es ist wirklich höchste Zeit, daß diesen Belästigungen zahlreicher Berliner Bürger ein Ende gemacht wird.

#### Per Schub!

Wer vor einem auswärtigen Gericht als Angeklagter zu erscheinen hat, muß die Kosten der Hin- und Rückreise selber bezahlen. Wenn ihm das Geld nicht dazu langt und das Gericht nicht auf seine Anwesenheit verzichten will, so kann es ihm passieren, daß angeordnet wird, ihn unter polizeilichem „Schub“ per Schub zur Gerichtsstelle zu bringen. Das sei kein Vergnügen, sagen diejenigen, die es schon durchgemacht haben, und besonders bei längeren Fahrten, wo noch übernachtet werden und dann ein Polizeigeängnis als Quartier dienen muß, sollen die Annehmlichkeiten dieser Gratisreise höchst fragwürdig sein. Ganz Tolles aber hat auf so einer unter dem „Schub“ der Polizei gemachten Reise ein Inasse des Berliner Hospitals zu Kummelsburg, ein Schloffer W., erlebt.

Der jetzt im 70. Lebensjahre stehende Mann war vom Landgericht Lissa in Posen vorgeladen worden, um sich auf eine Anklage zu verantworten. Die Sache schwebte schon längere Zeit, sie hatte aber bisher nicht verhandelt werden können, weil W. an den Folgen einer schweren Erkrankung und einer dadurch notwendig gewordenen Operation noch lange nachher litt und die weite Reise nach Lissa bei seiner andauernden Kränklichkeit nicht empfehlenswert schien. Ärzte, die ihn behandelten, bescheinigten das, doch nach seiner Aufnahme im Hospital kamen dort die Ärzte bald zu der Ansicht, daß er reisefähig sei. Auf eine von der Anstalt an das Gericht zu Lissa gesandte diesbezügliche Auskunft folgte eine neue Vorladung, und nun half kein Sträuben mehr. Dem Angeklagten wurde in Aussicht gestellt, daß man ihn, wenn er nicht erscheine, zwangsweise vorkühren lassen werde. Er wäre dieser freunden Aufforderung, einen Ausflug nach Lissa zu machen, bereitwillig nachgegeben, wenn es ihm nicht am Wichtigen, am Geld, gefehlt hätte. Woher sollte er, ein kranker, arbeitsunfähiger, im Hospital untergebrachter Greis von 70 Jahren, die Mittel für eine Fahrt von Berlin nach Lissa und zurück sich beschaffen! Dem Staatsanwalt schrieb W. das, und humorvoll fügte er hinzu, unmöglich könne er sich an einem Puffer des abfahrenden Eisenbahnzuges festhalten und mitrennen, denn da würde ihm bald die Luft ausgehen. Er bat, man möge ihm das Reisegeld schicken oder die Anstaltsdirektion anweisen, ihm die Fahrkarte zu besorgen.

Der festgesetzte Termin zur Gerichtsverhandlung rückte heran, aber aus Lissa kam kein Reisegeld. Der Termin war vorübergegangen, Woche um Woche war nach ihm verstrichen — da fanden sich plötzlich ganz unangemeldet zwei Lichtenberger Schupleute im Hospital ein, um W. sofort abzuholen und nach Lissa zu transportieren. Es war noch früh am Morgen und sein Frühstück stand noch unberührt da, aber die Schupleute hatten wohl keine Zeit, darum nahmen sie ihn mit, ohne daß er auch nur Kaffee trinken konnte. Nachher mußte er freilich auf der Polizeiwache in Kiech-Kummelsburg, wo sie ihn in der Wachtstube abliefern, noch bis zum Nachmittag sitzen und auf die Abfahrt warten. In dieser Zeit hätte er noch zwanzigmal frühstücken können, wenn er was zum Frühstück gehabt hätte. Als endlich die Stunde des Aufbruchs kam, war W. nicht wenig davon überrascht, daß man ihm zwei kräftige Transporteure mit auf den Weg gab. „Man stelle sich“, sagte er uns, „den Kontrast vor: ein kranker, alter, siebzigjähriger Mann, schwach auf den Beinen, der keiner Raus das Genid umdrehen kann, und vollgeegessene hanebüchene Transporteure mit dem dazu gehörigen Schließzeug unterm Jodett und starken Buchtenknäpeln als obligaten Ausrüstungsstücke!“ Wäre nicht schon einer dieser Begleiter mehr als genug gewesen, ihn an einem Fluchtversuch zu hindern, wenn er überhaupt an so etwas gedacht hätte? Warum hätte er auch jetzt plötzlich ausreichen sollen, da ihm im Hospital, wo er ja nicht wie im Gefängnis war, sondern frei ein- und ausgehen durfte, niemals dieser Gedanke gekommen war! Die allzu reichlich bemessene Reisebegleitung kostete ein schönes Stück Geld: schon für die Hin- und Rückfahrt der zwei Mann mußten, da man mit Willeits dritter Klasse fuhr, über 30 M. bezahlt werden. Außerdem hatten die Transporteure in Lissa, wo sie am Tage vor dem Gerichtstermin erst zu später Abendzeit eintrafen, noch Quartier zu nehmen, was samt den sonstigen Spefen für Bezahlung gewiß auch nicht ganz billig gewesen sein wird. Der Angeklagte allerdings mußte mit billigerem Quartier vorlieb nehmen, mit einem „polnischen Kitzchen“, dessen Wohlgerüche er in seiner derbhumoristischen Art und sehr drahtlich schildert.

Am anderen Tage begann die Gerichtsverhandlung gegen ihn nicht um 11 Uhr, wie festgesetzt worden war, sondern — infolge langer Dauer einer vorübergehenden Saale, — auf die das Gericht erst noch eine Mittagspause folgen ließ — um 3 Uhr. Sie war kurz und endete damit, daß der Staatsanwalt selber die Freisprechung beantragte und das Gericht so beschloß. Noch ehe das Urteil verkündet wurde, erhoben sich die beiden Reisebegleiter des Angeklagten und verließen den Saal. Ihrem Schützling hatten sie bereits vor Beginn der Verhandlung eröffnet, sie hätten keinen Auftrag, ihn wieder mit nach Berlin zu nehmen; er solle sich nur an den Vorsitzenden wenden. W. war Harr über diese Mitteilung. An der Gesellschaft der beiden Beschützer lag ihm ja nicht viel, aber er hielt es für schlichterbändlich, daß diejenigen, die ihn nach Lissa geschleppt hatten, doch ebenso auch wieder für seine Rückkehr nach Berlin zu sorgen hätten. Als sie den Gerichtssaal verließen, sah W., daß sie keinen Spaß gemacht hatten. Weg waren sie! Der Vorsitzende, dem er noch der Urteilserklärung seine hilflose Lage vorstellte, bewies ihn an die Staatsanwaltschaft. Im Bureau des Staatsanwalts wurde der von allen Weltweilen entsetzte Hospitalist befehlt, daß man für einen derartigen Rücktransport eines freigesprochenen Angeklagten keinen Fonds zur Verfügung habe. Bei der Polizei, an die er jetzt gewiesen wurde, sagte ihm nach langem Warten ein Kommissar, W. glaube doch nicht etwa, daß man ihm hier so leicht das ganze Reisegeld überreichen werde. Bis Wollstein solle er das Reisegeld haben, dann aber müsse er dort sich auf neue bei der Polizei melden, die ihn wieder ein paar Stationen weiter befördern werde. W. nahm die ihm angebotenen

1,50 M., hinterher sagte er sich aber, daß er auf diese Weise vielleicht in fünf bis sechs Tagen glücklich wieder in Berlin anlangen könne. Nun konnte er in Lissa zufällig von früher her einen Arzt, der ihn operiert und lange behandelt hatte, den Kreisarzt Geh. Medizinrat Dr. Kleinert. Den suchte er noch am Abend auf, um ihm vorzutragen, was ihm widerfahren war. In seiner Erwartung, daß er hier Hilfe finden werde, sah er sich nicht geläufig. Dr. Kleinert ließ ihn an seinem Abendbrotisch nieder-sitzen, bewirtete ihn mit Speise und Trank und händigte ihm dann das Reisegeld für die Fahrt bis Berlin ein. Er erklärte aber, für die Kosten müsse die Lichtenberger Polizei aufkommen, darum werde er von ihr das veranlagte Geld zurückfordern. Von dem menschenfreundlichen Mann schrieb W. mit vielem Dank, nachdem die Tochter des Hauses den Reisefertigen noch mit reichlichem Proviant versehen hatte. W. fuhr die ganze Nacht hindurch und traf am nächsten Vormittag endlich wieder im Hospital ein.

Als W. auf dem Polizeipräsidenten in Lichtenberg sein Abenteuer vortrug und von Dr. Kleinert eine schriftliche Mitteilung über die ausgelegten Reisekosten überreichte, wurde die Angelegenheit zu Protokoll genommen. Warum die Transporteure ihn in Lissa zurückgelassen hatten, darüber wurde ihm keine klare Auskunft erteilt. Dagegen erfuhr er, warum sie auf der Hinfahrt ihm mitgegeben worden waren. Einen Beamten verstand er, das sei geschehen, weil er, der Hospitalist W., doch kränklich sei und ihm unterwegs etwas hätte passieren können. Also darum hätte man die Reisekosten für zwei Transporteure nicht geschont? Da muß W. sich doch wohl verfehrt haben! Mit Recht wundert er selber sich darüber, warum denn dann die beiden „Schupengel“ ihn nicht auch auf der Rückfahrt „bemuttert“ haben. Er schlägt vor, daß für diesen teuren und widersinnigen Transport derjenige die Kosten ersetzen soll, der ihn verschuldet hat. Nun, das wird dem Schuldigen wohl erspart bleiben.

Wir aber möchten vorschlagen, daß die Verwaltung des Hospitals, dessen Inasse W. ist, von der Lichtenberger Polizei die wünschenswerte Aufklärung über dieses fast ungläubliche Vorkommnis fordert. Es ist doch wirklich ein starkes Stück, daß ein mittel- und hilfloser Hospitalist, den man durch zwei kräftige Transporteure von Berlin nach Lissa hat schleppen lassen, hinterher sich selber weiterbesorgen soll, weil er auftragsgemäß ja nur nach Lissa hatte gebracht werden sollen. Die Hospitalverwaltung hat die Pflicht, für ihren Pflanzling einzutreten und gegen die ihm wider-fahrene Behandlung die zuständige Behörde anzurufen.

Unersättliche Süßhände — so wird uns geschrieben — herrschen auf der Ostbahn (Straßenbahn Schleifischer Bahnhof—Köpenick). Diese Linie wird, besonders an Sonntagen im Sommer, reichlich frequentiert, weil viele Leute auf sie angewiesen sind. An solchen Tagen spielt sich denn auch mancher Kampf um die Plätze ab. Nun kann dadurch, daß die Linie den Spretunnel passiert, nicht immer ein schnelles Aufeinanderfolgen der Wagen veranlaßt werden, da der Tunnel belanlich nur einseitig ist. Der Ueberfüllung könnte aber etwas abgeholfen werden, wenn an Tagen, wo großer Verkehr sicher ist, alle Motorwagen einen oder zwei Anhänger hätten. Werden Anhängewagen mitgenommen, so fahren sie gewöhnlich nur bis Treptow, bei zwei Anhängern wird in der Regel einer in Treptow zurückgelassen. Dagegen wäre nun an sich nichts zu sagen, da ja sehr viele Leute nur bis Treptow fahren, wenn eine vernünftige Regelung geschähe. Dadurch, daß den Leuten, die den hinteren Wagen besteigen wollen, gesagt wird: „Wir fahren nur bis Treptow“, drängen diejenigen, die weiterfahren wollen, nach vorn, dort in den Wagen eine bedrückende Fülle hervorruft. Man denke sich die vollgepackten engen, fast ganz verschlossenen Wagen bei der Sommerhitze! Man stelle sich weiter einmal vor, wenn etwas passiert, etwa ein Zusammenstoß! Dabei sind in dem Wagen, der in Treptow abgehängt werden soll, oft noch Sitzplätze frei. Unter diesen Umständen geht die Fahrt fast regelmäßig vom Stralauer Tor bis zum Platz am Spretunnel oder noch etwas weiter. Wird dann der zum Zurückbleiben bestimmte Wagen abgelassen, dann entspinnt sich nicht selten ein Streit zwischen dem Publikum und dem Schaffner. Manche Leute sind nicht darauf aufmerksam gemacht worden oder haben es überhört, daß der Wagen, den sie besteigen, nicht die ganze Tour fährt, andere sind wegen der Fülle im ersten Wagen in den Anhänger eingestiegen, in dem Glauben, nachher umsteigen zu können. Am Umsteigen hindert sie natürlich auch niemand. Der Streit dreht sich nur darum, daß der Fahrgast noch einmal seinen Obulus entrichten soll, trotzdem er seinen Fahrschein schon hat, der ihn zur Weiter-fahrt berechtigen müßte. Die Schaffner unterlassen es in der Regel, die Fahrgäste auf dieses eigenartige Verlangen der Ostbahn-gesellschaft vorher aufmerksam zu machen. Eine Beschwerde an einen Kontrolleur ist fruchtlos, diese lassen sich, genau so wie die Schaffner, auf nichts ein. Die Schaffner der nur bis Treptow fahrenden Anhänger sind überhaupt nur mit Zehnspennigfahr-scheinen versehen.

Furchtsame Gemüter stehen schon Lobedank aus bei einer Fahrt mit vollständig überfüllten Wagen durch den Tunnel. Die Polizei scheint hierfür keine Augen zu haben, es muß wohl erst ein Unglück passieren, um die Ostbahngesellschaft zu lehren, daß derartig überfüllte Wagen nicht statthaft sind. Augenblicklich bietet sich täglich ein besonders bedrückendes Bild. Morgens und abends werden die Kinder von und nach den Ferien-spielflächen im Klanten-walde mit der Ostbahn befördert. So viel nur irgend in einen Wagen hineingehoben, werden dort eingepfercht, nachdem auch die Aufstiegtüren für die ganze Fahrt verschlossen ist, geht die Fahrt los. Kann denn nicht für eine bessere Beförderung der Kinder gesorgt werden, besonders morgens, zu einer Zeit, wo das Wagenmaterial wenig in Anspruch genommen wird, da anderes Publikum nicht in großer Anzahl fährt?

Auch Menschen, die weniger ängstlich sind, überläuft es kalt, wenn sie erfahren, mit welcher Fahrlässigkeit sonst noch gehandelt wird. Befanlich ist ein Stab vorhanden, den jeder Fahrer in Besitz nehmen muß, sofern er mit seinem Wagen den Tunnel passieren soll. Der Stab ist das Kennzeichen dafür, daß die Passage frei ist. Das Publikum nimmt nun allgemein an, daß nur ein Stab vorhanden ist und daß ohne diesen kein Zug durch den Tunnel fährt. Es ist aber neulich beobachtet worden, daß ein Fahrer auf ein Paar ohne den Stab in den Tunnel eingefahren wäre; er befand sich schon am direkten Eingang zum Tunnel und konnte nur noch mit Mühe bremsen, um einem nachstürzenden Beamten den Stab abzunehmen. Außerdem soll auch der Glaube irrig sein, daß nur ein solcher Stab existiert. Zwei Schaffner unterhielten sich jüngst auf dem Vorberperron eines Wagens darüber, daß zwei gleiche Stäbe bei der Gesellschaft vorhanden sind, die auch gelegentlich in Gebrauch genommen werden, d. h. der zweite wird manchmal genommen, wenn der erste irgendwo liegen geblieben ist. Wer garantiert unter diesen Umständen nun dafür, daß nicht schließlich beide Stäbe zu gleicher Zeit benützt werden, und zwar von Wagen, die einander im Tunnel entgegenfahren? Das Publikum kann entscheiden die größte Vorsicht verlangen. Ebenfalls liegt es im Interesse des Publikums, daß die anderen gerügten Missetände beseitigt werden, schließlich ist letzteres nicht dazu da, unter steter Gefahr die Dividenden der Gesellschaft mehren zu helfen.

#### Die Belohnung.

Es hat in weiten Kreisen Bestreben erregt, daß der Reichs-heimat des Desraudanten Haase, Rechtsanwalt Wrededer, das Gehältnis Haases über das Versteht der unter-schlagenen 94 000 M. dem Untersuchungsrichter übermitteln habe, obwohl ein Anwalt zur Amtsbefreiung verpflichtet sei. Außerdem wurde nicht verstanden, daß der Anwalt Anspruch auf eine Belohnung erhob und von dem erhaltene 4000 M., die Hälfte der Mutter Haases zur Ver-



fügung stellte, aber auf die andere Hälfte selber Anspruch erhob. Herr Brederer versendet jetzt durch eine Korrespondenz eine Erklärung, der wir folgendes entnehmen:

„Es ist unrichtig, daß ich in Haase gedrungen bin, er möge ein Geständnis ablegen. Ich habe vielmehr, meiner Pflicht als Verteidiger gemäß, mit ihm seine Lage und die Vor- und Nachteile eines Geständnisses besprochen. Dabei hat er mir ein volles Geständnis der Tat und aller Nebenumstände abgelegt und mich beauftragt, das Geständnis dem Herrn Untersuchungsrichter zu unterbreiten. Ich habe das noch nicht geschehen, sondern ihn erst noch drei Stunden allein gelassen mit der Aufforderung, noch einmal reiflich über den geplanten Schritt nachzudenken. Inzwischen habe ich mit den Angehörigen Haases über die Wendung der Sache Rücksprache genommen und dann Haase die Meinung seiner Angehörigen unterbreitet. Haase ist bei seinem Entschluß verblieben und hat mich erneut ersucht, sein Geständnis dem Herrn Untersuchungsrichter zu unterbreiten.“

Die von der geschädigten Gesellschaft für die Herbeischaffung des Geldes ausgesetzte Belohnung von 4000 M. steht mir nach der Bestimmung des § 657 des Bürgerlichen Gesetzbuches ohne jeden Zweifel zu. Ich habe, als Haase mir sein Geständnis ablegte, gar nicht an die ausgesetzte Belohnung gedacht. Ich bin vielmehr erst durch die Äußerung eines Kollegen darauf hingewiesen worden, daß sie mir zusteht, da sie ja auch dann zu zahlen ist, wenn ohne Rücksicht auf die ausgesetzte Belohnung gehandelt worden ist.

Noch Rücksprache mit Haase und seinen Angehörigen habe ich darauf meinen Anspruch auf den ausgesetzten Betrag bei der geschädigten Gesellschaft geltend gemacht. Den Betrag habe ich der Mutter des Haase ganz zur Verfügung gestellt.“

Wenn Herr Brederer die gesamten 4000 M. zur Verfügung gestellt hat, ob schon vor dem Veröffentlichungen oder erst nachdem, ist nicht gesagt.

Ein schwindelnder Inzeratenaufsteiger tritt seit längerer Zeit in verschiedenen Städten Deutschlands und Oesterreichs auf. Der Schwindler spricht bei Kaufleuten und Gewerbetreibenden aller Branchen, Metzieren, Rechtsanwältinnen usw. Er gibt an, daß er für ein „Handels- und Vertriebsbuch“, 15. und 16. Ausgabe in Berlin-Friedenau reise, und in diesem, das in einer Auflage von 150 000 Stück erscheine, gegen Zahlung von 8 Mark ihre Adressen aufnehmen lassen werde. Das angegebene Werk erscheint jedoch überhaupt nicht. Leuten, die ihm den geforderten Beitrag zahlen, gibt er eine Quittung, auf der die Bezeichnung des angeblichen Werkes und seines Verlags vorgebracht ist, und die er mit W. Börner unterschreibt, läßt dann aber nichts mehr von sich hören. Der Gauner tritt sehr gewandt auf und erscheint stets elegant gekleidet. Er betreibt seinen Schwindel wahrheitsförmig in sehr großer Umfassung, denn er hat sich eigens die Quittungsformulare mit dem fingierten Inhalt drucken lassen. In einzelnen Fällen tat er auch so, als handle er im Auftrage einer bekannten Berliner Verlagshandlung.

Ein gefährlicher Schlafkellendieb ist in der Forsterstraße aufgetreten. Bei der Frau eines Zuschneiders erschien ein junger Mann, der sich für einen Schauspieler ausgab, und mietete ein möbliertes Zimmer. Am Abend des folgenden Tages beauftragte der Untermieter seine Wirtin, ihm etwas zu besorgen. Als die Frau nach Erledigung des Auftrages zurückkehrte, war der junge Mann verschwunden. Sie nahm erst an, daß er ausgegangen sei, machte aber bald darauf die unangenehme Entdeckung, daß ihre Behälter und Schubladen gewaltsam geöffnet und daraus ihre ganzen Schmuckstücke im Werte von über 1000 M. verschwunden waren. Ihr Untermieter hatte sie eigens dazu weggeschickt, um Zeit und Gelegenheit zu dem Diebstahl zu haben. Hausbewohner gehen, wie er sich mit einer Altemappe, in der er wahrscheinlich die gestohlenen Sachen hatte, entfernte. Selbstverständlich ließ er sich nicht mehr wieder sehen. Unter den Schmuckstücken befinden sich eine goldene Damenuhr, die E. P. gezeichnet ist und ein Trauring mit dem Zeichen J. R.

Von einer Kraftdroschke totgefahren. Gestern nachmittag wurde das sechsjährige Kind des Tellower Str. 33 wohnenden Ingenieurs Richard Ede Mödler und Tellower Straße von einer Kraftdroschke überfahren. In schwerverletztem Zustande wurde das Kind von einem Handelsmann Kaiser unter dem Wagen hervorgezogen und die Ueberführung nach dem Urban-Krankenhaus veranlaßt. Bald nach der Einlieferung ist es seinen schweren Verletzungen erlegen.

Seinen Verletzungen erlegen ist am Montagabend der Mechaniker Kitzner, nicht Richard, der am Sonnabendabend zwischen 7—8 Uhr beim Beistehen des Vortruges auf dem Bahnhof Eichhornstraße vom Trillbrett abwärts und unter die Räder des Zuges geriet. Personen, die den Unfall genau beobachtet haben, werden gebeten, ihre Adressen an Alwine Kitzner, Koloniestr. 67, D. 4 Tr., gelangen zu lassen.

Auf dem Sommerfest der sechsten Abteilung der Konsumgenossenschaft im „Eichhorn“ ist ein wertvoller schwarzer Damenschirm stehen geblieben. Um Abgabe wird gebeten in der 33. Verkaufsstelle, Bornsdorfer Straße 61.

Zeugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie in der Nacht vom Sonntag auf Montag ein junger Mann mit Angelegten der Straßenbahn in Treptow in der Nähe des Schleifens Busch einen Austritt hatte, werden gebeten, ihre Adresse an August Müller, Berlin, Gitschiner Str. 6, Quergebäude III zu senden.

## Vorort-Nachrichten.

### Brüh-Buckow.

In der letzten Gemeindevertreterwahl in Buckow trat die unbedingte Notwendigkeit in Erscheinung, im Interesse der Steuerzahler Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung zu haben. Der Ausbau der Rudower Straße macht eine Entwässerungsanlage nötig, und der Kreisbauamtsleiter verlangte von der Gemeindevertretung die Vollmacht, diese Arbeiten an eine bestimmte Firma für 55 000 M. vergeben zu dürfen. Die Gemeindevertreter hätten diesem auch zugestimmt, wenn nicht unser einziger Vertreter, Genosse H. A. M., vor Augen gefäht hätte, daß diese Arbeiten auszuführen sind. Das Resultat der Ausschreibung war der Ein gang von 22 Offerten. Der Preis schwankte zwischen 33 000 und 48 000 M. Den Zuschlag erhielt ein Unternehmer für 44 000 M. Den Steuerzahlern sind somit in diesem einzigen Falle 11 000 M. erspart geblieben. Da der Kreis an dem Bau einer Straßenbahn nach der Chausseestraße kein Interesse hat, muß die Gemeinde den Bau dieser Bahn gegen große Opfer von der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft ausführen lassen.

### Marienfelde.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erhielt Genosse Grellich den Jahresbericht; es haben 7 Volks- und 4 Mitglieder der Versammlungen sowie 6 Landagitationstouren stattgefunden. Der Vorsitzende macht noch ganz besonders auf den Erwerb der preussischen Staatsbürgerrecht aufmerksam. Die erforderlichen Formulare sind beim Vorsitzenden zu haben, der sehr gern bereit ist, bei Erledigung der nötigen Formalitäten beizustehen. Des weiteren gab er einen klaren Ueberblick über die stützenden Gemeinden, die uns leider nicht den erwünschten Erfolg brachten. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des Jahres 77 (65 männliche und 12 weibliche Mitglieder). Ende Juni waren 91 „Borwärts“, 4 „Einigkeit“ und 3 „Arbeiterjugend“-Abteilungen vorhanden. Nach dem Bericht des Kassierers betrug die Jahreseinnahme 407,32 M. und die Ausgabe 304,25 M., an den Zentralvorstand wurden 271,52 M. abgeliefert. Die Bibliothek wurde von 80 Genossen in Anspruch genommen, die 106 Bücher entliehen hatten; der Bestand beträgt 163 Werke. Die Vorstandswahl hatte folgendes Resultat: 1. Vorsitzender: Fritz Grellich, 2. Vorsitzender: Karl Kallnowski, Kassierer: Robert Dreßki, Schriftführer

und Bibliothekar: Richard Kreuzberg, Beisitzer: Wilhelm Senede, Lokalkommissionsmitglied und Landagitationsleiter: Otto Blume und Agitationsleiter: Wih. Senede; als Redatoren fungieren: Wih. Nitz, Paul Höb und Fritz Schmidt. Als Kandidat zum Parteitag wurde Genosse Fritz Grellich vorgeschlagen. Genosse Grellich legte hierauf der Versammlung die Wichtigkeit der im kommenden Winterhalbjahr stattfindenden Bildungsvorträge klar auseinander und empfahl der Versammlung, mit dem Nachbarverein Lichtenode ein gemeinschaftliches Programm aufzustellen. Der Vorschlag wurde gutgeheißen. In den Bildungsausschuß wurden von Marienfelde Karl Kallnowski (Obmann), Karl Seiler und Ernst Kaufmann gewählt. Sie haben sich sofort mit den Lichtentoder Genossen in Verbindung zu setzen und mit den nötigen Vorarbeiten sofort zu beginnen. Zur Jugendbewegung machte Genosse Hoffmann längere Ausführungen.

### Steglich-Friedenau.

Das Sommerfest der organisierten Arbeiterschaft beider Orte findet Sonntag, den 28. Juli, im „Birkenwäldchen“ statt. Neben einem guten Konzert werden Aufführungen von Turnern und Athleten zur Unterhaltung beitragen. Ferner werden Kinderpiele, Fackelpolonaie und ein Kinderreigen veranstaltet, so daß das Fest jedem etwas bieten wird. Der Eintrittspreis ist auf 25 Pf. im Vorverkauf und auf 30 Pf. an der Kasse festgesetzt. Wir ersuchen die Genossen sich schon im Vorverkauf mit Eintrittskarten zu versehen. Auch die Genossen und Genossinnen der benachbarten Orte sind freundlichst eingeladen. Das Festkomitee.

### Groß-Nichterfelde.

Der Dank des Staates. Einen Beitrag zur Frage der „Veteranenfürsorge“ bringt das hiesige Ortsblatt. In der neuesten Nummer lesen wir folgende Notiz:

„In bewußtlosem Zustande aufgefunden wurde am heutigen (Montag) Vormittag auf einem Gelände in der Verlängerung der Kaiserstraße im östlichen Ortsteil ein etwa 70 Jahre alter Mann, der sich wohnungslos in hiesiger Gegend umtrieb und bereits am Sonnabend an der Stelle gesehen wurde. Die herbeigerufene Unfallstation vom Roten Kreuz nahm sich des entkräfteten alten Mannes an, sorgte für seine Erholung und führte ihn sodann dem hiesigen Kreis-Krankenhaus zu; dortselbst ist er dann eine halbe Stunde nach seiner Einlieferung verstorben. Der Mann hatte nur ein Militärpensionsquittungsbuch auf den Namen Wilhelm Mehlhorn bei sich, aus dem hervorging, daß es sich um einen alten Kriegsveteranen handelte, der auf diese Weise den Tod gefunden hatte.“

So sorgt Vater Staat für die Helden, die ihm zu Ruhm und Ansehen verholfen haben, die ihre Gesundheit auf dem Schlachtfelde im Interesse der Bourgeoisie geopfert haben. Ein blutiger Hohn ist das Wort Staat, der seine Helden in dieser elenden Weise verkommen läßt.

### Wittenau-Vorsigwalde.

In der Gemeindevertreterwahl am Freitag wurde zunächst die bisherige Voreinschätzungskommission insgesamt wiedergewählt. — Die Vergabe des Schulhausneubaus für die Kolonie Vorsigwalde wurde in geheimer Sitzung zu verhandeln von bürgerlicher Seite beantragt; unsere Genossen hielten diese Angelegenheit für spruchreif und wollten jede Geheimnisträmerie vermieden sehen, indes ohne Erfolg. Die geheime Besprechung wurde damit motiviert, daß gegen die eine oder andere Firma etwas vorgebracht werden könnte, das nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sei, auch mancher Gemeindevertreter in seinen Ausführungen bei öffentlicher Verhandlung sich allzu großer Reserve auferlegen müßte gegenüber Personen, die beim Schulbau in Frage kämen. Die bürgerliche Mehrheit beschloß schließlich, diesen Schulhausneubau zu verhandeln. Ein „tapferes“ Verhalten, das sicher allgemeinen Unwillen hervorrufen wird. — Hierauf kam abermals das leidige Kapitel der kommunalen Finanznot zur Erörterung. Zunächst die Nachbewilligung von Fehlbeträgen der Gemeinde aus dem Rechnungsjahr 1911. Die erwarteten Einnahmen waren gegen den Etatvorschlag zurückgeblieben, die notwendigen Ausgaben hatten sich erhöht; die Erwartungen auf Gewinn aus den so beliebten und belobten Terraingeschäften hatten sich nicht erfüllt. Und so mußten wohl über 47 000 M. für die ordentliche Verwaltung und 69 000 M. für den Gasanstaltetat nachbewilligt werden. Die für ein Elektrizitätswerk vorhandenen 75 000 M. werden zur Deckung mit herangezogen. Gemeindevertreter Conrad von Vorsig betonte die Unrentabilität des Gaswerks; jedenfalls seien wohl alle Gemeindevertreter von diesem Ausfall übertrübt und würde er in dieser Finanzwirtschaft lieber ein Ende mit Schreden vorziehen, als ein Schreden ohne Ende. Ihm erwiderte der Amtsvorsteher Witte, daß diese 69 000 M. Defizit sich im Laufe der letzten Jahre angesammelt hätten, nicht aus einem einzigen Jahre stammten, daß er aber auch eine unvorschriftsmäßige Rechnungsführung beim Gaswerk zugeben müsse. Baldige erspöndende Auskunft über die Rechnungsgrundlagen wurde denn auch von einigen Vertretern gewünscht und die Deckung beider Summen einstimmig angenommen.

Sodann machte der Vorsitzende Mitteilungen darüber, weshalb sich eine nochmalige Beschlußfassung über den Etat für 1912 notwendig mache. Letzterer ist vom Landrat beanstandet worden, u. a. auch betreffs des Zuschlags zur Staatsinkommensteuer, die von 125 auf 140 Proz. zu erhöhen vorgeschlagen wurde. Der Etat, heißt es in dem verlesenen umfangreichen Bericht, weise so viele Mängel auf, daß der Landrat nicht in der Lage sei, ihn dem Kreisauschuß zur Genehmigung vorzulegen. Herr Witte ist daraufhin vorstellig geworden gegen die Behauptungen in der Beanstandung und der Landrat erkannte auch die schwierige Lage der Vorortgemeinden an und will absehen von Maßnahmen gegen unsere Gemeinde, wenn verschiedene Änderungen am Etat, u. a. die Erhöhung des Zuschlags auf 140 Proz., vorgenommen würden. Der Landrat verwies hierbei auch auf die Nachbargemeinden Reinickendorf und Zehlendorf, die ebenfalls infolge ihrer schwierigen Finanzlage zu Erhöhungen kommen müßten. Nach nochmaligen Verhandlungen und Rechtfertigungen der Aufstellung ist es denn nun auch Herrn Witte gelungen, den Etat genehmigt zu erhalten, allerdings mit verschiedenen höheren Einnahmepositionen und Umarbeitung infolge der landräthlichen Monitis. Am 1. Oktober wird auch noch nachzuprüfen sein, ob sich nicht doch ein Nachtragsetat notwendig machen wird, um die vorhandenen Differenzen zu beseitigen. Das ist die Meinung des Landrats in seinem Schreiben an die Gemeinde, von dem Herr Witte sagte, daß es beinahe den Anschein erwecke, als stände Wittenau vor dem Bankrott, während anderen Gemeinden es sicher noch schlechter ginge. Die Fehlbeträge würden aufgebracht werden durch diverse Mehreinnahmen und der Landrat werde damit zufrieden gestellt sein. Herr von Vorsig brachte hierauf im allgemeinen zum Ausdruck, daß Wittenau „oben“ nicht allzu günstig beurteilt werde; auch ist er der Meinung, daß die Verhältnisse nicht so rosig seien; die erwarteten Mehreinnahmen aus den Terraingeschäften seien für die Gemeinde ausgeblieben und er ermahnte zur Vorsicht und wolle wissen, ob denn auch wirklich bestimmte Aussicht auf Deckung des Defizits bei der Gemeindeverwaltung vorhanden sei. Herr Witte verwies demgegenüber auf die stetige Verbesserung der Gemeindeverhältnisse, die doch von der Vertretung gewünscht wurden, außerdem sei auf ein sicheres Mehr aus Wasser, Gas, Anlagebeiträgen, Grundwertsteuern usw. zu rechnen. Die Gemeindevertretung beschloß denn auch nachgedrungen die Etatsänderungen nach dem Verlangen des Landrats.

Den Beschluß in der heutigen Welschdebatte machte der Konstitutionsausschuß Reinickendorf-Wittenau, der seine Schuldentilgung und Verzinsung bereits am 1. Oktober 1912 beginnen soll. Das Objekt beträgt 900 000 M. Dieser Verband hat nun aber das unabweisbare Bedürfnis, erst am 1. Januar 1914

mit der Verzinsung beginnen zu dürfen, und das Pfandbriefamt verlangt heute Beschlußfassung darüber; dem kam die Gemeindevertretung denn auch nach. — Am Schluß der öffentlichen Sitzung rügte unser Genosse Liebel eine eigenmächtige Aenderung an der Einriedigung des neuen Feuerwehrrdepos, die entgegen den letzten getroffenen Verhandlungen der Vertreter vorgenommen worden war. Auch ein bürgerlicher Vertreter äußerte darüber seine Verwunderung; der Gemeindebauamtsleiter suchte seine Maßnahmen aus Schönheitsrücksichten zu begründen, der Vorsitzende wußte von der Sache noch nichts, und man einigte sich schließlich auf eine Befristung am Schluß der nun folgenden geheimen Schulbau-Sitzung.

### Groß-Schönebeck-Zerpenschlause.

Gegen die preussische Dreiklassenwahl protezierten in einer trotz der für die Landbevölkerung ungünstigen Jahreszeit verhältnismäßig gut besuchten öffentlichen Volksversammlung unter freiem Himmel am Sonntag die Einwohner obengenannter Orte. Der Referent, Genosse Julius Hildebrand, Berlin geheile in scharfen Worten das Treiben der Junker und Junkerengenossen, widerlegte die aus Anlaß des Falles Vorchardt ausgebreiteten Märchen unserer Gegner und forderte auf, einzutreten in die sozialdemokratische Partei, die allein ernstlich den Wahlrechtskampf führt. Wiederholte Zustimmungsrufe der Versammlung ließen erkennen, daß sie mit den Ausführungen des Referenten voll und ganz einverstanden waren. Nach einem kräftigen Appell des Versammlungsleiters, die Arbeiterpresse zu lesen und sich der Partei anzuschließen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

### Grünau.

Vor den Augen seiner Familie ertrunken. Eine Familie aus Reußlän unternahm gestern einen Ausflug nach Grünau und tummelte sich hinter dem Freibad am Ufer der Spree. Der Mann hatte das Bedürfnis nach einem kühlen Bad und war kaum einige Meter ins Wasser gegangen, als er den Boden unter den Füßen verlor und unterging. Frau und Kinder mußten zusehen, wie ihr Gatte und Vater ertrank, ohne daß sie ihm Hilfe bringen konnten. Die Leiche wurde später geborgen.

### Neuenhagen (Ostbahn).

Heute ist Wahltag! Die wahlberechtigten Gemeindebürger unseres Ortes werden in letzter Stunde nochmals aufgefordert, ihr Wahlrecht auszuüben. Die Wahl findet heute Mittwoch, den 17. Juli, vormittags 11 bis nachmittags 4 Uhr statt. Jeder gerecht denkende Wähler mache von seinem Recht Gebrauch und gebe seine Stimme den Kandidaten der sozialdemokratischen Partei: Maurer Friedrich Reinhardt und Arbeiter Wilhelm Röser.

### Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Pantow-Schönhausen. Sonntag, den 21. Juli: Teilnahme an dem Massenausflug der Arbeiterjugend Groß-Berlins zum „Allen Freund“ nach Babelsberg. Abmarsch Punkt 1/2 7 Uhr früh Bahnhof Pantow-Nordbahn. Die Arbeiterschaft beider Orte wird gebeten, ihre Söhne und Töchter darauf aufmerksam zu machen. Proviant und Bierbäcker sind mitzubringen. Fahrgeld 30 Pf. — Gleichzeitig wird nochmals bekannt gemacht, daß Mittwoch und Freitag, abends 7 Uhr, auf der Schönholzer Panthei Spielfest stattfinden, an denen auch ältere Volksschüler und Schülerinnen teilnehmen können.

Leser- und Diskutierklub „Zukunft“. Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, bei Reichardt, Götlicher Str. 58: Generalversammlung.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet bis auf weiteres von 7 bis 9 1/2 Uhr abends — Sonnabends von 4 1/2—6 Uhr — Lindenstr. 69, IV. Etage (Hauptstuhl) statt.

R. S. 26. 1. Nein, nicht unbedingt. Versuchen Sie es. 2. Ihre Braut muß sich sofort nach der Abmeldung als freiwilliges Mitglied bei der Kasse melden. — R. S. 300. Sie sind, wenn Sie für einen Arbeiter arbeiten, fränkenerwerbungsspflichtig und müssen bei der Kasse Ihres Berufes angemeldet werden. — R. S. 55. 1. Beil. Sie Ihre Wohnung nicht angeben, können wir das zuständige Landgericht nicht angeben. Nach Einreichung der Klage bei Gericht bekommen Sie als Beklagter eine Abschrift. 2. Wenn Sie im Termin nicht erscheinen, gilt 150 M. bei einem Objekt von 3400 M., wird verhandelt (Sie müssen dann auch einen Anwalt haben), betragen sämtliche Kosten circa 340 M., wenn Zeugen vernommen werden, außerdem noch circa 170 M. 3. Beil. durch Nachfrage bei Gericht. — R. S. 11. 1. Ja. 2. Die Anzahl muß am 1. eines jeden Monats bescheinigen, daß Ihr Mann noch lebt. — 263. F. Sie können Lagergeld vom 1. April ab beanspruchen je nach dem Wert und dem Umfang des Raumes, welchen die Sachen einnehmen, müssen Ihren Anspruch aber eintragen und können dann erst die Sachen pfänden lassen. Vorher brauchen Sie nichts herauszugeben. Sie dürfen aber auch nicht die Sachen auf den Hof legen. — R. S. 1888. Das für Vereinbarungen sind beim Engagement getroffen? Davon kommt es wesentlich an. — R. S. 50. Die Berufsgenossenschaft braucht nicht zu zahlen. — C. S. 92. Wenn Sie etwa trotz der ärztlichen Bescheinigung wo anders in Stellung getreten sind, es scheint uns der Strafbefehl begründet, sonst nicht. — C. S. 87. Das Kind kann auf Ihren Antrag für ehelich erklärt und Ihnen ausgedient werden. Wenn Sie sich an das Vormundschaftsgericht — V. U. 33. Solange der Erbteil noch nicht geteilt ist, kann Ihre Frau noch darüber verfügen. Der Magistrat kann denselben natürlich weggeben. — R. S. 1. Rentkass. Wenn Sie sich über die neue Wohnung mit dem B. U. einig waren (mündlich genügt), müssen Sie dieselbe nehmen. — R. S. 36. 1. Patente werden erteilt für neue Erfindungen, welche eine gewerbliche Verwertung gestatten. Als Gebrauchsmuster werden geschützt Modelle von Arbeitsgeräten oder Gebrauchsgegenständen, oder von Teilen derselben, die dem Arbeits- oder Gebrauchszweck durch eine neue Herstellung, Anordnung oder Vorrichtung dienen sollen. Ein innerer Unterschied zwischen G. M. und patentierten Erfindungen besteht nicht. Doch ist der Patentschutz infolge weiter, als er auch Verfahren in sich schließt, andererseits enger, als er nur solche neue Erzeugnisse umfaßt, die einen wesentlichen technischen Fortschritt darstellen, während zum G. M. auch Neuerungen genügen, welche nur als Ausläufer handwerksmäßiger Geschicklichkeit gelten. Wollen Sie noch mehr wissen, kommen Sie in die Sprechstunde. 2. Sprechen Sie nicht darüber. 3. Wir kennen keine Darlehensgeber dafür. — R. S. 1. Rein.

### Witterungsübericht vom 16. Juli 1912.

Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in C.	Stationen	Barometer hohb. mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. in C.
Emmende	769,8RD	1 heiter	19	Saparanda	769,8ED	4 halb hd.	16		
Damburg	769,0	2 wolkenl.	19	Petersburg	767,9S	1 bedekt	20		
Berlin	768,0	2 heiter	20	Scilla	768,0RD	3 halb hd.	18		
Frankf. a. M.	766,9RD	2 wolkenl.	20	Aberdeen	770,9	2 bedekt	14		
München	766,0	2 wolkenl.	17	Paris	763,0RD	1 wolkenl.	21		
Wien	766,9RD	2 wolkenl.	18						

### Wetterprognose für Mittwoch, den 17. Juli 1912.

Trocken und vorwiegend heiter, am Tage sehr warm bei meist schwachen östlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 15. 7.	seit 14. 7.	Wasserstand	am 15. 7.	seit 14. 7.
	cm	cm <sup>1)</sup>		cm	cm <sup>1)</sup>
Regel, Alster	98	-6	See, Großh.	28	-19
Bregel, Insterburg	-49	0	Ebel, Spandau <sup>2)</sup>	28	0
Beichel, Horn	30	-6	Kathow <sup>2)</sup>	20	+1
Oder, Ratibor	98	-5	Spree, Spremberg <sup>2)</sup>	72	-4
• Krossen	75	-7	Reeslow	74	+2
• Frankfurt	88	-5	Beser, Rindon	97	+3
• Landberg	-22	-6	Winden	178	-10
Rehe, Borsdam	-22	+1	Rhein, Maximiliansau	490	-6
Elbe, Leimeritz	-50	-14	• Raab	298	-5
• Dresden	-161	-35	• Röh	236	-9
• Darß	80	-12	Reder, Gellbrom	41	+1
• Wagdeburg	82	-3	Wain, Danna	111	-6
			Wojel, Zeitz	1	-3

1) + bedeutet Hoch, — Fall, — 2) Unterpegel.







